

# ABHANDLUNGEN

## Die Genfer Konferenz über humanitäres Völkerrecht

### Verlauf und Ergebnisse

*Michael Bothe, Knut Ipsen, Karl Josef Partsch \*)*

1. Einführung
2. Protokoll I
  - 2.1. Präambel
  - 2.2. Allgemeine Bestimmungen
  - 2.3. Der Schutz der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen
  - 2.4. Methoden und Mittel der Kriegführung sowie Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus
  - 2.5. Der Schutz der Zivilbevölkerung durch restriktive Kampfführungsvorschriften
  - 2.6. Die Behandlung der in der Gewalt einer Konfliktpartei befindlichen Personen
  - 2.7. Ausführung der Konventionen und des Protokolls
  - 2.8. Schlußbestimmungen
3. Protokoll II
  - 3.1. Allgemeines (Werdegang, Anwendungsbereich, Nicht-Intervention)
  - 3.2. Menschliche Behandlung
  - 3.3. Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige
  - 3.4. Der Schutz der Zivilbevölkerung
  - 3.5. Schlußbestimmungen
4. Das Problem der Waffenanwendungsverbote — die Arbeit der ad hoc-Kommission

---

\*) Michael Bothe, Dr. iur., Referent am Institut und Professor an der Universität Heidelberg; Knut Ipsen, Dr. iur., o. Professor an der Universität Bochum; Karl Josef Partsch, Dr. iur., o. Professor an der Universität Bonn, Mitglied des internationalen Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD). Die Verfasser waren Mitglieder der Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland auf der Konferenz. — Die in diesem Bericht geäußerten Auffassungen stellen ihre persönliche Meinung dar. — Arbeitsaufteilung: Partsch: Arbeiten der Kom-

1 ZaöRV 38/1-2

### 1. Einführung

In den Jahren 1974 bis 1977 tagte alljährlich mehrere Monate in Genf die Diplomatische Konferenz über die Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts. Über die Entwicklungen, die zu dieser Konferenz geführt haben, sowie über den Verlauf der Konferenz bis zur zweiten Sitzungsperiode ist in dieser Zeitschrift bereits ausführlich berichtet worden<sup>1)</sup>. Nachdem die Konferenz ihre Arbeiten abgeschlossen hat, ist es nunmehr an der Zeit, einen Gesamtüberblick über ihren Verlauf und ihre Ergebnisse zu geben.

An der Konferenz nahmen teil: 124 Staaten während der 1., 120 während der 2., 107 Staaten während der 3. und 109 Staaten während der 4. Sitzungsperiode<sup>2)</sup>. Besonders zu erwähnen ist, daß China, Albanien und Südafrika nur an der ersten Sitzungsperiode teilnahmen.

Eine besonders schwierige Frage war die Teilnahme von Befreiungsbewegungen. Durch die Resolution 3 (I) beschloß die Konferenz auf ihrer 1. Sitzungsperiode, Befreiungsbewegungen, die von einer Regionalorganisation anerkannt waren, einzuladen und ihnen das volle Mitwirkungsrecht, allerdings nicht das Stimmrecht zu gewähren. Auf diese Weise nahmen insgesamt elf Befreiungsbewegungen an der Konferenz teil, nur PLO und SWAPO bei allen vier Sitzungsperioden.

---

mission I (2.1.; 2.2.; 2.6.3.; 2.7.; 2.8.1.-2., 4.-6.; 3.1.; 3.2.; 3.5.); Bothe: Einführung und Arbeiten der Kommission II (1.; 2.3.; 2.5.6.-7.; 2.8.3.; 3.3.; 3.4.2.); Ipsen: Arbeiten der Kommission III und der *ad hoc*-Kommission (2.4.; 2.5.1.-5.; 2.6.1.-2.; 3.4.1.; 4.).

Abkürzungen: a. F. = alte Fassung; AJIL = American Journal of International Law; BGBl. = Bundesgesetzblatt; CDDH = Conférence diplomatique sur le droit humanitaire (siehe unten); HLKO = Haager Landkriegsordnung; IKRK = Internationales Komitee vom Roten Kreuz; ILO = International Labour Organisation; IMCO = Inter-Governmental Maritime Consultative Organization; PLO = Palestine Liberation Organization; SWAPO = South West African People's Organization.

Die Dokumente der Diplomatischen Konferenz werden mit CDDH bezeichnet (mit arabischer Ziffer = Plenarvorlagen; mit SR. = Berichte über Plenarsitzungen; mit römischer Ziffer = Ausschußdokumente). Die Zitate aus den Sitzungsprotokollen der 4. Sitzungsperiode erfolgen gemäß der provisorischen Fassung. Die endgültige Fassung, die bei Drucklegung noch nicht vorlag, kann in der Paginierung leichte Abweichungen enthalten.

<sup>1)</sup> Pokštefl/Bothe, ZaöRV 35 (1975), S. 574 ff.; Bothe, *ibid.*, S. 641 ff.

<sup>2)</sup> So die offiziellen bereinigten Angaben der Schlußakte.

Arbeitsunterlagen der Konferenz waren die beiden vom IKRK ausgearbeiteten Entwürfe zu Zusatzprotokollen zu den vier Genfer Rotkreuzkonventionen von 1949<sup>3)</sup>: Protokoll I für den internationalen, Protokoll II für den nicht-internationalen Konflikt. Die Konferenz teilte sich zunächst in drei Hauptkommissionen, die allen Teilnehmerstaaten offenstanden und denen Teilbereiche dieser Entwürfe zur Beratung überwiesen wurden: Kommission I die allgemeinen und Schlußbestimmungen sowie die Grundgarantien in Protokoll II, Kommission II Schutz der Verwundeten und Kranken sowie Zivilschutz und humanitäre Hilfsaktionen, Kommission III Kampfführungsvorschriften und Schutz der Zivilbevölkerung. Hinzu kam das Ad Hoc Committee of the Whole on Conventional Weapons, dessen Aufgabe die Behandlung der Frage des Verbots oder der Einschränkung des Gebrauchs konventioneller Waffen war, die unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken könnten. Ferner wurden (mit begrenzter Mitgliedschaft) ein Redaktionsausschuß, ein Credentials Committee sowie ein Allgemeiner Ausschuß (das «Bureau», dem praktisch die verfahrensmäßige Leitung der Konferenz oblag) gebildet.

Die drei Hauptkommissionen und der Ad hoc-Ausschuß bildeten (mit Unterschieden in Einzelheiten) Arbeitsgruppen, in denen wesentliche Vorentscheidungen über die Texte gefällt wurden. Die Verhandlungen dieser Arbeitsgruppen (und teilweise -Untergruppen) waren nicht öffentlich, und es bestehen auch keine Protokolle über die Beratungen. Damit sind wesentliche Teile des Entscheidungsprozesses dokumentarisch kaum belegbar. Die drei Hauptkommissionen suchten grundsätzlich eine allseitige Einigung und die Annahme der Artikel im Konsenswege zu erreichen. Dies gelang auch in der Mehrzahl der Fälle. Bei einigen Bestimmungen kam es jedoch zu Abstimmungen (teilweise mit großen, teilweise mit knappen Mehrheiten). Erforderlich war in dieser Phase eine einfache Mehrheit. Die von den drei Hauptkommissionen angenommenen Bestimmungen wurden dem Redaktionsausschuß überwiesen, der sie sprachlich überarbeitete. Dieser Ausschuß hat sehr streng auf die Grenzen seines Mandats geachtet und sich strikt auf redaktionelle Änderungen beschränkt. Die Ergebnisse der Arbeiten des Redaktionskomitees wurden während der letzten Wochen der 4. Sitzungsperiode dem Plenum der Konferenz vorgelegt, das die Mehrzahl der Artikel ohne größere Debatte im Konsenswege annahm<sup>4)</sup>. Bei einer Reihe

---

<sup>3)</sup> BGBl. 1954 II, S. 781 ff.

<sup>4)</sup> CDDH/SR. 49 ff.

von wichtigen Bestimmungen gab es jedoch Zusatzanträge und Kampf-abstimmungen. Erforderlich war in dieser Phase Zweidrittel-Mehrheit. Eine Reihe von Bestimmungen, die in den Hauptkommissionen angenommen worden waren, blieben hierbei auf der Strecke. Das ist unten im einzelnen dargestellt. Am 8. Juni 1977 wurden dann die beiden Zusatzprotokolle insgesamt durch Konsens angenommen<sup>5)</sup>.

Eine große Anzahl von Staaten hatte Bedenken, nach der Annahme sofort den weiteren Schritt in Richtung auf die rechtliche Verbindlichkeit der Protokolle zu tun und diese bei Abschluß der Konferenz zu unterzeichnen. Man sah vielmehr eine weitere eingehende Prüfung als notwendig an, wozu es einer Bedenkzeit bedurfte. Deshalb wurde zunächst nur die Schlußakte unterzeichnet, der der Text der Protokolle im Anhang beigelegt wurde<sup>6)</sup>. Bemerkenswert an diesem Vorgang ist, daß man offenbar der Ansicht war, daß die Unterzeichnung der Schlußakte ein Minus gegenüber der Unterzeichnung des Vertrages darstellt, obwohl Art. 10 (b) der Wiener Vertragsrechtskonvention beide Verfahren für die Authentifizierung des Textes gleichberechtigt nebeneinanderstellt.

Die Protokolle wurden schließlich sechs Monate nach Abschluß der Konferenz, am 12. Dezember 1977, in Bern zur Unterzeichnung aufgelegt. Bei der an diesem Tag veranstalteten Zeremonie haben 46 Staaten unterzeichnet<sup>7)</sup>. Die Bundesrepublik Deutschland hat am 23. Dezember 1977 unterzeichnet.

Der Ad hoc-Ausschuß für konventionelle Waffen hat keine Vertragsbestimmungen erarbeitet. Das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses ist außer einem Abschlußbericht die Resolution 22 (IV) über die Fortführung der Arbeiten auf diesem Gebiet<sup>8)</sup>.

Im übrigen hat das Plenum der Konferenz am Ende der Arbeit noch sechs weitere Resolutionen angenommen: drei Resolutionen über

---

<sup>5)</sup> CDDH/SR. 56.

<sup>6)</sup> Der englische Text ist unten S. 86 ff. abgedruckt.

<sup>7)</sup> Ägypten, Belgien, Chile, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Ecuador, Elfenbeinküste, El Salvador, Finnland, Ghana, Guatemala, Hl. Stuhl, Honduras, Iran, Irland, Island, Italien, Jordanien, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Marokko, Mongolei, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen (nur Protokoll I), Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Senegal, Sowjetunion, Togo, Tunesien, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Vietnam (nur Protokoll I), Weißrussland, Mitteilung des Eidgenössischen Departements.

<sup>8)</sup> Dazu unten 4.

die Identifizierung von Sanitätstransporten<sup>9)</sup>, eine über Kulturgüterschutz (die zur Ratifikation des Haager Abkommens von 1954 auffordert), eine über die Verbreitung der Kenntnis des humanitären Völkerrechts sowie die Billigung des Berichts des Credentials Committee und die Danksagung an das Gastland. Auch diese Resolutionen sind der Schlußakte als Anhang beigelegt.

Die Schlußakte wurde am 10. Juni 1977 von 102 Staaten unterzeichnet. Erwähnenswert ist hier, daß Israel nicht unterzeichnet hat. Dies hängt mit dem Problem der Befreiungsbewegungen zusammen, das in dieser Phase noch einmal aufkam, als die Forderung einer gleichberechtigten Zeichnung der Schlußakte durch ihre Befreiungsbewegungen erhoben wurde. Der mühsam erreichte (und von Israel abgelehnte) Kompromiß geht dahin, daß die Befreiungsbewegungen auf einem besonderen Blatt unterzeichneten, das folgende Überschrift trägt: "National Liberation Movements Recognized by the Regional Intergovernmental Organizations Concerned and Invited by the Conference to Participate in its Work". Dazu gehört folgende Fußnote: "It is understood that the signature by these movements is without prejudice to the positions of participating States on the question of a precedent". Dieser Formelkompromiß wurde in letzter Minute erreicht, nachdem eine Formulierung, die positiv besagt hätte, daß die Unterzeichnung keinen Präzedenzfall darstellte, von einigen Staaten entschieden abgelehnt wurde.

## 2. *Protokoll I*

### 2.1. Präambel

Die vier Genfer Konventionen von 1949 enthalten keine Präambeln. Das IKRK hatte in seinem Entwurf von 1973 nur eine kurze Präambel vorgesehen, welche das Problem des Verhältnisses von Kriegsverhütungsrecht und humanitärem Völkerrecht in sehr allgemeiner Weise umschrieb (Abs. 1 und 2) und eine Formulierung der Martensschen Klausel (Abs. 3) beifügte.

Die Erweiterung der Präambel auf fünf Absätze geht auf einen Vorschlag von 14 Staaten vorwiegend des Ostblocks zurück, das Verhältnis des Gewaltverbots zu den Regelungen des humanitären Völkerrechts deutlicher auszusprechen und dabei die Entschließung der Generalver-

---

<sup>9)</sup> Dazu unten 2.3.4.

sammlung 3314 (XXIX) über die Angriffsdefinition zu bestätigen<sup>10)</sup>.

Das erste Anliegen wurde als berechtigt anerkannt, während vor allem die Delegationen aus der westlichen Gruppe sich der zweiten Absicht erfolgreich widersetzten. So ist die endgültige Fassung ein Kompromiß, der im wesentlichen auf der Ausschußebene im Mai 1977 erzielt<sup>11)</sup> und auch im Plenum bestätigt wurde<sup>12)</sup>.

Die Präambel beginnt (Abs. 1) mit einem Bekenntnis zum Frieden. Dann folgt jedoch (Abs. 2) eine Wiederholung des Gewaltverbots in Art. 2 Nr. 4 der Satzung der Vereinten Nationen, angereichert durch eine Bezugnahme auf den Grundsatz der Staatensouveränität (Art. 2 Nr. 1 der Satzung). Diese Wiederholung des Gewaltverbots läßt den aus dem IKRK-Entwurf übernommenen Art. 3 sehr viel plastischer werden. Daß eine Entwicklung des Schutzes der Opfer bewaffneter Konflikte »dennoch« (*nevertheless*) nötig sei, wird nun verständlich. Es folgen Klarstellungen: Aus dem Vertragswerk darf keine Rechtfertigung für einen Bruch des Gewaltverbots hergeleitet werden (Abs. 4). Andererseits ist das Vertragswerk unter allen Umständen auf alle geschützten Personen ohne Rücksicht darauf anzuwenden, welcher Art der bewaffnete Konflikt ist (Abs. 5). Darin liegt ein Diskriminierungsverbot gegenüber dem Angreifer, eine Bestätigung der Neutralität des Genfer Rechts gegenüber der Lehre vom gerechten Krieg. Daß diese Neutralität im Protokoll I durchgehalten ist, kann man immerhin bezweifeln. Für die Auslegung des Protokolls kann diese Bestimmung der Präambel darum von Bedeutung sein.

Da Art. 1 Abs. 2 die Martenssche Klausel in einer gegenüber dem IKRK-Entwurf für den dritten Absatz der Präambel erweiterten Fassung enthält – sie schließt neben den Grundsätzen der Menschlichkeit und des öffentlichen Gewissens auch das Völkergewohnheitsrecht ein –, konnte in der Präambel von einer Wiederholung der Klausel Abstand genommen werden.

## 2.2. Allgemeine Bestimmungen

Den einzelnen großen Teilen mit ausführlichen Einzelbestimmungen über die Themen der vier Genfer Konventionen und auch aus dem

<sup>10)</sup> CDDH/I/337 vom 21. 4. 1977 (Algerien u. a.).

<sup>11)</sup> Vgl. die Entstehungsgeschichte im Bericht der Arbeitsgruppe C über die Schlußbestimmungen an den I. Ausschuß, CDDH/I/350 Rev. 1 vom 13. 5. 1977, paras. 33–36.

<sup>12)</sup> CDDH/SR. 54 vom 7. 6. 1977, S. 2–9; ein philippinischer Gegenentwurf CDDH/439 wurde abgelehnt.

Haager Recht ist ein im Verhältnis dazu schmaler Teil mit »allgemeinen Bestimmungen« vorangestellt. Diese betreffen den sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereich der Protokolle (Art. 1 und 2), den Einfluß der Anwendung derselben auf die Rechtsstellung der Konfliktparteien (Art. 4), das Schutzmachtssystem (Art. 5), die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte (Art. 6) und künftige Zusammenkünfte der Vertragsparteien (Art. 7). Damit ist nur ein bescheidener Ausschnitt der allgemeinen Fragen abgedeckt, welche für die Anwendung des Protokolls eine Rolle spielen.

### 2.2.1. Der Status des sog. Befreiungskampfes

Über die Vorgeschichte des grundlegenden Art. 1 über den Anwendungsbereich des Protokolls I und seine Annahme im 1. Ausschuß ist schon berichtet worden<sup>13</sup>). Der Redaktionsausschuß hat dann den Artikel umgestellt, so daß er nun mit der allgemeinen Bestimmung über die Beachtung des Protokolls »unter allen Umständen« (I) und der abgewandelten Martensschen Klausel (II) beginnt, während der Verweis auf den gemeinsamen Art. 2 der Konventionen und die Ausdehnung auf antikoloniale Befreiungskriege erst als Abs. 3 und 4 folgen.

Es dürfte kaum beabsichtigt gewesen sein, durch diese Umstellung eine Änderung des rechtlichen Gehalts vorzunehmen. Gesetze der Logik geboten jedoch, die beiden allgemein geltenden Regeln voranzustellen und den Ausnahmecharakter der Sonderregelung für antikoloniale Befreiungskriege auch durch die Stellung am Schluß des Artikels deutlich zu machen.

Schon in einem frühen Stadium der Konferenz war die Notwendigkeit anerkannt worden, für Befreiungsbewegungen eine besondere Form der Unterwerfung unter das Zusatzprotokoll vorzusehen, da eine Ratifikation durch sie nicht in Betracht komme. Geregelt ist dies in Art. 96 Nr. 3, wo nicht nur die Modalitäten der Abgabe einer einseitigen Erklärung gegenüber dem Depositar geregelt sind, sondern auch die Wirkungen der Abgabe der Erklärung: Durch sie werden die Konventionen und das Protokoll für die Autorität, welche das Volk repräsentiert, als Konfliktpartei mit unmittelbarer Wirkung in Kraft gesetzt (a); sie übernimmt dieselben Rechte und Pflichten wie eine Vertragspartei (b),

<sup>13</sup>) Pokštefl/Bothe, a.a.O. (Anm. 1), S. 585–591; Bothe, *ibid.*, S. 644 (mit Text in der bis zu den Arbeiten des Redaktionsausschusses gültigen Fassung).

und es ist betont, daß die Konventionen und das Protokoll in gleicher Weise alle Konfliktparteien binden (c). Aus der Formulierung ergibt sich, daß diese Regelung nicht nur technischen Charakter hat, sondern darüber hinausgehende materiellrechtliche Bedeutung. Im Gegensatz zu einer mehrfach geäußerten Ansicht erwirbt die Befreiungsbewegung also nicht mit ihrer Konstituierung oder einer etwaigen Anerkennung durch eine Regionalorganisation den Status als »Konfliktpartei« im Sinne des Zusatzprotokolls, sondern erst mit der Abgabe der Erklärung. Vor deren Abgabe ist der Konflikt noch nicht nach den Regeln des Protokolls I zu behandeln, sondern entweder nach denen des Protokolls II<sup>14)</sup> oder nach dem gemeinsamen Art. 3 der Konventionen<sup>15)</sup>. Wie der Depositär sich zu verhalten hat, wenn eine Autorität die Erklärung abgibt, welche nicht die Voraussetzungen des Art. 1 Abs. 4 erfüllt, ist nicht geregelt. Er könnte die Erklärung möglicherweise als einen Versuch ansehen, dadurch eine Sondervereinbarung nach dem gemeinsamen Art. 3 Abs. 3 der Konventionen anzuregen, und brauchte sie daher nicht zurückzuweisen, sondern könnte den am Konflikt beteiligten Vertragsparteien die Beurteilung überlassen, welche Bedeutung sie der Erklärung beilegen.

Die schwierige *Auslegungsfrage*, welche Fälle unter Art. 1 Abs. 4 fallen, der den Kampf gegen Kolonialherrschaft, fremde Besetzung und Rassenregime — alles sehr dehnbare Begriffe — nennt, ist durch die Debatte vom 23. Mai 1977, welche der Annahme des Artikels durch Abstimmung folgte<sup>16)</sup>, kaum gelöst worden. Einerseits wurde von Israel und den Delegationen der elf Staaten, die sich der Stimme enthielten, aber auch von solchen, die zugestimmt hatten, mündlich oder auch schriftlich in unterschiedlicher Ausführlichkeit vorgetragen, es fehle an objektiven Kriterien, um die Volksbewegungen oder auch die Art der Konflikte zu umschreiben, welche durch die Formulierung des Art. 1 Abs. 4 erfaßt würden. Sie seien vorwiegend durch ihre Motive

<sup>14)</sup> So offenbar D. Miller (Kanada) SR. 36, S. 18.

<sup>15)</sup> So schriftliche Abstimmungserklärung der Bundesrepublik Deutschland, SR. 46 Annex, S. 1.

<sup>16)</sup> CDDH/SR. 36: Art. 1 insgesamt wurde mit 87 Stimmen für, 1 Stimme (Israel) dagegen, bei 11 Enthaltungen angenommen, während im Ausschuß am 22. 2. 1974 das Stimmenverhältnis noch 70:21:13 lautete. Die Bundesrepublik stimmte im Ausschuß mit ihren Verbündeten gegen den Artikel. Im Plenum enthielt sie sich mit ihren Hauptverbündeten. Mehrere mittlere europäische Staaten, die 1974 gegen den Artikel gestimmt hatten, stimmten 1977 dafür.

gekennzeichnet. Die Definition stelle auf eine bestimmte historische Situation ab und lasse Raum für Fehldeutungen.

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland erklärte in der 36. Plenarsitzung ihre Stimmenthaltung u. a. mit folgender Begründung, nachdem sie sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt hatte, den Anwendungsbereich des Protokolls I auch auf Konflikte auszudehnen, die bisher von den Konventionen nicht erfaßt wurden:

“In order to extend the scope of application of draft Protocol I. to conflicts which traditionally have not been regarded as international, it would have been necessary to find appropriate criteria of a basically legal character which can and will be applied in practice. However, the criteria contained in paragraph 4 as now adopted by the Conference do not meet these requirements. The terms ‘colonial domination’, ‘alien occupation’, ‘racist régimes’ are not objective criteria but lend themselves to arbitrary, subjective and politically motivated interpretation and application. Moreover, they have been chosen rather with a view to short-term political problems and objectives, and thus do not fit well into a legal instrument intended to be of long term value”.

Um die Falltypen positiv zu umschreiben, wurde gefordert, es müsse sich mindestens um einen »bewaffneten Konflikt« handeln, wie er in Art. 1 Protokoll II umschrieben sei, d. h. einen Konflikt zwischen Streitkräften einer Vertragspartei und gegnerischen Streitkräften oder anderen organisierten bewaffneten Gruppen, welche unter verantwortlicher Führung ein solches Maß von Herrschaft über einen Teil ihres Staatsgebietes ausüben, daß sie in der Lage sind, längere Zeit anhaltende und koordinierte militärische Operationen durchzuführen und das vorliegende Protokoll anzuwenden. Die im Verhältnis zum gemeinsamen Art. 3 der Konvention hohe Anwendungsschwelle des Protokolls II solle also auch für die Anwendung des Protokolls I auf Befreiungsbewegungen gelten<sup>17)</sup>.

Andererseits erklärten die Befürworter der Kolonialklausel, diese stelle nur eine Übernahme des schon in Organen der Vereinten Nationen entwickelten Rechts in das Genfer Recht dar. Sie beriefen sich auf die Resolution 1514 (XV), auf die Erklärung über *friendly relations* und auf Resolution 3103 (XXVIII) der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Alle drei in Art. 1 Abs. 4 genannten Fälle seien Anwendungsformen des Rechts auf Selbstbestimmung, wie es in den genannten

---

<sup>17)</sup> Freeland (Großbritannien), CDDH/SR. 36, S. 16; zustimmend schriftliche Abstimmungserklärung von Australien, a.a.O. Annex, S. 2. Ebenso die Erklärung des Vereinigten Königreichs bei der Unterzeichnung der Protokolle.

Instrumenten formuliert sei. Sie nannten auch Anwendungsfälle: Namibia, Zimbabwe und Südafrika<sup>18)</sup>, auch Palästina »und alle anderen Völker, welche für ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Menschenrechte kämpfen«<sup>19)</sup>. So weit wurde der Kreis der unter Art. 1 Abs. 4 fallenden Fälle sonst nicht gezogen. Vielmehr wurde auf die endgültige Liquidation der Kolonialepoche abgestellt<sup>20)</sup> oder auf »einen besonderen Typ eines bewaffneten Konflikts, der mit dem Prozess der Dekolonisierung verbunden ist«<sup>21)</sup>.

Mehrfach wurde versucht, dem Einwand mangelnder Präzision durch den Hinweis zu begegnen, erfaßt seien nur Befreiungsbewegungen, die durch die hierfür zuständigen Regionalorganisationen anerkannt worden seien<sup>22)</sup>, obwohl diese Behauptung im Text von Art. 1 Abs. 4 keine Stütze findet. Ein Versuch, dies in den Text zu bringen, ist schon in einem frühen Stadium der Ausschubarbeiten gescheitert<sup>23)</sup>.

So kann aus dieser Diskussion jedenfalls als Ergebnis festgehalten werden, daß auch die Befürworter den Angelpunkt im Recht auf Selbstbestimmung sehen, wie es in den Instrumenten der Vereinten Nationen definiert ist. Das ist am eingehendsten in der Erklärung über *friendly relations* geschehen, die einen aus diesem Recht zu folgernden Anspruch zur Sezession unter Gewaltanwendung nur in Kolonialgebieten oder anderen Gebieten ohne Selbstregierung bejaht und diesen Gebieten daher einen besonderen und getrennten Status von dem des Verwaltungsstaates einräumt, um den Grundsatz der territorialen Integrität und politischen Einheit der Staaten proklamieren zu können<sup>24)</sup>. Auf diese Erklärung nimmt Art. 1 Abs. 4 auch ausdrücklich Bezug, um den Begriff des Rechtes auf Selbstbestimmung zu umschreiben<sup>25)</sup>. So ungewöhnlich es ist, daß ein internationales Vertragswerk im operativen Teil auf eine Erklärung verweist, die nicht den Charakter einer Rechtsnorm besitzt, kommt dem Rückgriff auf diese doch für die Auslegung der in Art. 1 Abs. 4 verwendeten Begriffe entscheidende Bedeutung zu.

<sup>18)</sup> So Clark (Nigeria), SR. 36, S. 16.

<sup>19)</sup> So Jeichand (Mozambique), a.a.O., S. 18; der Vertreter der PLO behauptete, ihr Kampf gegen Israel fielen unter alle drei genannten Fälle, SR. 36, S. 21.

<sup>20)</sup> Cerda (Argentinien), a.a.O., S. 19.

<sup>21)</sup> de Breucker (Belgien), a.a.O., S. 19.

<sup>22)</sup> Toperi (Türkei), a.a.O., S. 28; Indonesien, a.a.O. Annex, S. 4.

<sup>23)</sup> Vgl. CDDH/I/42 vom 14. 3. 1974 (Türkei), der in CDDH/I/71 vom 20. 3. 1974 (Argentinien u.a.), welcher zur Abstimmung gestellt wurde, nicht aufgenommen wurde.

<sup>24)</sup> 5. Prinzip der Erklärung "The principle of equal rights and self-determination of peoples", Abs. 5-7.

<sup>25)</sup> Das verkennt A. von der Heydte, Humanisierung des Kriegsrechts?, Europäische Wehrkunde, Jg. 26 (1977), S. 551.

### 2.2.2. Definitionen

Nur einige Definitionen, die für das ganze Protokoll (Art. 2 (a) und (b)) oder für Bestimmungen des 1. Teils (Art. 2 (c) und (d)) von Bedeutung sind, wurden in die »allgemeinen Bestimmungen« übernommen, wobei Wert darauf gelegt wurde, die Terminologie an die Artikel anzugleichen, in denen die definierten Begriffe auftauchen. Das gilt insbesondere für die *litera* (c) und (d), in denen die Begriffe der Schutzmacht und ihres Substituten definiert sind. Von der Aufnahme einer Definition der »geschützten Personen« wurde bewußt abgesehen.

### 2.2.3. Anwendungsbereich *ratione temporis*

Einige der vier Genfer Konventionen enthalten schon besondere Bestimmungen über Beginn und Ende ihrer Anwendung (so Art. 5 Konvention III; Art. 6 Konvention IV). Art. 3 behandelt das Thema für die Konventionen und das Protokoll, wobei die Erwähnung der Konventionen die Zweifelsfrage aufwirft, ob dadurch deren Bestimmungen aufgehoben werden sollen. Geschehen ist dies mit Rücksicht auf die Anwendung der Konventionen auf die antikolonialen Befreiungskriege, obwohl der Beginn der Anwendung sowohl der Konventionen wie auch des Protokolls I auf diese »Situationen« in Art. 96 Nr. 3, der Spezialvorschrift gegenüber Art. 3 ist, abweichend geregelt ist. Im übrigen beruht Art. 3 auf dem Bemühen, alle Fälle lückenlos zu erfassen. Hinsichtlich der Vorschriften über besetzte Gebiete bringt er eine substantielle Änderung: Sie sind nicht nur bis zu einem Jahr nach Einstellung der Kampfhandlungen anzuwenden (so Art. 6 Konvention IV), sondern bis zum Ende der Besetzung.

### 2.2.4. Status der Konfliktparteien

Die Befürchtung, durch Anwendung der Konventionen und des Protokolls könne die Rechtsstellung der Parteien wesentlich verändert werden, glaubte man 1949 nur für den nicht-internationalen Konflikt ausräumen zu müssen (vgl. gemeinsamer Art. 3 Abs. 4). Nun hielt man das auch in Bezug auf den internationalen Konflikt für notwendig (Art. 4 Protokoll I), und zwar auch für die vorgesehenen Vereinbarungen über Schutzmächte (Art. 5), über Fachleute des humanitären Rechts und ihre Verwendung (Art. 6), Sanitätstransporte (Art. 26–28) und über besonders geschützte Orte und Zonen (Art. 59/60). Es be-

reitete besondere Schwierigkeiten, den Grundsatz in Bezug auf besetzte Gebiete so zu formulieren, daß daraus nicht eine Rechtfertigung kriegerischer oder gar kolonialer Besetzung hergeleitet werden konnte. Daraus erklärt sich die behutsame aber schwer verständliche Fassung von Satz 2.

### 2.2.5. Die Schutzmacht

Die Schutzmachtfrage (Art. 5), über die schon berichtet wurde<sup>26)</sup>, ist in der Schlußphase der Konferenz erneut erörtert worden. In mündlichen<sup>27)</sup> und schriftlichen Erklärungen<sup>28)</sup> haben verschiedene Staaten zur Auslegung von Art. 5 Stellung genommen. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob aus Art. 5 Abs. 4 eine Verpflichtung der Konfliktparteien herzuleiten sei, ein Angebot des IKRK oder einer anderen Organisation, als Substitut zu wirken, anzunehmen. Mexiko hat das entschieden bejaht unter Bezugnahme auf Abs. 1<sup>29)</sup>. Belgien<sup>30)</sup> und Italien<sup>31)</sup> betonten den Schlußsatz von Abs. 4, nach dem die Konfliktparteien alle Anstrengungen zu unternehmen haben, die Tätigkeit des Substituten bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu erleichtern, um eine Verpflichtung zur Annahme des Angebots zu unterbauen, ohne eine solche jedoch ausdrücklich zu erwähnen.

Außerdem haben Ägypten<sup>32)</sup>, Belgien<sup>33)</sup> und Kanada<sup>34)</sup> klargestellt, daß die einschlägigen weitergehenden Bestimmungen der Konventionen<sup>35)</sup> unberührt bleiben, obwohl andere Delegationen in Art. 5 gegenüber den Konventionen immerhin einen bescheidenen Fortschritt sahen<sup>36)</sup>.

Andererseits hat Nigeria<sup>37)</sup> sich auch hier für eine Wahrung des Souveränitätsdogmas eingesetzt, die in dem durchgängigen Erfordernis einer Zustimmung der Parteien zum Ausdruck komme.

<sup>26)</sup> Bothe, a.a.O. (Anm. 1), S. 653.

<sup>27)</sup> CDDH/SR. 37, paras. 1-18.

<sup>28)</sup> CDDH/SR. 37, Annex.

<sup>29)</sup> CDDH/SR. 37, S. 4.

<sup>30)</sup> A.a.O. Annex, S. 1 f.

<sup>31)</sup> A.a.O. S. 2 f.

<sup>32)</sup> Annex, S. 3.

<sup>33)</sup> A.a.O.

<sup>34)</sup> CDDH/SR. 37, S. 3 f.

<sup>35)</sup> Art. 8 und 10 der drei ersten, Art. 9 und 11 der Konvention IV.

<sup>36)</sup> Z. B. Italien, a.a.O.

<sup>37)</sup> Annex, S. 6.

### 2.2.6. *Ausgebildetes Personal*

Die Anwendung des neuen Rechts und des Schutzmachtssystems setzt besondere Fachkenntnisse auf juristischem, medizinischem und militärischem Gebiet voraus. Die Vertragsstaaten haben sich daher zu bemühen, schon in Friedenszeiten das notwendige Personal auszubilden, wobei sie sich der Unterstützung der nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften zu bedienen haben (Art. 6 Abs. 1). Wie sie dieses Personal rekrutieren und ausbilden, bleibt ihnen überlassen (Art. 6 Abs. 2). Für eine Kategorie — die Rechtsberater — gilt die weitergehende Vorschrift des Art. 82.

Der Gedanke, einen internationalen Austausch dieses Personals zu institutionalisieren, ist nur zaghaft verwirklicht. Zwar wird das IKRK verpflichtet, eine Liste dieses Fachpersonals zu führen und den Vertragsstaaten zur Verfügung zu stellen, doch sind diese weder verpflichtet, dieses Personal zu erfassen noch es dem IKRK zu melden. Das ist ihnen vielmehr freigestellt (Abs. 3). Auch bedarf es besonderer Vereinbarungen, wenn dieses Personal in einem anderen Lande eingesetzt werden soll (Abs. 4). Die Kongreßvorlage des IKRK war schon wesentlich weitergegangen. Einige Delegationen wünschten einen weiteren Ausbau dieses Systems, fanden aber keine breitere Unterstützung. Immerhin können auf diesem Gebiet sowohl das IKRK wie auch die nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften die Initiative ergreifen.

### 2.2.7. *Konferenzen*

Schließlich ist in dem letzten Artikel dieser »allgemeinen Bestimmungen« vorgesehen, daß der Depositärstaat Konferenzen der Vertragsstaaten einberufen kann. Sie sollen nur allgemeine Probleme der Anwendung der Konventionen und des Protokolls behandeln und nicht etwa Einzelfälle oder Protokolländerungen (vgl. unten 2.8.3). So gehören diese Konferenzen nicht zum Durchführungssystem. Daran wurde entgegen weitergehenden Vorschlägen festgehalten. Andererseits wurde die Einberufung solcher Konferenzen erleichtert. Das IKRK wollte nur zwei Dritteln der Vertragsstaaten das Recht einräumen, die Einberufung einer derartigen Konferenz zu verlangen. Nun soll das auch schon jeder einzelne Staat tun können, wobei er allerdings der Zustimmung der Mehrheit der Vertragsstaaten bedarf. Der Depositärstaat ist wohl allerdings nicht verpflichtet, die Kosten einer solchen Konferenz zu tragen. Er kann hierzu auch nicht durch Mehrheitsbeschluß verpflichtet werden, es sollte ihm vielmehr freistehen, von den anderen Staaten einen angemessenen Kostenbeitrag zu verlangen.

### 2.3. Der Schutz der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen<sup>38)</sup>

Bei der Frage des Schutzes der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen ging es zunächst und vor allem um die Ausdehnung der Schutzbestimmungen der Genfer Konventionen auf den zivilen Bereich. Die Genfer Konventionen I und II schützen im wesentlichen verwundete, kranke und schiffbrüchige Militärpersonen, militärisches Sanitätspersonal und militärische Sanitätseinheiten. Die Konvention IV enthält nur eine Grundsatzbestimmung über verwundete und kranke Zivilisten sowie über zivile Krankenhäuser und ihr Personal. Es fehlt eine Bestimmung, die verwundete und kranke Zivilisten sowie ziviles Sanitätspersonal und zivile Sanitätseinheiten generell schützt. Was das Seelsorgepersonal angeht, so sind bislang im wesentlichen nur die Feldgeistlichen geschützt.

Ein weiterer wichtiger Punkt, in dem das Genfer Recht der Entwicklung bedurfte, war der Schutz der Sanitätstransporte. Hier ging es vor allem um den Schutz der Sanitätslufttransporte, der gemäß den Konventionen I und II im wesentlichen auf vereinbarte Flüge beschränkt ist. Ferner ging es um die Anpassung der Möglichkeiten der Identifizierung von Sanitätstransporten an moderne technische Entwicklungen.

Darüber hinaus galt es, das Genfer Recht in einigen wichtigen Fragen fortzuentwickeln, so bei der Frage des Schutzes des Sanitätspersonals im allgemeinen und der Sicherstellung der medizinischen Versorgung im besetzten Gebiet.

Im Zusammenhang mit dem Schutz der Verwundeten und Kranken waren auch Lücken der Regelung bezüglich vermißter und toter Personen zu schließen. Hier ging es vor allem um die Schaffung einer allgemeinen Verpflichtung zur Suche nach Vermißten und einer besseren Regelung der Fragen der Kriegsgräber.

#### *2.3.1. Die Ausdehnung des Schutzes auf den zivilen Bereich*

Die Bestimmungen der Art. 8 ff. dehnen den Schutz des Genfer Rechts für Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige, für Sanitätspersonal und für Sanitätseinheiten voll auf den zivilen Bereich aus. Die Definition der Verwundeten und Kranken, der Schiffbrüchigen, der Sanitätstransporte,

---

<sup>38)</sup> Vgl. dazu bereits Bothe, a.a.O. (Anm. 1), S. 647 ff.; ders., *Le sort des blessés et malades, un but fondamental de la Croix-Rouge*, *Annales d'études internationales* 8 (1977), S. 93 ff.

der Sanitätseinheiten und des Sanitätspersonals in Art. 8 bezieht sich sowohl auf den militärischen wie auf den zivilen Bereich, ebenso die Bestimmungen über den Schutz der Verwundeten und Kranken (Art. 10), die Sanitätseinheiten (Art. 12 und 13), die Hilfeleistung für Verwundete und Kranke durch die Zivilbevölkerung und Hilfsorganisationen (Art. 17). Eine besondere Bestimmung gilt dem Schutz des zivilen Sanitätspersonals und des zivilen geistlichen Personals (Art. 15). Der Ausdehnung des Schutzes auf zivile Verwundete und Kranke zur See dienen die Art. 22 Abs. 1 und 23. Auch die übrigen Bestimmungen, die den Schutz der Sanitätstransporte fortentwickeln (Art. 8, 21–31), gelten sowohl für zivile als auch für militärische Transporte.

### *2.3.2. Einzelne Fragen des Schutzes der Verwundeten und Kranken*

Dieser Bericht soll nicht die neuen Regelungen des Schutzes der Verwundeten und Kranken im einzelnen nachzeichnen. Es sei vielmehr nur auf die wesentlichen Gesichtspunkte hingewiesen. Der Abschnitt über den allgemeinen Schutz der Verwundeten und Kranken beginnt mit dem langen Art. 8 über Terminologie. Hieran ist u. a. bemerkenswert, daß durch die Definition in Art. 8 (a) eine Verdeutlichung und womöglich gegenüber dem bisherigen Rechtszustand Erweiterung des als Verwundete und Kranke geschützten Personenkreises erreicht wird. Wesentliches Kriterium ist einmal die Notwendigkeit medizinischen Beistands. Dabei werden den Verwundeten und Kranken Personen gleichgestellt, die genauso schutzbedürftig sind, aber nach medizinischen Begriffen sicherlich nicht krank, so Wöchnerinnen und Neugeborene, ferner geschwächte Personen oder Schwangere, wenn sie der medizinischen Hilfe bedürfen. Voraussetzung des Schutzes ist in jedem Fall, daß diese Personen sich feindseliger Handlungen enthalten.

Die allgemeine Bestimmung über den Schutz der Verwundeten und Kranken (Art. 10) bringt für verwundete, kranke und schiffbrüchige Militärpersonen kaum etwas Neues. Ihre wesentliche Funktion ist die Ausdehnung des Schutzes auf den zivilen Bereich.

Auch Art. 11 über den Schutz der körperlichen und geistigen Unversehrtheit hat eine Reihe von Vorbildern in den Konventionen<sup>39)</sup>. Er dehnt jedoch den Schutz der körperlichen und geistigen Gesundheit und Unversehrtheit auf bislang noch nicht geschützte Personen aus. Er ist insbesondere anwendbar auf alle Personen, auch die Staatsangehörigen einer Kon-

---

<sup>39)</sup> Art. 12 Konvention I und II, 13 und 17 Konvention III, 31 und 32 Konvention IV.

fliktspartei, die auf Grund des bewaffneten Konflikts in irgendeiner Form ihrer Freiheit beraubt sind<sup>40</sup>). Wichtig und neu ist, daß die Frage der Organ- spende in dem Sinne geregelt ist, daß eine solche unzulässig ist. Lediglich Blut- und Hautspenden sind unter genauen Kautelen gestattet, die einen Mißbrauch ausschließen, andererseits aber solche Spenden durch Gefan- gene als freiwillige humanitäre Geste durchaus ermöglichen.

Art. 12 und 13 über den Schutz von Sanitätseinheiten bringen für den militärischen Bereich nichts wesentlich Neues. Ihre hauptsächliche Be- deutung liegt in der Ausdehnung des Schutzes auf den zivilen Bereich. Auch Art. 14 über die Requirierung von Sanitätseinheiten im besetzten Gebiet ergänzt das bestehende Recht der Konvention IV nur in einigen Details. Art. 15 über den Schutz des zivilen Sanitäts- und Seelsorgepersonals gewährleistet auch den freien Zugang des Sanitätspersonals zu Örtlich- keiten, wo seine Hilfeleistung wesentlich ist.

Art. 16 schützt die Erfüllung ärztlicher oder krankenpflegerischer Pflich- ten im Einklang mit den Regeln der Standesethik. Niemand darf wegen der Erfüllung dieser Pflichten bestraft werden, niemand darf zu Handlun- gen oder Unterlassungen gezwungen werden, die gegen diese Pflichten verstoßen. Um die ärztliche Versorgung von Verwundeten und Kranken besser zu gewährleisten, insbesondere um Verwundeten die Furcht zu nehmen, sie würden durch einen Arztbesuch der Entdeckung preisgegeben, ist in Art. 16 Abs. 3 für die Konfliktparteien die Möglichkeit eingeschränkt, einen Arzt zur Erteilung von Informationen über Personen, die in seiner Behandlung stehen oder standen, zu zwingen. Allerdings gilt die Befreiung des Arztes von der Pflicht zur Informationsgewährung nur im Verhältnis zwischen dem Arzt und der Partei, die für ihn Gegenpartei ist. Einer Kon- fliktspartei bleibt frei, die Ärzte, die zu ihrer eigenen Seite gehören, durch Gesetz zur Erteilung von Informationen zu verpflichten.

Die Bestimmungen des Abschnitts über Verwundete und Kranke sind gemäß Art. 19 auch von Neutralen entsprechend anzuwenden. In der Tra- dition des Genfer Rechts steht das Repressalienverbot des Art. 20, der Personen und Gegenstände, die nach Abschnitt II über Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige geschützt sind, auch von Repressalien aus- nimmt<sup>41</sup>). Dieses Repressalienverbot war nicht umstritten<sup>42</sup>).

---

<sup>40</sup>) Vgl. die Erklärung der USA bei der Annahme des Art. 11, CDDH/SR. 34 Annex, S. 4.

<sup>41</sup>) So bereits Art. 46 Konvention I, 47 II, 13 III, 33 IV.

<sup>42</sup>) Siehe unten 2.7.3.

### 2.3.3. Der Schutz der Sanitätstransporte

#### 2.3.3.1. Allgemeines

Der Definitionsartikel bringt einige wesentliche und neue Klärungen dessen, was unter Sanitätstransporten zu verstehen ist. Er macht insbesondere deutlich, daß ein Sanitätstransport nur dann den geschützten Status besitzt, wenn er, sei es auch nur zeitweilig, ausschließlich für Sanitätstransportzwecke benutzt wird. Eine wesentliche Klarstellung ist auch Art. 21, wonach auch das einzelne Sanitätsfahrzeug zu Lande wie eine Sanitätseinheit geschützt ist.

#### 2.3.3.2. Sanitätstransporte zu Wasser

Die Sanitätstransporte zur See sind ausführlich in der Genfer Konvention II geregelt. Hier werden vom Protokoll I nur einige Ergänzungen im Detail hinzugefügt (Art. 22). Bedeutsam ist jedoch der neue Art. 23, der Sanitätstransporte zu Wasser über die in der Konvention II vorgesehenen Fälle hinaus schützt. Zum einen enthält die Konvention II strenge Voraussetzungen für den Schutz von Lazarettschiffen, sie sieht insbesondere keinen Schutz für nur zeitweilig als Sanitätstransporte eingesetzte Schiffe vor. Ferner ist die Konvention II nur auf See anwendbar, was auch immer man im einzelnen dazu zählen mag. Für die Fälle, die wegen dieser Grenzen und Einschränkungen des Schutzes der Konvention II bislang nicht gedeckt sind, bringt Art. 23 einen Schutz, der freilich nicht ganz das Ausmaß des Schutzes der Konvention II erreicht.

#### 2.3.3.3. Sanitätslufttransporte

Art. 36 und 37 der Konvention I beschränken den Schutz von Sanitätsflügen auf vereinbarte Flüge. Damit sind Sanitätsflüge auch tief im eigenen Territorium einer Konfliktpartei nur geschützt, wenn eine diesbezügliche Abmachung mit dem Gegner vorliegt. Dieses Régime wird der Bedeutung der Luftevakuierung Verwundeter vom Schlachtfeld nicht mehr gerecht. Nach schwierigen Vorverhandlungen auf den Expertenkonferenzen hat die Diplomatische Konferenz ein neues Régime des Schutzes der Sanitätslufttransporte erarbeitet, das für verschiedene Gebiete verschiedene Vorbedingungen des Schutzes vorsieht. Vier unterschiedliche Situationen erhalten ein unterschiedliches Régime des Schutzes:

a) Gebiete, die von den eigenen und verbündeten Streitkräften kontrolliert werden und nicht kontrollierte Seegebiete,

- b) Gebiete, die von der Gegenpartei kontrolliert werden,
- c) der Teil der Kontaktzone, der von der eigenen Seite kontrolliert wird oder dessen Kontrolle nicht eindeutig feststeht,
- d) neutrales Gebiet.

Bei Flügen über die Gebiete b) und d) ist nach wie vor die Zustimmung der Gegenseite bzw. des neutralen Staates erforderlich. Im Gebiet c), der Kontaktzone, ist der Schutz nur dann voll wirksam (*fully effective*), wenn eine vorherige Vereinbarung getroffen wurde. Sanitätsluftfahrzeuge sind jedoch zu respektieren, wenn sie als solche erkannt sind. Keine vorherige Abmachung ist hingegen im Gebiet a) erforderlich. Damit ist ein differenziertes System des Schutzes von Sanitätsflügen geschaffen, das den Realitäten bewaffneter Konflikte gerecht wird, andererseits den Einsatz von Luftfahrzeugen zur Rettung Verwundeter in weitestmöglichem Umfang gestattet. Diese Bestimmungen werden ergänzt durch Vorschriften über Kontrolle und spezielle Einschränkungen für Sanitätsluftfahrzeuge, die einen Mißbrauch des geschützten Status verhindern sollen.

#### 2.3.4. Identifikation

Eine wichtige Voraussetzung des Schutzes von Sanitätspersonal, Sanitätseinheiten und insbesondere Sanitätstransporten ist, daß sie rechtzeitig als solche von einem potentiellen Angreifer erkannt werden. Dem dient seit langem die Kennzeichnung mit dem roten Kreuz auf weißem Grund. Diese Fragen sind nunmehr wesentlich eingehender auf der Grundlage des Art. 18 in dem Anhang I zum Protokoll I geregelt. Eine gute Kennzeichnung setzt zunächst voraus, daß das rote Kreuz so gestaltet ist, daß es weithin sichtbar ist. Ferner stehen aber für die Identifikation eine Reihe von technischen Mitteln zur Verfügung: Besondere Funksignale, Lichtsignale, Sekundär-Radar. All dies ist nunmehr im Anhang I Gegenstand detaillierter Regelung. Allerdings sind ergänzende Regelungen durch internationale Organisationen, die für die technischen Fragen zuständig sind, erforderlich. Deswegen hat die Konferenz drei Resolutionen angenommen, die den Internationalen Fernmeldeverein, die Internationale Zivilluftfahrtorganisation und die Internationale Beratende Organisation für Fragen der Seefahrt (IMCO) auffordern, das Notwendige zu veranlassen.

#### 2.3.5. Vermißte und Tote

Die Bestimmungen der Genfer Konventionen bezüglich Auskünfte über Konfliktopfer beziehen sich im wesentlichen auf Verwundete, Kranke

und Tote auf dem Schlachtfeld<sup>43)</sup> sowie auf Kriegsgefangene und bestimmte gefangene Zivilisten<sup>44)</sup>. Eine allgemeine Bestimmung über die Suche nach Vermissten gibt es bislang nicht. Auch die bisherigen Bestimmungen über Gräber erfassen nicht alle Konfliktsopfer<sup>45)</sup>. Der Zugang zu Gräbern ist allenfalls impliziert gewährleistet. Es fehlen auch Regelungen für Einzelheiten der Unterhaltung von Kriegsgräbern. Der neue Abschnitt über Verwundete und Tote hat also eine mehrfache Funktion. Er soll einmal die bereits vorhandenen Schutzbestimmungen der Konventionen auf Konfliktsopfer ausdehnen, die bislang nicht geschützt sind, er soll zum anderen die beschriebenen Lücken schließen.

Art. 32 führt diesen Abschnitt präambelartig ein. Er betont das Recht der Familien, das Schicksal ihrer Angehörigen zu erfahren, als bestimmenden Beweggrund für die Tätigkeiten der Hohen Vertragsschließenden Teile bei der Durchführung der folgenden Bestimmung. Art. 32 ist keine Menschenrechtsbestimmung in dem Sinne, daß er ein subjektives Recht der Angehörigen auf Auskunft und Nachforschung durch die Konfliktparteien enthielte. Er ist aber eine wesentliche Grundlage der Auslegung der folgenden Bestimmungen.

Art. 33 Abs. 1 enthält die wichtige Grundsatzverpflichtung, daß jede Konfliktpartei nach Personen suchen muß, die von der anderen als vermißt gemeldet werden, und zwar sobald es die Umstände erlauben und spätestens beim Ende der aktiven Feindseligkeit. Art. 33 Abs. 2 ist hingegen ein Auffangtatbestand. Er bestimmt die Sammlung von Informationen über Personen, für die solches nicht bereits anderweitig in den Konventionen und dem Protokoll vorgesehen ist.

Hinsichtlich der Bestattung der Toten und der Achtung und Kennzeichnung ihrer Gräber ist Art. 34 Abs. 1 der Auffangtatbestand, der den Schutz der Gräber von Personen vorschreibt, für die Entsprechendes noch nicht anderweitig bestimmt ist. Neu sind hingegen die Bestimmungen der Absätze 2–4 über den Zugang zu Kriegsgräbern, die dauernde Unterhaltung der Gräber und die hierfür entstehenden Kosten sowie die Exhumierung und Repatriierung der Reste Verstorbener. Insbesondere die Formulierung des Rechtes auf Zugang zu Kriegsgräbern ist das Ergebnis eines schwierigen Kompromisses. Während einerseits die westlichen Staaten ein individuelles Zugangsrecht für die Angehörigen und offizielle Kriegsgräberorganisationen forderten, wollten die sozialistischen Staaten insoweit

---

<sup>43)</sup> Art. 15 Konvention I, 18 und 19 Konvention II.

<sup>44)</sup> Art. 122 ff. III., 136 ff. Konvention IV.

<sup>45)</sup> Art. 17 Konvention I, 120 III, 130 IV.

allenfalls ein *pactum de negotiando* zugestehen. Man einigte sich auf ein *pactum de contrahendo*. Die Staaten, auf deren Gebiet die Gräber liegen, sind also nicht ohne einen weiteren Vertrag verpflichtet, Zugang zu den Gräbern zu gewähren, sie sind aber zum Abschluß dieses weiteren Vertrages verpflichtet. Diese Verpflichtung tritt allerdings erst ein, sobald die Umstände und die Beziehungen zwischen den gegenerischen Parteien dies erlauben. Ein Vertragsabschluß über den Zugang zu Gräbern kann selbstverständlich nicht während des Fortgangs der Feindseligkeiten verlangt werden und nach Beendigung der Feindseligkeiten je nach den Umständen auch erst nach einer gewissen Abkühlungsphase. Der Hinweis auf die »Beziehungen zwischen den gegnerischen Parteien« wurde aufgenommen, um Bedenken Genüge zu tun, die eine Reihe arabischer Staaten dagegen hatten, ein *pactum de contrahendo* mit Israel einzugehen<sup>46)</sup>.

#### 2. 4. Methoden und Mittel der Kriegführung sowie Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus

Hauptzweck des Protokolls I ist der Schutz der Zivilbevölkerung im internationalen bewaffneten Konflikt. Das Protokoll beschränkt sich in Verfolgung dieses Zweckes indessen nicht darauf, in Art. 51 Abs. 2 den Grundsatz zu bestätigen, daß die Zivilbevölkerung als solche nicht Objekt bewaffneter Schädigungshandlungen sein darf — ein Grundsatz, dessen völkerrechtliche Verbindlichkeit außer Frage steht, der auf internationaler Ebene ständig bekräftigt wird<sup>47)</sup>, der aber dennoch immer wieder verletzt worden ist und auch künftig verletzt werden wird. Um gleichwohl seine Beachtung in der Wirklichkeit eines internationalen bewaffneten Konflikts nachhaltiger als in der Vergangenheit zu sichern, mußte die Genfer Konferenz diesen als Maxime des humanitären Völkerrechts geltenden Grundsatz in einzelnen, ausgefeilten Regeln konkretisieren, die geeignet sind, seine bisherige Verletzungsanfälligkeit zu reduzieren. Derartige Regeln müssen — und dies wurde in den Verhandlungen wiederholt deutlich — den einer internationalen bewaffneten Auseinandersetzung immanenten Konflikt zwischen dem humanitären Gebot eines weitestmöglichen Individualschutzes und den pragmatischen

<sup>46)</sup> Vgl. die Debatten CDDH/II/SR. 76 und 78.

<sup>47)</sup> Vgl. insbes. UN GA/Res. 2444 (XXIII); 2675 (XXV).

Erfolgsinteressen der Konfliktparteien bewältigen<sup>48)</sup>. Wird dieser vorgegebene Konflikt bei der Aushandlung entsprechender Regeln – und sei es auch in durchaus wohlmeinender Absicht – ignoriert, dann werden seine Auswirkungen zwangsläufig in die Praxis der Rechtsanwendung verlagert. Die unausbleibliche Folge ist, daß sich dann der Geltungsanspruch einer ausschließlich humanitär geprägten Rechtsregel sehr viel schwerer gegenüber militärisch-pragmatischen Erfolgsinteressen durchsetzen wird.

Dies ist der Hintergrund, vor dem der Teil III des Protokolls (Methoden und Mittel der Kriegführung, Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus) zu bewerten ist. Hinsichtlich eines Urteils über die Frage, ob die in Teil III enthaltenen Vorschriften jenen Konflikt zwischen Individualschutz und militärischem Erfolgsinteresse samt und sonders hinreichend berücksichtigen, ist vorerst noch Zurückhaltung geboten. Zwar stellen die Vorschriften des Teils III in ihrer Mehrheit einen bedeutsamen kodifikatorischen Fortschritt dar: Sie bestätigen und präzisieren nicht nur geltendes Vertrags- und Gewohnheitsrecht, sondern sie erfassen auch Bereiche, deren vertragliche Regelungsbedürftigkeit seit langem erkannt war. Jedoch blieb die Ausgestaltung einzelner Vorschriften nicht von dem Umstand verschont, daß am Genfer Konferenztisch Staaten versammelt waren, deren ideengeschichtliche Basis in Bezug auf das Völkerrecht massive Unterschiede aufweist, deren aktuelle Positionen zu dem im internationalen bewaffneten Konflikt anwendbaren Völkerrecht voneinander abweichen und deren weltanschauliche wie konkret-politische Beurteilungen der bewaffneten Auseinandersetzung als politisches Instrument ebenfalls erheblich divergieren. Ebenso wenig darf in diesem Zusammenhang außer acht gelassen werden, daß zwischen den Genfer Verhandlungspartnern ein Rüstungsgefälle gegeben ist, wie es beispielsweise zwischen den Staaten, die 1899 und 1907 die großen Haager Kodifikationen beschlossen, in einem vergleichbaren Ausmaß nicht zu verzeichnen war.

#### *2.4.1. Die Begrenzung der Kampfmethoden und Kampfmittel*

Jene Divergenzen zwischen den Verhandlungspartnern der Genfer Konferenz wirkten sich allerdings bei der Abfassung des Abschnitts I,

---

<sup>48)</sup> Hierzu aufschlußreich die Interpretationserklärungen zu Art. 44 (42 a. F.), CDDH/SR. 40 und Add. 1, *passim*, und CDDH/SR. 41, S. 1–20, sowie der jeweilige Annex mit schriftlich nachgereichten Erklärungen; vgl. insbes. auch unten Abschnitt 2.5.

Teil III (Methoden und Mittel der Kriegführung) vornehmlich in Randbereichen aus. In diesem Abschnitt finden sich überwiegend solche Vorschriften, deren Gebots- oder Verbotskern bereits im »klassischen« Haager Kampfführungsrecht enthalten ist. Unter Bewahrung dieses Kerns sind Vertragsnormen formuliert worden, die durchweg dem Anspruch des gesamtvertraglichen Schutzzwecks einerseits und der Praktikabilität andererseits genügen. Hier konnte die Konferenz in besonderem Maße ihrem Auftrag gerecht werden, das im internationalen Konflikt anwendbare Recht zu bestätigen und fortzuentwickeln.

#### 2.4.1.1. Die Grundregeln

Die in Art. 35 enthaltenen Grundregeln weisen eine doppelte Funktion auf: Zum einen geben sie den Rahmen und die inhaltsbestimmenden Kriterien für die systematische Interpretation der von ihrem Anwendungsbereich abgedeckten speziellen Kampfführungsvorschriften<sup>49)</sup>. Zum anderen sind sie unmittelbar als Auffangnormen auf Sachverhalte anwendbar, die nicht von speziellen Normen erfaßt werden.

Art. 35 Abs. 1 übernimmt den Verbotskern des Art. 22 HLKO, präzisiert jedoch zugleich diese allgemeine Beschränkungsnorm: Die Beschränkung des Rechts der Wahl von Kampfmethoden oder Kampfmitteln gilt für »jeden bewaffneten Konflikt«, der gemäß Art. 1 dem Protokoll I unterfällt und damit unzweifelhaft auch für die in Art. 1 Abs. 4 aufgeführten Konflikte. Art. 35 Abs. 1 stellt nicht wie Art. 22 HLKO allein auf die Mittel und ihre Zweckbestimmung ab (»... Mittel zur Schädigung des Feindes«), sondern bezeichnet umfassend das Recht, »Methoden oder Mittel der Kriegführung zu wählen«, als »nicht unbegrenzt«. Die Formel »methods or means or warfare« wurde der sinngemäß treffenderen Wendung »methods or means of combat« allein deshalb vorgezogen, um jeden Ansatz für eine restriktive Auslegung auszuschließen<sup>50)</sup>. Die Vorschrift erstreckt sich damit auf sämtliche im internationalen Konflikt anwendbaren Kampfmethoden und Kampfmittel, ohne daß aus ihr eine Positionsnahme zum völkerrechtlichen Kriegsbegriff herzuleiten wäre<sup>51)</sup>.

<sup>49)</sup> D.h. in erster Linie für die in Abschnitt I Teil III enthaltenen Art. 37–42, jedoch – wie die Verknüpfung von Art. 35 Abs. 3 und Art. 55 zeigt – auch für die Art. 51–56.

<sup>50)</sup> CDDH/215/Rev. 1, para. 20.

<sup>51)</sup> Zur Überlagerung des völkerrechtlichen Kriegsbegriffs durch den »internationalen bewaffneten Konflikt« vgl. K. Ipsen, Zum Begriff des »internationalen bewaffneten Konflikts«, in: Recht im Dienst des Friedens, Festschrift für Eberhard Menzel zum 65. Geburtstag am 21. Januar 1976 (1975), S. 420 ff.

Mit Art. 35 Abs. 2, der überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden verursachende Mittel und Methoden verbietet, werden bisher wirksame Interpretationsschwierigkeiten beseitigt, die hinsichtlich Art. 23e HLKO bestanden<sup>52</sup>). Während der maßgebliche französische Text der HLKO auf «armes propres à causer des maux superflus» abstellt, beschränkt die englische Übersetzung das Verbot auf “weapons calculated to cause unnecessary suffering”. Das Wort “calculated” ist in der Vergangenheit als Einfallstor für eine Auslegung benutzt worden, die das subjektive Element der Absicht verlangte, unnötige Leiden hervorzurufen. Eine derartige Absicht läßt sich in der Anwendungspraxis indessen kaum nachweisen. Ihr Vorhandensein zu fordern, unterhöhlt daher den Schutzzweck der Norm. Diese Folge ist mit der Neufassung beseitigt worden.

Eine Fortentwicklung des Rechts stellt Art. 35 Abs. 3 mit dem Verbot dar, Kampfmethoden oder Kampfmittel anzuwenden, die dazu bestimmt sind oder auch nur erwarten lassen, daß ihr Einsatz ausgedehnte, lang anhaltende und schwere Schädigungen der natürlichen Umwelt verursacht. Der unbestimmte Zeitbegriff *long-term* bereitete namentlich qualitativ hochgerüsteten Staaten Schwierigkeiten<sup>53</sup>). Eine mit der Gesamtproblematik des Umweltschutzes gegen Kampffolgen befaßte informelle Arbeitsgruppe — die “Biotope Group” — schloß exemplarisch durch Artilleriebeschießungen verursachte »Kurzeitschäden« aus und hielt eine Zeitbestimmung von zehn und mehr Jahren für möglich<sup>54</sup>). Auf diese Position wurde in interpretativen Erklärungen Bezug genommen<sup>55</sup>), wobei insbesondere Wert darauf gelegt wurde, daß der Begriff *long-term* inhaltlich nicht durch den gleichlautenden Begriff präjudiziert wird, der in Art. 1 Abs. 1 der am 18. Mai 1977 in Genf unterzeichneten Konvention über das Verbot militärischer oder anderer feindseliger Verwendung von Umweltveränderungstechniken enthalten ist<sup>56</sup>). Bei der Aushandlung dieser Konvention auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CCD) hatten nämlich einige Delegationen als »lang anhaltend« kürzere

---

<sup>52</sup>) Zum folgenden Fleck, Völkerrechtliche Gesichtspunkte für ein Verbot der Anwendung bestimmter Kriegswaffen, in: Fleck (Hrsg.), Beiträge zur Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts für bewaffnete Konflikte (1973), S. 14; außerdem CDDH/215/Rev. 1, para. 21.

<sup>53</sup>) CDDH/215/Rev. 1, paras. 23–27.

<sup>54</sup>) CDDH/III/GT/35.

<sup>55</sup>) CDDH/SR. 39 Annex.

<sup>56</sup>) CDDH/SR. 39, S. 9 (Mexiko), sowie Annex, S. 1 (Bundesrepublik Deutschland, Argentinien), S. 2 (Ägypten), S. 4 (Großbritannien), S. 5 (Venezuela).

Zeiträume gekennzeichnet, welche die Dekaden-Vorstellung der "Biotope Group" unterschritten. Nach alledem wird der unbestimmte Zeitbegriff *long term* trotz der in Art. 55 Abs. 1 Satz 2 gegebenen Konkretisierungsmöglichkeit Angelpunkt für Auslegungskontroversen bleiben.

#### 2.4.1.2. Die rechtliche Erfassung neuer Waffenentwicklungen

Die in Art. 36 statuierte Pflicht, bei der Erforschung, Entwicklung oder Einführung neuer Waffen, Kampfmittel oder Kampfmethoden deren Anwendung an den Verbotsvorschriften des Protokolls und anderen einschlägigen Völkerrechtsregeln zu messen, schafft die längst fällige Rechtsklarheit hinsichtlich der Unerheblichkeit des Arguments der »Neuheit einer Waffe«. Mit diesem Argument ist – namentlich in der Diskussion über die völkerrechtliche Zulässigkeit des Kernwaffeneinsatzes – wiederholt der Nachweis versucht worden, daß neue Waffen jedenfalls dann nicht in den Anwendungsbereich des geltenden Rechts fallen, wenn sie zur Zeit der Rechtsentstehung nicht im Vorstellungsbereich der rechtlich gebundenen Staaten standen<sup>57)</sup>. Wenngleich dieses Argument schon aus rechtslogischen Gründen schwerlich haltbar ist – eine Völkerrechtsnorm, die einen Waffeneinsatz wegen seiner Wirkung verbietet, ist wie jede andere Verbotsnorm auf künftige, zur Zeit ihrer Entstehung gar nicht absehbare Ereignisse gerichtet –, so schafft doch erst Art. 36 die vertragliche Autorität zur Beseitigung des Arguments.

#### 2.4.1.3. Das Perfidieverbot

Der Kern des Perfidieverbots (Art. 37) findet sich in mehreren Regeln des Haager Rechts<sup>58)</sup>.

Art. 37 Abs. 1 Satz 1 verbietet perfides Verhalten nicht generell, sondern nur in Verbindung mit der Tötung, Verwundung oder Gefangennahme des Gegners. Die Vorschrift übernimmt damit den Normzweck des Art. 23b HLKO. Eine Rechtsfortentwicklung ist dagegen die Definition der Perfidie, die als ein Verhalten gekennzeichnet ist, durch das dem Gegner in der Absicht, sein – rechtlich begründetes –

<sup>57)</sup> Ablehnend zu diesen Versuchen Menzel, Atomwaffen und völkerrechtliches Kriegsrecht, in: Abschreckung und Entspannung – Fünfundzwanzig Jahre Sicherheitspolitik zwischen bipolarer Konfrontation und begrenzter Kooperation (1977), S. 154 m. w. Nachweisen.

<sup>58)</sup> Hierzu ausführlich Fleck, Kriegslisten und Perfidieverbot, a.a.O. (Anm. 52), S. 115–122.

Vertrauen zu mißbrauchen, vorgetäuscht wird, daß er nach dem im Konflikt anwendbaren Völkerrecht einen Schutzanspruch hat oder verpflichtet ist, Schutz zu gewähren<sup>59</sup>). Vier typisch perfide Handlungsarten werden ausdrücklich als Beispiele qualifiziert (Vortäuschen der Absicht, unter Parlamentärflagge zu verhandeln oder zu kapitulieren; das Vortäuschen einer Kampfunfähigkeit infolge von Verwundungen oder Krankheit; das Vortäuschen des Rechtsstatus einer Zivilperson oder eines Nicht-Kombattanten; Vortäuschen eines geschützten Status durch Benutzung von Zeichen, Kennzeichen oder Uniformen der Vereinten Nationen, neutraler Staaten oder anderer Staaten, die nicht Konfliktpartei sind). Ausgenommen vom Perfidieverbot sind Kriegslisten, die als Handlungen definiert sind, welche den Gegner zwar irreführen oder zu unvorsichtigem Verhalten verleiten sollen, jedoch keine Rechtsregel verletzen und nicht perfide sind, weil sie den Gegner nicht dazu verleiten, auf eine völkerrechtliche Schutzsituation zu vertrauen. Als typische Beispiele solcher Kriegslisten sind Tarnungen, Hinterhalte, Scheinoperationen und irreführende Informationen genannt.

Das Perfidieverbot weist Schwächen auf<sup>60</sup>): Da erst und ausschließlich die Tötung, Verwundung oder Gefangennahme eines Gegners ein hierfür ursächliches perfides Verhalten verbotserheblich werden läßt, bleibt zunächst das Problem des erfolglosen Versuchs offen. Sodann beläßt das erfolgsqualifizierte Verbot einer Konfliktpartei nicht gerade wenige Möglichkeiten, den Gegner durch perfides Handeln zu operativen oder taktischen Maßnahmen zu veranlassen, die für ihn latent nachteilig sind, aber nicht zur Tötung, Verwundung oder Gefangennahme von Angehörigen seiner Streitkräfte führen. Treten diese Folgen dann bei einem späteren offenen Gefecht ein, so wird sich die keineswegs einfache Frage nach der Kausalität der perfide geschaffenen Situation für die Gefechtsfolgen stellen. Perfides Verhalten, das nicht auf Tötung, Verwundung oder Gefangennahme gerichtet ist, kann umgekehrt aber auch den Gegner, sofern es seiner Aufklärung wiederholt erkennbar gemacht wird, zu kräfteraubenden Vorkehrungen wie zu verstärkten Sicherungen oder zu unnötigen Truppenkonzentrationen veranlassen. Schließlich wird das subjektive Verbotsselement der Absicht des Vertrauensmißbrauchs in der Anwendungspraxis zumindest bei »passiver«

---

<sup>59</sup>) CDDH/236/Rev. 1, para. 15.

<sup>60</sup>) Die schon von Fleck, a.a.O. (Anm. 58), S. 126–136, erörterten Schwächen konnten z. T. gemildert, jedoch nicht ausgeräumt werden.

Perfidie Nachweisschwierigkeiten bereiten. So wird beispielsweise die für den Gegner zwar erkennbare, von ihm aber nicht erkannte militärische Nutzung geschützter Objekte im rückwärtigen Bereich durchweg nicht durch das Perfidieverbot erfaßt sein – allerdings unbeschadet ihrer anderweitigen Verbotswidrigkeit. Die dargelegten Schwächen des Perfidieverbotes machen deutlich, daß zwischen der verbotenen Perfidie und den erlaubten Kriegslisten eine Grauzone »nicht verbotener Perfidie« verbleibt. Diese Grauzone wird sowohl in der Anwendungspraxis des Art. 37 als auch in seiner interpretierenden Aufarbeitung Gegenstand permanenter Kontroversen sein.

Immerhin dämmen weitere Mißbrauchsverbote absoluten Charakters die Schwachstellen des durch Erfolgsqualifikation und Absichtselement relativierten Perfidieverbotes wiederum ein. Art. 38 Abs. 1 Satz 1 verbietet ohne Einschränkungsmöglichkeit den zweckwidrigen Gebrauch des Rotkreuzkennzeichens und der gleichgestellten Kennzeichen (Roter Halbmond, Roter Löwe und Sonne) sowie der übrigen in den Genfer Konventionen bzw. im Protokoll vorgesehenen Kennzeichen, Zeichen oder Signale. Die verbotene Aktivität (*utiliser indûment/improper use*) ist der des Art. 23f HLKO nachgebildet worden, ohne daß damit die diese Vorschrift belastende Hypothek der restriktiven Auslegung übernommen worden wäre. Art. 23f HLKO ist nämlich wiederholt dahin interpretiert worden, daß nicht jeder zweckentfremdete Gebrauch der verschiedenen dort aufgeführten Unterscheidungszeichen (so z. B. nicht das Tragen der Uniform des Gegners außerhalb des Kampfes) verboten wäre<sup>61</sup>). Da Art. 39 diesem Gedanken nunmehr auch Rechnung trägt, Art. 38 hingegen keinerlei Einschränkungen aufweist, stellt Art. 38 unzweifelhaft ein absolutes Verbot dar. Daß Art. 38 Abs. 1 Satz 1 sodann mit abweichender Formulierung (« . . . usage abusif délibéré »/« . . . to misuse deliberately ») den »überlegten Mißbrauch« anderer international anerkannter Schutzzeichen, Zeichen oder Signale verbietet, ändert nichts an dem gleichermaßen absoluten Charakter auch dieses Verbots. Der Grund für die unterschiedliche Formulierung beruht darin, daß einige Staaten sich nicht in der Lage sahen, die in für sie nicht verbindlichen Konventionen festgelegten Schutzzeichen (etwa das Kulturgut-Schutzzeichen) mit einer gleichlautenden Verbotsformel abzudecken wie die Schutz- und Kennzeichen der Genfer Konventionen und ihrer Zusatzprotokolle<sup>62</sup>). Die inkongruenten Formulierungen der Sätze 1 und 2

<sup>61</sup>) Vgl. hierzu Fleck, a.a.O. (Anm. 58), S. 119 f.

<sup>62</sup>) CDDH/215/Rev. 1, para. 34.

des Art. 38 Abs. 1 stellen daher auf die unterschiedliche Rechtsbindung an den zulässigen Gebrauch der aufgeführten Zeichen, nicht hingegen auf eine unterschiedliche Intensität des Mißbrauchsverbotes ab. — Art. 38 Abs. 2, der den nicht-autorisierten Gebrauch des Kennzeichens der Vereinten Nationen verbietet, komplettiert das absolute Mißbrauchsverbot dieses Artikels.

Das Verbot der Verwendung von Nationalitätskennzeichen (Art. 39) weist differenzierte Verbotsbereiche auf. Art. 39 Abs. 1 verbietet im bewaffneten Konflikt<sup>63)</sup> ausnahmslos den Gebrauch der Flaggen oder militärischen Kennzeichen, Abzeichen oder Uniformen neutraler oder anderer Staaten, die nicht Konfliktpartei sind — ebenfalls ein Mißbrauchsverbot absoluten Charakters. Art. 39 Abs. 2 dagegen untersagt den Gebrauch gegnerischer Flaggen, Kennzeichen, Abzeichen oder Uniformen lediglich im Angriff oder zur Verdeckung, Begünstigung bzw. zum Schutz oder zur Behinderung militärischer Operationen. Damit wird der Verbotsbereich zwar einerseits relativiert, andererseits aber über das eigentliche Kampfgeschehen hinaus auf Täuschungshandlungen erstreckt, die in der bisherigen Staatenpraxis vereinzelt als zulässig angesehen wurden, deren Rechtmäßigkeit indessen zumindest zweifelhaft war<sup>64)</sup>.

Die in Art. 39 Abs. 3 enthaltene und zugleich auf Art. 37 Abs. 1d bezogene Vorbehaltsklausel, nach der die allgemein anerkannten Völkerrechtsregeln hinsichtlich der Spionage und des Flaggengebrauchs im Seekrieg unberührt bleiben, betrifft zwei klassische Täuschungshandlungen, nämlich die Spionage in fremder Uniform und das Führen falscher Flagge durch Kriegsschiffe außerhalb des Kampfeinsatzes oder durch Handelsschiffe<sup>65)</sup>. Hinsichtlich der »riskanten Handlung« des Spionierens bleibt durch die Klausel zum einen der in Art. 31 HLKO verankerte Grundsatz aufrechterhalten, daß der zu den eigenen Streitkräften zurückgekehrte Spion bei späterer Gefangennahme nicht für die vorherige Spionage verantwortlich gemacht werden kann. Zum anderen — und das war der eigentliche Grund für die Bezugnahme auf die Spionage — ist dadurch ausge-

---

<sup>63)</sup> CDDH/215/Rev. 1, para. 38. — Die (an sich überflüssige) ausdrückliche Bezugnahme auf den bewaffneten Konflikt sollte klarstellen, daß sich das Verbot nur auf die Benutzung der Unterscheidungsmerkmale neutraler Staaten zur Förderung der militärischen Interessen einer Konfliktpartei richtet.

<sup>64)</sup> Vgl. den *Skorzeny*-Fall sowie die entsprechenden amerikanischen und britischen Dienstvorschriften, zit. bei Fleck, a.a.O. (Anm. 58), S. 118.

<sup>65)</sup> CDDH/215/Rev. 1, paras. 38 und 40.

schlossen, daß der den Spionageeinsatz in fremder Uniform Befehlende — der nach Art. 29, 30 HLKO nicht als Spion gilt — nunmehr wegen einer Verletzung des Art. 39 zu belangen ist<sup>66)</sup>. Die Ausnahme zugunsten des (falschen) Flaggengebrauchs im Seekrieg perpetuiert hingegen eine umstrittene und unklare Rechtslage<sup>67)</sup>, die mit der Wendung von den »allgemein anerkannten Regeln des geltenden Völkerrechts« nur unzulänglich verborgen wird.

#### 2.4.1.4. Pardon und Schutz der Wehrlosen

Art. 40 nimmt in präzisierter Fassung das in Art. 23d HLKO enthaltene Verbot<sup>68)</sup> auf, indem er den Befehl, daß kein Gegner überleben soll, die Bedrohung des Gegners mit einer derart ausgerichteten Kampfführung wie auch eine entsprechend praktizierte Kampfführung verbietet. Namentlich die letztgenannte Verbotsrichtung ist von Bedeutung, da sie Gefechtspraktiken erfaßt (»Kampf ohne Pardon«), die in der Vergangenheit bisweilen der Umgehung des Verbots der HLKO dienten. Das logische Komplement zu dem Verbot der Versagung des Pardons bildet Art. 41, der den Angriff auf Personen verbietet, die als außer Kampf gesetzt (*hors de combat*) erkannt sind oder nach den vorgegebenen Umständen erkannt werden sollten — eine Erweiterung des bisher in Art. 23c HLKO enthaltenen Tötungs- und Verwundungsverbots. Als *hors de combat* befindliche Person (gleich, ob Kombattant, Nicht-Kombattant oder Zivilperson) ist definiert, wer — vorausgesetzt, daß er sich feindseliger Handlungen enthält und nicht zu fliehen versucht — sich in der Gewalt des Gegners befindet, deutlich die Absicht bekundet, sich zu ergeben, oder bewußtlos bzw. durch Verwundung oder Krankheit kampfunfähig ist. Soweit in der Gewalt des Gegners befindliche Personen betroffen sind, bleibt der ihnen je nach Status zukommende Schutz der Konvention III oder des Art. 75 des Protokolls selbstverständlich unberührt. Das in Art. 41 Abs. 3 enthaltene Gebot, Kriegsgefangene freizulassen, die unter ungewöhnlichen Kampfbedingungen gemacht worden sind und daher nicht nach den Art. 17–20 der Konvention III behandelt werden können, stellt auf die bei Fernaufklärung und Kommandounternehmen möglichen Situationen ab<sup>69)</sup>.

<sup>66)</sup> CDDH/III/408, para. 14.

<sup>67)</sup> Vgl. hierzu Fleck, a.a.O. (Anm. 58), S. 134–138.

<sup>68)</sup> Verbot der »Erklärung, daß kein Pardon gegeben wird«.

<sup>69)</sup> CDDH/236/Rev. 1, para. 24.

Art. 42 Abs. 1, der den Angriff auf in Luftnot abspringende Flugzeugbesatzungen während des Absprungvorgangs uneingeschränkt untersagt, sichert ein weithin als Gewohnheitsrecht anerkanntes Verbot, das bereits in Art. 20 der – nicht in Kraft getretenen – Haager Luftkriegsregeln von 1923 formuliert worden war<sup>70</sup>). Die Kodifizierung dieses Verbots hatte bis zur abschließenden Plenarsitzung Schwierigkeiten bereitet. Als das Verbot auf der 3. Session in der III. Kommission behandelt wurde, gelang es einer starken Gruppe arabischer und afrikanischer Staaten, eine ergänzende Ausnahmeregelung durchzusetzen, nach welcher ein in Luftnot abspringendes Besatzungsmitglied angegriffen werden darf, wenn es offensichtlich auf einem von eigenen Streitkräften kontrollierten Gebiet landen wird<sup>71</sup>). Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland sprach sich unter Hinweis auf die Verkürzung des gewohnheitsrechtlichen Schutzes sowie auf die Inhumanität und Inpraktikabilität der – letztlich von günstiger oder ungünstiger Windrichtung abhängenden – Ausnahmeregel mit großer Entschiedenheit gegen den Art. 42 Abs. 1 (Art. 39 Abs. 1 a. F.) aus<sup>72</sup>). Sie stimmte deshalb zusammen mit fünf weiteren Delegationen gegen den gesamten Artikel<sup>73</sup>). Auf der 4. Session 1977 konnte nach bilateralen Kontakten mit nahezu allen Delegationen zunächst eine Wiederaufnahme des Artikels in der III. Kommission und sodann die ersatzlose Streichung der Ausnahmeregel erreicht werden. In der abschließenden Plenarsitzung hatten sich wiederum die Protagonisten der Ausnahmeregel formiert, die indessen nicht die erforderliche Änderungsmehrheit zu erreichen vermochten. Art. 39 a. F. wurde in seiner nunmehr als Art. 42 Vertragsinhalt gewordenen Fassung mit großer Mehrheit angenommen<sup>74</sup>). Dieser Artikel war die einzige Vorschrift des Teils III, Abschnitt I, die nicht im Konsensverfahren (d. h. einstimmig) angenommen wurde. – Die Absätze 2 und 3 des Art. 42 enthalten selbstverständliche Regelungen, nämlich die Beendigung des Schutzes des Abgesprungenen nach der Landung (Abs. 2) und den Ausschluß der Luftlandetruppen aus dem Schutzbereich, für die der Fallschirm ja nicht Rettungsgerät, sondern Einsatzmittel ist<sup>75</sup>).

<sup>70</sup>) Vgl. hierzu Hailbronner, Die Notsituation im Luftkriegsrecht, in: Fleck a.a.O. (Anm. 52), S. 88.

<sup>71</sup>) CDDH/236/Rev. 1, para. 29 und S. 40.

<sup>72</sup>) CDDH/III/SR. 47, paras. 50/51.

<sup>73</sup>) CDDH/III/SR. 47, para. 28.

<sup>74</sup>) CDDH/SR. 39, S. 22 (71 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen); vgl. auch *ibid.*, S. 14–21.

<sup>75</sup>) CDDH/236/Rev. 1, para. 29. – Nach dem (zutreffenden) Verständnis der III. Kommission gilt der Schutz des Art. 42 Abs. 1 für Luftlandetruppen auch dann nicht, wenn sie nicht einsatzmäßig, sondern in Luftnot abspringen.

### 2.4.2. Der Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus

In Teil III, Abschnitt II (Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus) findet sich derjenige Artikel, der als einziger der auf der Genfer Konferenz ausgehandelten Artikel ein außergewöhnlich breites Echo in der internationalen Öffentlichkeit – insbesondere auch in den Massenmedien der Bundesrepublik Deutschland – gefunden hat. Es ist dies der Art. 44 (Art. 42 a. F.), in der Presse unter unzutreffender Verkürzung seines Regelungsbereichs oft fälschlich als »Guerilla-Artikel« bezeichnet. Jedenfalls war es der Art. 42 a. F., der von allen Vorschriften den größten Zeitaufwand verlangte<sup>76)</sup>, der diametral entgegengesetzte Konflikt- und Kampfkonzeptionen deutlich werden ließ und bei dessen Behandlung nicht nur geschichts- und erfahrungsbedingte Grundpositionen, sondern auch kaum überwindliche Emotionen wirksam wurden<sup>77)</sup>. In verständlicher Unkenntnis dieser singulären Konferenzsituation waren die meisten Erstinterpreten des Art. 44 (42 a. F.) negativ fasziniert von dem Umstand, daß Guerilleros oder Partisanen einen wie auch immer gearteten völkerrechtlichen Schutz genießen sollten<sup>78)</sup>. Ihnen blieb auf Grund dieses Vorurteils verborgen, daß es mit außerordentlichem – und selbst in Genf nicht einmal von allen Delegationen voll erfaßtem – Geschick gelungen war, mit dem Anwendungsbereich des Protokolls sowie mit den Art. 43, 44 und 45 einen in sich geschlossenen Regelungskomplex zu schaffen, der seit

<sup>76)</sup> Die Arbeitsgruppe der III. Kommission widmete diesem Artikel auf der 3. Session mehr als die Hälfte der Sessionsdauer; vgl. CDDH/236/Rev. 1, paras. 83–94.

<sup>77)</sup> Namentlich Staaten, die – wie Vietnam und einige afrikanische Staaten, insbes. Algerien – ihre Existenz nicht zuletzt auf eine erfolgreiche Guerilla-Kriegführung zurückführen können, wurden zu einflußreichen Wortführern der langwierigen Diskussion. Ebenso fand die Guerilla-Idee ihre Verfechter unter den arabischen Staaten als den Förderern der PLO. Entschiedene Gegner dieser Positionen waren Israel und einige lateinamerikanische Staaten. Die sozialistischen Staaten ließen trotz verbaler Unterstützung der Dritten Welt in entscheidenden Verhandlungsphasen eher Zurückhaltung erkennen. Die westlichen Positionen differierten von entschiedener Ablehnung bis zur Unterstützung der Dritten Welt.

<sup>78)</sup> Die in den ersten seriösen Presseanalysen enthaltenen Negativinterpretationen (Neue Zürcher Zeitung vom 24. 4. 1977: »Ein schwarzer Tag für das humanitäre Völkerrecht?«; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 6. 77: »Die Humanität im Konflikt mit den Realitäten«) sind inzwischen von einem hochgeachteten Experten bestätigt worden; vgl. v. d. Heydte, Humanisierung des Kriegsrechts?, Europäische Wehrkunde 1977, S. 551.

langem als regelungsbedürftig anerkannte Konfliktsituationen erfaßt<sup>79)</sup>, hingegen keineswegs zeitgenössische terroristische Aktivitäten legalisiert.

Das Protokoll I ist nur anwendbar auf eine Konfliktpartei, die sich gemeinhin als ein Staat oder aber als ein Volk im Sinne des Art. 1 Abs. 4 darstellt<sup>80)</sup>. Auf Grund der in dieser Vorschrift enthaltenen Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht kann ausschließlich ein Volk gemeint sein, das zugleich Träger des Selbstbestimmungsrechts ist – also eine ethnische Einheit, die nach territorialen, kulturellen und historischen Merkmalen zu bestimmen ist. Allein dies schließt bereits die Anwendbarkeit des Protokolls auf ideen- oder ideologieorientierte Terroristengruppen aus. Unbeschadet dessen sind noch drei weitere Erfordernisse unerlässlich, um ein derart definiertes Volk zur Konfliktpartei im Sinne des Protokolls werden zu lassen: Das betreffende Volk muß den Konflikt mit einem objektiv bestimmbar Ziel führen (es muß gegen Kolonialherrschaft, Rassenherrschaft oder Fremdbesetzung kämpfen). Es muß den Kampf in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts führen, womit eine weitere Zielbegrenzung gegeben ist. Schließlich muß das dieses Volk repräsentierende Organ gemäß Art. 96 Abs. 3 eine einseitige Erklärung gegenüber der Depositarmacht abgeben, die konstitutiv für das Inkrafttreten der vier Konventionen und des Protokolls ist. Trotz kritikwürdiger Regelungsteile des Art. 1 stellt dieser die Barriere dar, jenseits der erst die Anwendung einzelner Vorschriften des Protokolls zu erwägen ist.

#### 2.4.2.1. Die Streitkräftedefinition

Erst wenn feststeht, daß ein Konflikt gemäß Art. 1 in den Anwendungsbereich des Protokolls fällt, stellt sich die Frage, welche Personen an bewaffneten Schädigungshandlungen teilnehmen dürfen. Die Schlüsselvorschrift zur Beantwortung dieser Frage ist jedoch nicht – das sei nachdrücklich betont – der vielumstrittene Art. 44 (42 a. F.), sondern es ist der die Streitkräftedefinition enthaltende Art. 43 (41 a. F.). Art. 43

---

<sup>79)</sup> Zur Staatenpraxis in den beiden größten Konflikten mit Guerillero-Einsatz seit 1945: Der französische Militärbefehlshaber in Algerien gab am 19. 3. 1958 den Befehl, mit offener Waffe gefangengenommene Befreiungskämpfer wie Kriegsgefangene zu behandeln (bestätigt durch das französische Justizministerium im November 1959); am 27. 12. 1967 gleichlautender Befehl des U.S. Military Assistance Command in Vietnam; vgl. auch den an präziser Regelung hinter Art. 44 zurückstehenden Art. 38 des IKRK-Entwurfs.

<sup>80)</sup> Siehe oben 2.2.1.

Abs. 1 verlangt klar und eindeutig eine organschaftliche Zuordnung aller Streitkräfte zu einer Konfliktpartei. Damit wird zugleich die Grundlage für die völkerrechtliche Verantwortlichkeit im Falle der Rechtsverletzung geschaffen<sup>81)</sup>. Die Streitkräfte bestehen aus allen organisierten bewaffneten Kräften, Gruppen und Einheiten, die unter einem Kommando stehen, das der Konfliktpartei gegenüber für das Verhalten seiner Untergebenen verantwortlich ist. Diese völkerrechtlich konstitutiv wirkende Streitkräftedefinition stellt sicher, daß alle an bewaffneten Schädigungshandlungen teilnehmenden Personen einem Völkerrechtssubjekt zugeordnet sein müssen. Auf eine Kurzformel gebracht: Ohne Konfliktpartei mit Völkerrechtssubjektivität im Sinne des Art. 1 gibt es keinen Kombattantenstatus. Das betreffende (bei Anwendung des Art. 1 Abs. 4: partielle) Völkerrechtssubjekt ist verpflichtet, innerhalb seiner so gekennzeichneten Streitkräfte für ein Disziplinarsystem zu sorgen, das unter anderem die Beachtung der in bewaffneten Konflikten anwendbaren völkerrechtlichen Normen durchsetzt. Dies ist indessen eine zusätzliche Pflicht des verantwortlichen Völkerrechtssubjekts, nicht hingegen ein völkerrechtlich konstitutives Merkmal der Streitkräfte. Nach Art. 43 Abs. 2, der von der Delegation der Bundesrepublik in der Arbeitsgruppe der III. Kommission vorgeschlagen wurde, sind ausschließlich die Mitglieder der in Abs. 1 definierten Streitkräfte (mit der herkömmlichen Ausnahme des Sanitäts- und Seelsorgepersonals) Kombattanten, d. h., allein sie sind berechtigt, sich unmittelbar an Kampfhandlungen zu beteiligen. Der Kombattantenstatus setzt mithin zwingend die Zugehörigkeit zu den Streitkräften voraus; Streitkräfte im Sinne des Völkerrechts wiederum setzen zwingend die Zuordnung zu einer Konfliktpartei voraus. Fehlt daher bei einer Person, die an bewaffneten Schädigungshandlungen teilnimmt, auch nur eines dieser beiden konstitutiven Elemente des Kombattantenstatus, dann ist sie schlichtweg kein Kombattant und gelangt erst gar nicht in den Anwendungsbereich des Art. 44 (42 a. F.). — Sofern eine Konfliktpartei weitere paramilitärische oder bewaffnete Vollzugskräfte in ihre Streitkräfte eingliedern will, bedarf es hierzu einer Notifikation gegenüber den übrigen Konfliktparteien (Art. 43 Abs. 3). Die Delegation der Bundesrepublik hatte auf dieser Regelung aus einer Reihe von Gründen bestanden — insbesondere des-

---

<sup>81)</sup> Zu den einschlägigen Grundsätzen der Staatenverantwortlichkeit vgl. den Entwurf der ILC, ILC Yearbook 1975 II, S. 51–106. — In der Arbeitsgruppe der III. Kommission wurde dieser entscheidende Aspekt bei der Streitkräfte-Definition erkannt und berücksichtigt.

halb, weil hierdurch einerseits (zumindest durch Gegenschluß) der zivile, nichtkombattante Status der Polizei gesichert ist und andererseits dem § 64 des Bundesgrenzschutz-Gesetzes (Kombattantenstatus des BGS im Falle eines internationalen bewaffneten Konflikts) Rechnung getragen werden kann<sup>82)</sup>.

#### 2.4.2.2. Die Rechte und Pflichten des Kombattanten

Art. 44 Abs. 1 nimmt die klassische Verknüpfung zwischen Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus auf (wie Art. 4 A Nr. 1–3 und 6 der Konvention III), indem er bestimmt, daß jeder Kombattant, »wie er in Artikel 43 definiert ist«, bei Gefangennahme durch den Gegner Kriegsgefangener ist. Die Grundpflicht aller Kombattanten, das im internationalen bewaffneten Konflikt anwendbare Völkerrecht einzuhalten, ist in Art. 44 Abs. 2 festgelegt<sup>83)</sup>. Verletzt der Kombattant dieses Recht, so verwirkt er nicht den Kombattanten- oder Kriegsgefangenenstatus, es sei denn, die Ausnahmeregelung der Abs. 3 und 4 greift ein. Und eben diese beiden Absätze waren es, die auf der Genfer Konferenz die größten Schwierigkeiten bereiteten und an denen das Zustandekommen einer Regelung fast gescheitert wäre. Um weiteren als den bereits bislang zu verzeichnenden Fehlinterpretationen vorzubeugen, sei im folgenden deutlich gemacht, wie Abs. 3 nach seinem Wortlaut, nach seiner Systematik und nach der sich darin widerspiegelnden Intention der Genfer Verhandlungspartner aufgebaut und inhaltlich gestaltet ist<sup>84)</sup>.

Abs. 3 Satz 1 statuiert die grundsätzliche Pflicht des Kombattanten, sich beim Angriff oder bei angriffsvorbereitenden militärischen Aktivitäten von der Zivilbevölkerung zu unterscheiden. Ausdrücklich genannter Zweck dieser Unterscheidungspflicht ist die Förderung des Schutzes der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen der Kampfhandlungen. Eine Absicherung erfährt diese Grundpflicht durch Abs. 7, nach dem Art. 44 nicht bezweckt, die allgemein akzeptierte Staatenpraxis hinsichtlich des Uniformtragens regulärer, uniformierter und bewaffneter Ein-

<sup>82)</sup> Vgl. hierzu im einzelnen K. Ipsen, Kombattantenstatus oder völkerrechtlicher Sonderstatus der Polizei?, Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes 12 (1976), S. 6–8.

<sup>83)</sup> Insofern ist v. d. Heydtes Feststellung, a.a.O. (Anm. 78), S. 551, daß »eine Verantwortlichkeit dem Gegner gegenüber ausgeschlossen« ist, nicht haltbar. Allerdings ist die Rechtsbeachtung nicht konstitutiv für den Kombattantenstatus, was sie übrigens für den »regulären« Kombattanten auch nach bisherigem Recht nicht ist.

<sup>84)</sup> Vgl. zum folgenden CDDH/236/Rev. 1, paras. 83–94; CDDH/III/408, paras. 16–21.

heiten zu ändern<sup>85</sup>). Zu der in Satz 1 fixierten Grundregel statuiert Satz 2 eine unmißverständlich als solche formulierte Ausnahmeregel, indem er besagt:

»Da in bewaffneten Konflikten jedoch Situationen auftreten können, in denen sich ein bewaffneter Kombattant auf Grund der Natur der Feindseligkeiten nicht auf diese Weise zu unterscheiden vermag, behält er in derartigen Fällen seinen Kombattantenstatus, vorausgesetzt, daß er in solchen Situationen seine Waffen offen trägt, und zwar während jeder Kampfhandlung und, solange er für den Gegner sichtbar ist, während des dem Angriffsbeginn vorausgehenden Aufmarsches«<sup>86</sup>).

An der Formulierung dieses Satzes hat die Delegation der Bundesrepublik Deutschland entscheidenden Anteil gehabt. Auf der 3. Session stand in der III. Kommission eine Fassung kurz vor der Annahme, die das offene Waffentragen in den genannten Ausnahmesituationen auf den Moment unmittelbar vor Angriffsbeginn beschränkte<sup>87</sup>). Diese inakzeptable Fassung gelangte nicht zur Abstimmung — nicht zuletzt auf Grund einer massiven Intervention der Delegation der Bundesrepublik<sup>88</sup>). Die Ausnahmeregel erhielt sodann gemäß einem deutschen Vorschlag die gegenwärtige Fassung, die auf der 4. Session sowohl in der III. Kommission als auch im Plenum — wenngleich in einem Abstimmungsverfahren — angenommen wurde<sup>89</sup>).

Trotz dieses Teilerfolges darf nicht unerwähnt bleiben, daß Art. 44 Abs. 3 Satz 2 in zweierlei Hinsicht nicht die erstrebenswerte kristallklare Formulierung erfahren hat. Dies gilt zunächst für die durch die Natur der Feindseligkeiten bedingten Sondersituationen. Den Protagonisten einer Guerilla-Kampfführung ging es offenkundig — und wiederholt betont — darum, mit dieser Wendung in erster Linie die Befreiungskriege im Sinne des Art. 1 Abs. 4 zu erfassen<sup>90</sup>). Das Interesse west-

<sup>85</sup>) Initiator des Abs. 7 war die ägyptische Delegation; allerdings fand sich in der Arbeitsgruppe der III. Kommission keine Mehrheit für die Überlegung, in Abs. 7 von einer »Rechtsregel« des Uniformtragens zu sprechen; vgl. auch CDDH/236/Rev. 1, para. 84.

<sup>86</sup>) Übersetzung des Verf.

<sup>87</sup>) CDDH/III/GT/91 (". . . during such part of the military operation directly prior to the launching of an attack . . .").

<sup>88</sup>) Das Ergebnis war die Neuformulierung CDDH/III/GT/100.

<sup>89</sup>) CDDH/III/SR. 55, para. 6 (66 gegen 2 Stimmen bei 18 Enthaltungen); CDDH/SR. 40, S. 4 (73 Stimmen gegen 1 Stimme bei 21 Enthaltungen).

<sup>90</sup>) CDDH/III/SR. 55, paras. 33 (Syrien), 39 (Indien), 42 (Indonesien), 46 (Rumänien), 66 (Algerien); CDDH/III/SR. 56, paras. 2 (Vietnam), 33 (Libyen), 57 (Kamerun), 61 (Nigeria), 77 (VR Korea), 79 (Kuba); CDDH/SR. 40, S. 7 (Irak), 13 (Kenia), 19 (Jugoslawien).

licher Staaten dagegen war überwiegend darauf gerichtet, jene Sonder-situationen auf besetzte Gebiete zu beziehen. Auf dieser Linie lag bei-spielsweise die Interpretationserklärung der Bundesrepublik, nach der solche Sondersituationen in einigen modernen Konfliktarten vorkommen können, "such as those occurring in occupied territories"<sup>91</sup>). Eine aus-schließliche Bezugnahme auf besetzte Gebiete lag aus einer Reihe politischer und militärischer Gründe nicht im Interesse einiger Staaten<sup>92</sup>). Mithin ist nicht abschließend geklärt, ob die Ausnahmeregel nur für die Konflikte des Art. 1 Abs. 4 oder auch für »Normalkonflikte« gilt. — Sodann räumte der von der Bundesrepublik eingeführte Begriff *deployment* »Aufmarsch (Bereitstellung)« nicht jede Kontroverse aus. So waren Versuche einer — wenn auch äußerst kleinen — Minderheit zu verzeichnen, das *military deployment/déploiement militaire* entgegen seiner Wortbedeutung wiederum als letzten Moment vor Angriffsbeginn zu interpretieren<sup>93</sup>). Die Interpretation der Bundesrepublik als des Urhebers dieses Vertragsbegriffs steht für mehrere gleichlautende Erklärungen: "Military deployment preceding the launching of an attack means any movement toward a place from which an attack is to be launched"<sup>94</sup>). Trotz dieser — jedem unbestimmten Rechtsbegriff immanenten — Aus-legungskontroversen läßt die dargelegte Struktur und der Regelungsbereich des Art. 44 Abs. 1–3 jedem Einsichtsfähigen deutlich werden, daß es absurd ist, in diesen Regelungen eine Legalisierung des Terrorismus zu erblicken.

Erfüllt ein Kombattant die in Art. 44 Abs. 3 Satz 2 aufgeführten Voraussetzungen nicht, dann hat er gemäß Art. 44 Abs. 4 bei Gefangen-nahme seinen Kriegsgefangenenstatus verwirkt. Ihm ist indessen ein der Konvention III und dem Protokoll äquivalenter Schutz zu ge-währen, der auch den Schutz bei Strafverfolgung mit einschließt<sup>95</sup>). Letzteres bedurfte der besonderen Erwähnung, da die Vorschrift eben nur auf die Äquivalenz der Schutzvorschriften, nicht aber der Strafvor-schriften (insbes. Art. 82–88 Konvention III) abstellt. Derjenige, der den Kriegsgefangenenstatus gemäß Art. 44 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 4 verwirkt hat, wird daher nach nationalem Strafrecht ver-folgt und bestraft. Hierbei ist jedoch eine den Art. 99–108 Konvention III äquivalente Behandlung sicherzustellen.

<sup>91</sup>) CDDH/III/SR. 55, para. 60; CDDH/SR. 40, Annex, S. 2.

<sup>92</sup>) Vgl. z. B. CDDH/236/Rev. 1, para. 84 (letzter Satz).

<sup>93</sup>) CDDH/III/SR. 55, para. 27 (Ägypten); para. 34 (Syrien).

<sup>94</sup>) CDDH/SR. 40, Annex, S. 2. So auch die Erklärungen der USA und des Vereinigten Königreichs bei der Unterzeichnung der Protokolle.

<sup>95</sup>) CDDH/236/Rev. 1, para. 90; CDDH/III/408, para. 19.

Die übrigen Regelungen des Art. 44 sind gebotene Konsequenzen des in den Abs. 1–4 enthaltenen Regelungskerns: Der nicht bei einem Angriff oder während einer vorbereitenden Aktivität gefangengenommene Kombattant verwirkt seinen Kriegsgefangenenstatus nicht wegen vorausgegangener Aktivitäten (Abs. 5), kann allerdings gemäß Art. 85 in Verbindung mit Art. 82 der Konvention III für diese bestraft werden. Die in Art. 4A der Konvention III aufgeführten Kriegsgefangenenkategorien bleiben unberührt (Abs. 6). Schließlich wird der Schutzbereich der Konventionen I und II auf alle Streitkräfteangehörige im Sinne der in Art. 43 Abs. 1 enthaltenen Definition erstreckt.

Insgesamt ist Art. 44 als eine Rechtsfortbildung zu bewerten, die trotz der aufgezeigten Schwächen einen aus internationalen bewaffneten Konflikten ohnedies nicht mehr zu eliminierenden Befund – die Guerilla- bzw. Partisanenkampfführung<sup>96)</sup> – rechtlich einzubinden versucht, und zwar in im ganzen doch ausgewogenen Regelungen, die vielleicht auf Grund einer Gegenseitigkeitserwartung die Inhumanität gerade dieser modernen Konfliktform etwas abzubauen vermögen.

#### 2.4.2.3. Verfahrensrechtlicher Schutz der Teilnehmer an Kampfhandlungen nach ihrer Gefangennahme

Die in Art. 44 getroffene Regelung verlangte folgerichtig eine Weiterentwicklung des verfahrensrechtlich ausgestalteten Schutzes des Art. 5 Satz 2 Konvention III. Daher legt Art. 45 Abs. 1 fest, daß eine an Feindseligkeiten beteiligte und sodann gefangengenommene Person als Kriegsgefangener anzusehen ist, sofern sie bzw. ihre Konfliktpartei dies beansprucht oder sofern sie offensichtlich berechtigt ist, diesen Status zu beanspruchen. Diese vertraglich fixierte Vermutung ist erst durch die Entscheidung eines zuständigen Gerichts widerlegt. Aber auch dem Gefangenen, dem der Kriegsgefangenenstatus (etwa wegen eindeutiger Verwirkung nach Art. 44 Abs. 4, entweder von vornherein oder durch Entscheidung nach Abs. 1) versagt wird, ist gemäß Art. 45 Abs. 2 das Recht eingeräumt, sich bei Strafverfolgung (u. U. erneut) auf den Kriegsgefangenenstatus zu berufen und (ggfs. vorab) eine gerichtliche Entscheidung hierüber herbeizuführen. Die Anwesenheit eventueller Schutzmachtvertreter, die allerdings unter dem auch in Art. 105 Konvention III enthaltenen Sicherheitsvorbehalt steht, vermag zur Gewährleistung eines geordneten Verfahrens beizutragen. Art. 45 Abs. 3 schließ-

<sup>96)</sup> Vgl. hierzu die Schrift von Veuthey, *Guérilla et droit humanitaire* (1976).

lich verbürgt die Grundgarantien des Art. 75 auch demjenigen, dessen Kriegsgefangenenstatus rechtswirksam ausgeschlossen ist, wobei ein weiterreichender Schutz nach der Konvention IV den Vorrang hat. Im besetzten Gebiet verbleiben dem Betroffenen unbeschadet Art. 5 der Konvention IV die in diesem Abkommen garantierten Kommunikationsrechte.

#### 2.4.2.4. Spionage und Kriegsgefangenenstatus

Ursprünglich als Regelung für selbständige Fernaufklärungs- und Sabotageunternehmen (*independent missions*) gedacht<sup>97</sup>), ist Art. 46 (40 a. F.) nunmehr zu einer Abgrenzungsvorschrift geworden, die das Verhältnis von Spionagetätigkeit und Kriegsgefangenenstatus bestimmt. Abs. 1 bestätigt geltendes Recht (Art. 29–31 HLKO), indem er dem auf frischer Tat ertappten Spion den Kriegsgefangenenstatus versagt. Auf die *independent missions* beziehen sich Abs. 2 und 3: Wird eine Aufklärungstätigkeit von Streitkräfteangehörigen auf gegnerischem Gebiet in Uniform durchgeführt, so gilt dies – wie schon nach Art. 29 HLKO – nicht als Spionage (Abs. 2). Beschafft ein nicht-uniformierter Streitkräfteangehöriger in seinem vom Gegner besetzten Wohnsitzgebiet militärische Informationen, so ist dies ebenfalls nicht als Spionage anzusehen, sofern es nicht unter falschem Vorwand oder bewußt heimlich geschieht (Abs. 3). Mit dieser Regelung soll dem Umstand Rechnung getragen werden, daß nicht-uniformierte Streitkräfteangehörige in ihrem Wohnsitzgebiet ohne eigenes Zutun militärisch wertvolle Informationen erlangen können<sup>98</sup>). Diese eher zufällige Informationsaufnahme soll der Besatzung keine Handhabe für die Versagung des Kriegsgefangenenstatus und die Behandlung des Betreffenden als Spion geben. Abs. 3 adjustiert den Regelungsinhalt des Art. 31 HLKO auf den Anwendungsbereich des Art. 46.

#### 2.4.2.5. Das Söldnerproblem

Es mag als widersprüchlich anmuten, daß in einem auf humanitären Schutz ausgerichteten Protokoll durch Art. 47 (42 *quater* a. F.) einer kompletten Kategorie kampfbeteiligter Personen der Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus versagt wird. Die Herausnahme der Söldner aus diesen privilegierten Personengruppen – gleichviel ob sie alle Kombattan-

<sup>97</sup>) CDDH/236/Rev. 1, paras. 32–40.

<sup>98</sup>) *Ibid.*, para. 36.

tenmerkmale aufweisen und das im Konflikt anwendbare Recht achten — beruhte auf einer von den Delegationen junger Staaten nachhaltig unterstützten Initiative Nigerias auf der 3. Session<sup>99)</sup>. Ihr lag ein prinzipielles und ein aktuelles Motiv zugrunde: Zum einen sollte die gerade in afrikanischen Konflikten wiederholt vorgekommene Söldnerbeteiligung durch eine abschreckende Vorschrift ausgeschlossen werden. Zum anderen stand 1976 der Söldnerprozeß von Luanda<sup>100)</sup> an, für dessen internationale Legitimation schon der Entwurf einer völkerrechtlichen Rechtsversagungsvorschrift als wertvoll angesehen wurde. Die Idee einer derartigen Vorschrift fand während der 3. Session keine nennenswerten Widerstände. Dagegen erwies sich die Definition des Söldners als außerordentlich problematisch, da sie keinesfalls ein Einfallstor für zweifelhafte Versagungen des Kombattantenstatus bilden sollte<sup>101)</sup>. In der Vorphase der 4. Session gelang es der nigerianischen Delegation, in informellen bilateralen Verhandlungen die jetzige Fassung des Art. 47 zu entwerfen. Die Vorschrift wurde sodann ohne Schwierigkeiten im Konsensverfahren angenommen. Die in ihrem Abs. 2 aufgeführten sechs Kriterien, die für den — damit erstmals völkerrechtlich definierten — Söldnerbegriff kumulativ vorliegen müssen, dürften es schwer werden lassen, überhaupt noch eine kampfbeteiligte Person als Söldner zu identifizieren. Bei strikter Beachtung der Begriffsmerkmale des Söldners wird die Vorschrift daher in der Praxis kaum Anwendungsfälle finden. Möglichen Grundsatzbedenken gegen diese Entrechtung kampfbeteiligter Personen ist darüber hinaus Folgendes entgegenzuhalten: Wer sich vergegenwärtigt, daß die Verdingung als Söldner ein freiwilliger, durch Gewinnstreben und Abenteuerlust motivierter Akt ist, dem wird es als hinnehmbar erscheinen, daß der Söldner nicht die Privilegien des Kombattanten und Kriegsgefangenen besitzt. Er bleibt ohnedies durch die Grundgarantien des Art. 75 in einem Ausmaß gesichert, das dem selbst übernommenen Risiko durchaus proportional ist.

#### 2.5. Der Schutz der Zivilbevölkerung durch restriktive Kampfführungsvorschriften

Die Aushandlung der zentralen Kampfführungsvorschriften des Teils IV, die nicht wie Teil III vornehmlich Aktionen zwischen Kombattanten,

<sup>99)</sup> CDDH/III/GT/82; vgl. auch CDDH/236/Rev. 1, paras. 95–108.

<sup>100)</sup> Vgl. Bothe, Völkerrechtliche Aspekte des Angola-Konflikts, ZaöRV 37 (1977), S. 601 f. mit weiteren Nachweisen.

<sup>101)</sup> *Ibid.*, para. 97.

sondern die Begrenzung militärischer Aktionen zum Zwecke des Schutzes der Zivilbevölkerung regeln, war in besonderem Maße von dem eingangs dargelegten<sup>102)</sup> Konflikt zwischen Individualschutz und militärisch-pragmatischem Erfolgsinteresse geprägt. Abstimmungsverhalten und Interpretationserklärungen mancher — namentlich hoch gerüsteter — Staaten zu diesem Vorschriftenkomplex ließen deutlich werden, in welchen Punkten man die individualschützende Wirkung einzelner Regelungen zugunsten der militärischen Aktionsfreiheit wiederum zu relativieren suchte. Derartige Relativierungsversuche — zum Teil gerichtet auf die Erhaltung aktueller militärischer Doktrinen — richteten sich bezeichnenderweise nicht auf die generellen, einen weiten Auslegungsrahmen aufweisenden Bestimmungen, sondern auf die diese konkretisierenden Detailregelungen, an denen einzelne militärische Operationen zu messen sind.

### 2.5.1. Grundregel — Anwendungsbereich — Definition

Die in Art. 48 (43 a. F.) enthaltene Grundregel zum Schutze der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte, nach der jederzeit zwischen Zivilpersonen und Kombattanten sowie zwischen zivilen Objekten und militärischen Zielen zu unterscheiden ist und militärische Operationen ausschließlich gegen militärische Ziele unternommen werden dürfen, wurde ohne offen ausgetragene Kontroverse im Konsensverfahren angenommen<sup>103)</sup>. Gleiches gilt für Art. 49 (44 a. F.)<sup>104)</sup>, der den räumlichen, sachlichen und rechtsergänzenden Anwendungsbereich der restriktiven Kampfführungsvorschriften regelt (Abs. 2: anwendbar auf jedes Operationsgebiet gleich welchen Rechtsstatus; Abs. 3: anwendbar auf Land-, Luft- und Seekriegführung; Abs. 4: Ergänzung der Konvention IV und anderer humanitärer Schutzvorschriften). Auch die Negativdefinition der Zivilperson in Art. 50 (45 a. F.) wurde per Konsens angenommen<sup>105)</sup>.

---

<sup>102)</sup> Siehe Text zu Anm. 48; vgl. zu diesem Abschnitt außerdem ausführlich Carnahan, *Protecting Civilians Under the Draft Geneva Protocol: A Preliminary Inquiry*, *The Air Force Law Review* 1976, Nr. 4, S. 32–69.

<sup>103)</sup> CDDH/SR. 41, S. 27; siehe dazu allerdings die im Annex enthaltenen Erklärungen Frankreichs, Indiens (S. 7) und der Ukrainischen SSR (S. 16); vgl. auch CDDH/50/Rev. 1, paras. 16–19.

<sup>104)</sup> CDDH/SR. 42, S. 5; siehe dazu die im Annex (S. 2) enthaltene Erklärung Australiens; vgl. auch CDDH/50/Rev. 1, paras. 20–33, sowie CDDH/215/Rev. 1, paras. 42–46.

<sup>105)</sup> CDDH/SR. 41, S. 28; siehe dazu die im Annex (S. 4) enthaltene Erklärung Kanadas; vgl. auch CDDH/50/Rev. 1, para. 40.

2.5.2. *Der Schutz der Zivilbevölkerung vor bewaffneten Schädigungshandlungen und die Vorsorgepflicht beim Einsatz*

Der grundlegenden Bedeutung des Art. 51 (46 a. F.) für den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Waffeneinwirkung entsprach es durchaus, daß die französische Delegation namentliche Abstimmung über diese Vorschrift verlangte, die dann mit 77 Stimmen gegen eine (Frankreich) bei 16 Enthaltungen (darunter die Bundesrepublik Deutschland) angenommen wurde<sup>106</sup>). Abs. 1 verlangt unter ausdrücklicher Betonung des Schutzgedankens die Beachtung der nachfolgenden Regelungen »unter allen Umständen« und dürfte damit die Schwelle für den bei Vorbehalten gegen Art. 51 erforderlichen Kompatibilitätstest recht hoch angesetzt haben<sup>107</sup>). Abs. 2 verbietet den Waffeneinsatz<sup>108</sup>) gegen die Zivilbevölkerung als solche wie gegen einzelne Zivilpersonen und bestätigt damit einen tragenden Grundsatz des allgemeinen humanitären Völkerrechts<sup>109</sup>). Verboten ist ebenfalls die Anwendung oder Androhung von Gewaltmaßnahmen mit dem Primärzweck des Terrors gegen die Zivilbevölkerung, womit beispielsweise ein *area bombing* wie im 2. Weltkrieg ausgeschlossen ist.

Den Regelungskern aber stellen die Abs. 4 und 5 dar. Abs. 4 verbietet unterschiedslos wirkende Waffeneinsätze und definiert diese im Anschluß an die Resolution des Institut de Droit International<sup>110</sup>) in dreifacher Hinsicht nach der verbotsbegründenden Waffenwirkung (keine Ausrichtung des Einsatzes auf ein bestimmtes militärisches Ziel; Unmöglichkeit des Ausrichtens des Einsatzes gegen ein bestimmtes militärisches Ziel; Unmöglichkeit der Wirkungsbegrenzung nach Maßgabe des Protokolls; ferner dadurch begründete unterschiedslose Wirkung auf militärische Ziele und Zivilpersonen sowie zivile Objekte). Mehrere Staaten gaben Erklärungen

<sup>106</sup>) CDDH/SR. 41, S. 28/29 (weitere Enthaltungen: Afghanistan, Algerien, Italien, Kamerun, Kenia, Kolumbien, Korea [Süd], Madagaskar, Mali, Marokko, Monaco, Senegal, Thailand, Türkei und Zaire); vgl. auch CDDH/215/Rev. 1, paras. 47–60.

<sup>107</sup>) Dazu sogleich unter 2.5.3.

<sup>108</sup>) Der Begriff *attack*, der in Art. 49 Abs. 1 als offensive und defensive Gewaltanwendung definiert ist, sollte daher besser mit diesem Wort und nicht mit »Angriff« übersetzt werden.

<sup>109</sup>) Vgl. hierzu z. B. schon UN GA/Res. 2444 (XXIII) vom 19. 12. 1968 sowie die Resolution des Institut de Droit International vom 9. 9. 1969, *Annuaire* Bd. 53 II, S. 359.

<sup>110</sup>) *Ibid.*, S. 358–360; vgl. auch Art. 14 der sogen. »Delhi-Regeln« des IKRK, *Revue Internationale de la Croix-Rouge* 1956, S. 492.

dahin ab, daß Abs. 4 keine Kampfmittelart als unter allen Umständen unterschiedslos wirkend qualifiziere<sup>111)</sup>). Dies ist sicherlich zutreffend, da die Vorschrift kein Verbot der Kampfmittelart, sondern ein Verbot der Kampfmittelwirkung enthält — dieses allerdings in hinreichender Deutlichkeit. Abs. 5 nennt sodann exemplarisch zwei Kategorien unterschiedslos wirkender Kampfmiteleinsätze: Zum einen den (Flächen-) Einsatz, bei dem mehrere, eindeutig voneinander getrennte militärische Ziele in einem dicht besiedelten Gebiet als einheitliches Ziel behandelt werden, und zum anderen den Einsatz, der voraussichtlich zufällige Zivilverluste verursacht, die im Verhältnis zum angestrebten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil übermäßig sind.

Die letztgenannte Regelung stellt die Schlüsselvorschrift für jeglichen massierten Einsatz konventioneller und nicht-konventioneller Waffen dar. Die 'in ihr enthaltenen unbestimmten Rechtsbegriffe werden einer einheitlichen Anwendungspraxis nicht eben förderlich sein. So stellt sich zunächst die Frage, ob mit dem Waffeneinsatz (*attack*) der begrenzte taktische Einsatz — etwa einer Teileinheit — oder aber der operative Einsatz — etwa mehrere Großverbände — gemeint ist. Je nach Beantwortung dieser Frage bemißt sich sodann der »angestrebte konkrete und unmittelbare militärische Vorteil«, der beim operativen Einsatz mehrerer Divisionen, kombiniert mit Fernkampfmitteln, gewiß ungleich größere Dimensionen aufweist als beim isoliert betrachteten taktischen Einsatz eines Bataillons. Die Delegation der Bundesrepublik interpretierte den angestrebten Einsatzvorteil als den Vorteil, den ein Einsatz als Ganzes bezweckt, und nicht als die Vorteile der einzelnen, den Gesamteinsatz ausmachenden Teileinsätze<sup>112)</sup>). Angesichts des mit operativen Großeinsätzen angestrebten Gesamtvorteils wächst aber zugleich das Maß an Kollateralschäden, die nach dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als nicht übermäßig erscheinen mögen. In Überdehnung des Proportionalitätsprinzips könnte dies sogar dazu führen, daß der angestrebte konkrete und unmittelbare militärische Vorteil möglichst hoch angesetzt wird, um selbst umfangreiche Kollateralschäden im proportionalen Bereich zu halten. An kaum einer anderen Stelle des Protokolls wird der oben aufgezeigte<sup>113)</sup> Konflikt zwischen humanitärem Schutzzweck und militärisch-pragmatischem Erfolgsinteresse so bedrückend offenkundig wie in dieser Regelung.

---

<sup>111)</sup> So z. B. die Bundesrepublik, CDDH/SR. 41, Annex, S. 1; ebenso Kanada, S. 4; Großbritannien, SR. 41, S. 29; Italien, S. 30.

<sup>112)</sup> CDDH/SR. 41, Annex, S. 1. Vgl. auch Anm. 117.

<sup>113)</sup> Vgl. oben Text zu Anm. 48.

Art. 51 gibt einen der Haupttrichtpunkte für die in Art. 57 (50 a. F.) statuierte Vorsorgepflicht des militärischen Führers bei der Einsatzplanung<sup>114</sup>). Danach hat dieser alles ihm Mögliche zu tun, um festzustellen, daß seine Einsatzziele militärische Ziele im Sinne von Art. 52 Abs. 2 (47 a. F.)<sup>115</sup>) sind und der Einsatz nicht — etwa nach Art. 51 Abs. 5 — verboten ist. Kollateralschäden sind zu vermeiden oder möglichst gering zu halten. Bei zu erwartendem Übermaß ist vom Einsatz Abstand zu nehmen. Als militärische Ziele gelten nach der Definition des Art. 52 Abs. 2 nur Objekte, die auf Grund ihrer Eigenart, ihres Standorts, ihres Zwecks oder ihrer Benutzung einen effektiven Beitrag zu militärischen Aktionen leisten und deren Bekämpfung daher einen konkreten militärischen Vorteil bringt. Diese Definition wurde von verschiedenen Staaten — so auch von der Bundesrepublik — dahin interpretiert, daß ein bestimmtes Landgebiet (*a specific area of land*) ebenfalls ein derart definiertes militärisches Ziel sein kann<sup>116</sup>), womit offensichtlich auf den Einsatz von Flächenfeuerwaffen abgestellt wurde. Ebenso wurde erklärt, daß der militärische Führer die ihm nach Art. 57 Abs. 2 obliegende Vorsorgepflicht notwendigerweise nur auf der Grundlage seiner eigenen Einschätzung aller ihm beim Einsatz verfügbaren Informationen erfüllen könne und daß insbesondere das ihm Mögliche (*feasible*) als das nach allen gegebenen — einschließlich der erfolgsrelevanten — Umständen Praktikable zu verstehen sei<sup>117</sup>).

Trotz der angesichts dieser Erklärungen augenfälligen Probleme, die sich aus der dargelegten Vorschriftenkette für die militärische Führung im Zeitalter hochentwickelter Gefechtsführung und Rüstung ergeben, sollte nicht außer acht bleiben, daß hier lediglich Gebote präzisiert worden sind, deren gewohnheitsrechtliche Geltung die Völkerrechtswissenschaft seit langem angenommen hat<sup>118</sup>).

<sup>114</sup>) Nach Abstimmungsantrag Frankreichs mit 90 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen, vgl. CDDH/SR. 42, S. 10; CDDH/215/Rev. 1, paras. 96–100.

<sup>115</sup>) Nach Abstimmungsantrag Frankreichs mit 79 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen; vgl. CDDH/SR. 41, S. 35; vgl. auch CDDH/215/Rev. 1, paras. 61–67.

<sup>116</sup>) CDDH/SR. 41, S. 2 (Bundesrepublik Deutschland); S. 4 (Kanada); S. 6 (USA); S. 13 (Niederlande).

<sup>117</sup>) CDDH/SR. 42, Annex, S. 6 (USA); S. 11 (Italien); S. 16 (Bundesrepublik Deutschland). Vgl. auch die Erklärung des Vereinigten Königreichs bei der Unterzeichnung der Protokolle. Wie sehr es für die Beurteilung dieser Pflichten auf die Kommando-Ebene ankommt, auf der die vorgeschriebenen Erwägungen angestellt werden müssen, wird deutlich aus der schweizerischen Erklärung bei der Unterzeichnung der Protokolle, wonach Art. 52 Abs. 2 Pflichten für Befehlshaber nur von der Bataillonebene aufwärts erzeugt.

<sup>118</sup>) Vgl. insbes. die oben (Anm. 109/110) zit. Resolution des Institut de Droit International.

### 2.5.3. Das Dilemma des Kernwaffeneinsatzes<sup>119)</sup>

Daß nach dem Wortlaut, dem systematischen Ineinandergreifen und dem Regelungszweck der Art. 51, 52 und 57 auch der Einsatz nuklearer Kampfmittel erfaßt ist, liegt auf der Hand. Gerade, weil diese Vorschriften allein bestimmte Einsatzwirkungen verbieten (Art. 51), das militärische Ziel als allein gestattetes Einsatzobjekt definieren (Art. 52) und beides durch die Pflicht zu besonderen Vorsorgemaßnahmen absichern (Art. 57), kann bei Anwendung des heute im Völkerrecht methodologisch allgemein anerkannten und durch Art. 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention bestätigten objektiven Auslegungsansatzes dieser Feststellung nicht ausgewichen werden. Da der objektive Auslegungsansatz zu dem eindeutigen Ergebnis führt, daß auch die Wirkung des Kernwaffeneinsatzes durch das Protokoll erfaßt wird, bleibt nur wenig Raum für den hilfswisen Rückgriff auf die Entstehungsgeschichte<sup>120)</sup>. Aber auch diese liefert kaum eine hinreichende Basis für die These, "that the rules established by the Protocol were not intended to have any effect on, and did not regulate or prohibit the use of, nuclear weapons"<sup>121)</sup>, wie es die USA, Großbritannien und Frankreich in den Debatten der Konferenz erklärt haben. Die USA und Großbritannien haben diese ihre Auffassung bei Unterzeichnung der Protokolle erneut in einer Erklärung bekräftigt. Aus drei während der Konferenz abgegebenen (wenn auch unwidersprochenen) Erklärungen dieser Art einen Konsens der Staaten herzuleiten, daß die Wirkungen eines Kernwaffeneinsatzes durch das Protokoll im Gegensatz zu seinem generell wirkungsbestimmten Wortlaut nicht erfaßt sein sollen, erscheint nicht angängig. Der Staat, der die Anwendung des Protokolls auf den Kernwaffeneinsatz ausschließen will, wird daher nicht umhin können, einen entsprechenden Vorbehalt einzulegen. Die Erklärungen der USA und Großbritanniens bei der Unterzeichnung können als solcher angesehen werden. Für die Beurteilung der Kompatibilität eines solchen Vorbehalts mit

---

<sup>119)</sup> Die Ausführungen unter 2.5.3. stellen die persönliche Auffassung des Mitverfassers K. Ipsen dar, die von den übrigen Mitautoren nicht notwendigerweise geteilt wird.

<sup>120)</sup> Schon der IGH im *Admission*-Gutachten, I.C.J. Reports 1950, S. 8: "If the relevant words in their natural and ordinary meaning make sense in their context, that is an end of the matter".

<sup>121)</sup> Erklärung der USA im Schlußplenium, CDDH/SR. 58, S. 17; gleichlautend Großbritannien *ibid.*, S. 28; ebenso Frankreich, CDDH/SR. 56, S. 4. Zu den (schwächeren) vorangegangenen Erklärungen vgl. Bothe, a.a.O. (Anm. 1), S. 652.

Gegenstand und Zweck des Protokolls mögen die genannten Erklärungen herangezogen werden, indem sie als Indiz dafür angeführt werden, daß die konferenzbeteiligten Staaten die Ausschlußmöglichkeit der Kernwaffen immerhin zur Kenntnis genommen haben. Allein dies dürfte allerdings kaum ausreichen, um die Kompatibilität zu begründen. Es ist gut möglich, daß namentlich diejenigen Staaten, die an einem vertraglichen Erstanwendungsverbot für Kernwaffen interessiert sind, derartige Vorbehalte mit guten Gründen als inkompatibel erklären und ihnen widersprechen werden. Da solche Widersprüche nach der in der Staatenpraxis mehr und mehr zur Herrschaft gelangten erweiterten relativen Theorie keine vertraglichen Bindungen lediglich hinsichtlich der vorbehaltsbezogenen Vorschriften entstehen lassen, ist es von entscheidender Bedeutung, ob Vorbehalte nach dem Vorbild der zitierten Erklärung der USA in Bezug auf das gesamte Protokoll oder nur gegenüber einzelnen Vorschriften erklärt werden. Im ersten Fall ließe der Widerspruch nämlich überhaupt keine Vertragsbindungen zwischen dem vorbehaltserklärenden und dem widersprechenden Staat entstehen. Im zweiten Fall würde nur die Bindung an die restriktiven Kampfführungsvorschriften ausgeschlossen. Der Staat, der überhaupt beabsichtigt, einen Ersteinsatz von Kernwaffen über die im Teil IV des Protokolls fixierten Restriktionen hinaus in seine strategische oder operative Planung einzubeziehen, wird einer Entscheidung zwischen den beiden Vorbehaltsalternativen nicht ausweichen können. Wenn er sich für die erste Alternative entscheidet, geht er damit das Risiko ein, daß er seine gesamte Bevölkerung – Zivilpersonen wie Kombattanten – des Schutzes durch das Protokoll ohne Ausnahme benimmt. In diesem Falle würde den sicherheitspolitisch-pragmatischen Interessen der absolute Vorrang gegenüber dem humanitären Schutz eingeräumt.

#### *2.5.4. Besonders geschützte Objekte*

In Konkretisierung des in Art. 52 Abs. 1 geregelten generellen Schutzes ziviler Objekte stellen die Art. 53–56 einzelne Objekte unter besonderen Schutz. So nimmt Art. 53 (47 *bis a. F.*) Kulturgüter und Andachtsstätten, die zum kulturellen oder geistigen Erbe der Völker gehören, von jeglicher militärischen Einwirkung und Nutzung aus<sup>122</sup>). Intention der Protagonisten dieser Vorschrift war, auch jene Staaten rechtlich zu binden, die bis-

---

<sup>122</sup>) CDDH/SR. 41, S. 36–40; SR. 42, S. 2/3; vgl. auch CDDH/215/Rev. 1, paras. 68–70.

lang nicht Parteien der Konvention zum Schutz von Kulturgut in bewaffneten Konflikten vom 14. Mai 1954 sind<sup>123)</sup>. Werden derartige Objekte militärisch genutzt, so verlieren sie selbstverständlich ihren Schutz und sind militärische Ziele im Sinne von Art. 52 Abs. 2. — Der durch Art. 54 (48 a. F.) bewirkte Schutz ziviler Objekte, die für das Überleben der Zivilbevölkerung unentbehrlich sind, stellte eine fällige Reaktion auf die Kampfmethodik der »verbrannten Erde«<sup>124)</sup> dar und führte bei seiner Aushandlung auch nicht zu erwähnenswerten Kontroversen<sup>125)</sup>. Der Schutz der natürlichen Umwelt gegen Kampfeinwirkungen durch Art. 55 (48*bis* a. F.) brachte indessen eine Wiederholung der in Zusammenhang mit Art. 35 Abs. 3 geführten<sup>126)</sup> Diskussion, was unter lang anhaltenden (*long-term*) Schäden zu verstehen sei<sup>127)</sup>. Auch der in Art. 56 (49 a. F.) geregelte Schutz gefahrenträchtiger Objekte (insbesondere Dämme, Deiche und Kernkraftwerke) verursachte langwierige Erörterungen<sup>128)</sup>. Er entfällt nach ausdrücklicher Maßgabe des Abs. 2, wenn das betreffende Objekt zur regelrechten, bedeutenden und unmittelbaren Unterstützung militärischer Maßnahmen genutzt wird und diese Nutzung allein durch Waffeneinsatz beendet werden kann — eine Klausel, die der militärische Führer im Rahmen des Art. 57 Abs. 2 mit allen in diesen Vorschriften eingeschlossenen Schwierigkeiten<sup>129)</sup> zu beachten hat.

#### 2.5.5. Geschützte Ortschaften und Schutzzonen

Neben Art. 58 (51 a. F.), der generell eine weitestmögliche Separierung der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte von militärischen Zielen verlangt<sup>130)</sup>, gewährt Art. 59 (52 a. F.) unverteidigten Ortschaften und

<sup>123)</sup> Die Bundesrepublik erklärte hierzu die Rechtsauffassung, daß Art. 53 weder die in Art. 27 HLKO enthaltene, inzwischen gewohnheitsrechtlich anerkannte Regelung ersetze noch irgendwelche aus der Konvention von 1954 resultierende Verpflichtungen berühre; vgl. CDDH/SR. 42, Annex, S. 16.

<sup>124)</sup> Die freilich auf dem eigenen Staatsgebiet unter gewissen Beschränkungen möglich bleibt, vgl. Art. 54 Abs. 5, ferner 49 Abs. 2.

<sup>125)</sup> CDDH/SR. 42, S. 5; vgl. auch CDDH/215/Rev. 1, paras. 71–77.

<sup>126)</sup> Vgl. oben 2.4.1.1.

<sup>127)</sup> CDDH/SR. 42, S. 5–7; vgl. auch CDDH/215/Rev. 1, paras. 79–83, sowie CDDH/SR. 42, Annex, S. 17.

<sup>128)</sup> CDDH/215/Rev. 1, paras. 84–95.

<sup>129)</sup> Vgl. oben 2.5.2.

<sup>130)</sup> CDDH/215/Rev. 1, paras. 101–106.

Art. 60 (53 a. F.) demilitarisierten Zonen besonderen Schutz<sup>131</sup>). Räumlicher Anwendungsbereich des Art. 59 ist die Kampfzone, womit zugleich ausdrücklich das Erfordernis der tatsächlichen Zugriffsmöglichkeit des Gegners — ebenso wie in Art. 25 HLKO — verbunden ist. Der Status bedingt neben der in Abs. 2 im einzelnen geregelten Demilitarisierung eine einseitige Erklärung der Konfliktpartei, welche den Schutz in Anspruch nehmen will. Damit ist der sogenannten »Vereinbarungslösung«<sup>132</sup>) für den Regelfall eine Absage erteilt worden. Die Begründung des Status durch Vereinbarung ist gemäß Abs. 5 sinnvollerweise auf Fälle beschränkt worden, in denen die Demilitarisierungsmerkmale des Abs. 2 nicht vorliegen, die Konfliktparteien aber gleichwohl über die Statusgewährung einig werden<sup>133</sup>). — Die ausschließlich durch Vereinbarung zu schaffende demilitarisierte Zone im Sinne des Art. 60 ist räumlich nicht auf ein bestimmtes Gebiet fixiert<sup>134</sup>). Gegenstand der Vereinbarung kann jede Zone sein, die vier in Art. 60 Abs. 3 aufgeführte Demilitarisierungsbedingungen erfüllt. Der Art. 60 ist ebenso wie Art. 59 eines der Beispiele für Vorschriften, die gegenüber dem IKRK-Entwurf im Verlauf der Verhandlungen erheblich an Klarheit und Praktikabilität gewonnen haben. Namentlich Art. 60 ist von einer Reihe anwendungserschwerender Merkmale befreit worden, die seine Vorentwürfe aufwiesen<sup>135</sup>). Nicht zu beseitigen war allerdings ein Umstand, welcher der Statusbegründung durch Vereinbarung immanent ist: In einem bewaffneten Konflikt, der selbst das Ergebnis fehlgeschlagener friedlicher Einigung ist, eine Vereinbarung über eine demilitarisierte Zone zu erreichen, wird stets ein schwieriges Unterfangen bleiben. Von der in Art. 60 Abs. 2 eingeräumten Möglichkeit der Vereinbarung schon in Friedenszeiten wird angesichts der offenkundigen politischen Rückwirkungen kaum ein Staat Gebrauch machen. — Dennoch ist die in den Art. 59 und 60 getroffene Schutzgebietsregelung alles in allem als einer der bedeutsamen Genfer Fortschritte zu bezeichnen.

#### 2.5.6. Zivilschutz

Unter Zivilschutz wird hier die Summe der Maßnahmen verstanden, die dazu bestimmt sind, die Zivilbevölkerung gegen die Gefahren zu

<sup>131</sup>) Vgl. hierzu ausführlich K. Ipsen, Die »offene Stadt« und die Schutzzonen des Genfer Rechts, in: Fleck, a.a.O. (Anm. 52), S. 149–196.

<sup>132</sup>) *Ibid.*, S. 167–171.

<sup>133</sup>) Vgl. auch CDDH/215/Rev. 1, paras. 107–108.

<sup>134</sup>) Vgl. im einzelnen CDDH/215/Rev. 1, paras. 109–112.

<sup>135</sup>) Hierzu Ipsen, a.a.O. (Anm. 131), S. 186–192.

schützen, die von Kampfhandlungen und Katastrophen ausgehen, ihr zu helfen, sich von den unmittelbaren Auswirkungen dieser Geschehnisse zu erholen und die notwendigen Vorbedingungen für ihr Überleben sicherzustellen. Die Aufgaben des Zivilschutzes sind in der Konvention IV bislang nur sehr summarisch angesprochen<sup>136)</sup>. Organisationen, deren Aufgabe darin besteht, die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung durch Aufrechterhaltung der lebenswichtigen öffentlichen Dienste, durch Verteilung von Hilfssendungen oder Organisierung von Rettungsaktionen zu sichern, können ihre Tätigkeit im besetzten Gebiet fortsetzen. Die Besatzungsmacht darf bei diesen Organisationen keine Strukturveränderungen vornehmen, die ihren Tätigkeiten zum Nachteil gereichen könnte. Dieser auf das besetzte Gebiet beschränkte Schutz von Organisationen des Zivilschutzes ist in mehrfacher Hinsicht verdeutlicht, fortentwickelt und ausgedehnt worden. Zunächst sind in einem Definitionsartikel (Art. 61) die Funktionen näher umschrieben worden, die als Zivilschutz den noch zu erläuternden Schutz genießen.

Der allgemeine Schutz der Zivilorganisationen und ihres Personals außerhalb besetzter Gebiete beschränkt sich freilich im wesentlichen auf den Schutz, der ihnen als Teil der Zivilbevölkerung nach allgemeinen Regeln zukommt. Das ist der Sinn der Formulierung in Art. 62 Abs. 1, wonach diese Organisationen und ihr Personal geachtet und geschützt werden "subject to the provisions of this Protocol, particularly the provisions of this section". Dieses bedeutet u. a., daß diese Organisationen und ihr Personal nur geschützt sind, soweit und solange sie nicht an den Feindseligkeiten unmittelbar teilnehmen (Art. 51 Abs. 3). Es bedeutet weiter, daß Zivilschutzeinrichtungen Kollateralschäden, die bei Angriffen gegen militärische Ziele entstehen, genauso ausgesetzt sind wie die Zivilbevölkerung und zivile Objekte im übrigen. Es bedeutet auch, daß Zivilschutzeinrichtungen nicht benutzt werden dürfen, um militärische Ziele vor Angriffen zu schützen usw. Erheblich verstärkt wurde der Schutz der Zivilschutzeinrichtungen in besetzten Gebieten, insbesondere durch Requisitionsverbote (Art. 63). Ferner wurde die Möglichkeit eröffnet, daß Zivilschutzeinrichtungen neutraler Staaten auf dem Gebiet der Konfliktparteien und im besetzten Gebiet Zivilschutzfunktionen ausüben (Art. 64). Eine ganz wesentliche Verbesserung des Schutzes von Zivilschutzeinrichtungen wird dadurch erreicht, daß diese ein neu geschaffenes Schutzzeichen führen dürfen, ein blaues Dreieck auf orangefarbigem Grund. Damit ist ein besonderer zusätz-

---

<sup>136)</sup> Art. 63 Abs. 2 Konvention IV.

licher Schutz gegen Angriffe gewährt. Die Einzelheiten der Identifikation sind in dem bereits erwähnten Anhang I geregelt (Art. 66).

Hoch umstritten war der Schutz militärischer Zivilschutzeinheiten und die Bewaffnung von Zivilschutzpersonal. Eine Bewaffnung ist nunmehr nur in eng begrenztem Umfang zulässig (Art. 65, 67 Abs. 1d). Militärische Einheiten und Mitglieder der Streitkräfte werden nur dann des Schutzes teilhaftig, der für zivile Zivilschutzeinrichtungen gilt, wenn sie für die gesamte Dauer des Konflikts zur Erfüllung von Zivilschutzaufgaben ausschließlich bestimmt sind. Dies kann als gesicherte Auslegung des Art. 67 Abs. 1 gelten. Wiewohl diese Frage in den Debatten der Kommission II sehr umstritten war, sind die Erklärungen einer Reihe von Staaten, daß Art. 67 in der Tat in dem dargestellten Sinne auszulegen sei, schließlich unwidersprochen geblieben<sup>137)</sup>. Die mexikanische Delegation, die an sich gegen eine Festlegung von militärischem Zivilschutzpersonal auf Aufgaben des Zivilschutzes für den ganzen Konflikt eintrat, hat ihre Vorbehalte gegen Art. 67 eben damit begründet, daß er in dem dargestellten Sinne auszulegen sei<sup>138)</sup>. Die dargestellte Auslegung bedeutet, daß die Ausdehnung des Schutzes auf militärische Zivilschutzeinheiten sich praktisch nur auf einen geringen Personenkreis erstrecken wird. Denn nur wenige Staaten werden es sich leisten, Militärs in größerem Umfang für die gesamte Dauer des Konflikts von der Teilnahme an Kampfhandlungen auszuschließen. Damit dürfte diese Bestimmung letztlich nichts enthalten, was mit dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Prinzip des rein zivilen Charakters des Zivilschutzes unvereinbar wäre.

#### *2.5.7. Humanitäre Hilfsaktionen zugunsten der Zivilbevölkerung*

Humanitäre Hilfsaktionen zugunsten der Zivilbevölkerung sind in Art. 55 ff. der Konvention IV für das besetzte Gebiet im wesentlichen zufriedenstellend geregelt. Über den Anwendungsbereich dieser Bestimmungen hinaus besteht aber bislang keine Verpflichtung zur Annahme von Hilfsaktionen, zum Durchlaß von Hilfssendungen besteht eine solche nur unter den engen, ja zu engen Voraussetzungen des Art. 23 der Konvention IV. Es fehlt bislang völlig eine Bestimmung über den Schutz des an Hilfsaktionen teilnehmenden Personals. Die neuen Bestimmungen der Art. 68–71 füllen diese Lücken in einer im großen und ganzen zufriedenstellenden Weise.

<sup>137)</sup> CDDH/II/SR. 97, para. 69 (Bundesrepublik Deutschland).

<sup>138)</sup> CDDH/SR. 43, S. 3.

Art. 68 behandelt das Verhältnis der neuen Bestimmungen über Hilfsaktionen zum vorher bestehenden Recht; die neuen Bestimmungen ergänzen (*supplement*) eine Reihe von bestehenden Bestimmungen. Die Notwendigkeit des Art. 68 kann mit Fug bezweifelt werden. Er wiederholt, was bereits in Art. 1 Abs. 3 Protokoll I gesagt ist, nämlich daß das gesamte Protokoll die Genfer Konventionen ergänzt. Der Zweck sowohl von Art. 1 Abs. 3 als auch von Art. 68 ist, zu vermeiden, daß der Schutz, der durch das bestehende Genfer Recht gewährt wird, vermindert wird. Dieser Zweck bestimmt das Verhältnis von Genfer Konventionen und Protokoll I. Das Protokoll darf nicht dahin ausgelegt werden, daß es weniger Schutz gewähre als die Konventionen. In diesem Sinne ist das Recht der Konventionen unverändert, da das Protokoll nicht von ihnen abweicht. Andererseits kann das Protokoll aber die Konventionen weiterentwickeln, wo sie Beschränkungen des Schutzes enthalten. Ein gutes Beispiel dafür sind die oben dargestellten Bestimmungen über den Schutz von Sanitätslufttransporten. Die vorher bestehende Beschränkung des Schutzes auf vereinbarte Flüge ist durch ein neues und ausgewogenes System des Schutzes ersetzt worden. In ähnlicher Weise ist das Verhältnis der einschlägigen Artikel der Genfer Konventionen über Hilfsaktionen und den entsprechenden neuen Bestimmungen der Art. 68 ff. zu sehen, insbesondere das Verhältnis zwischen Art. 23 Konvention IV und Art. 70 Protokoll I. Die Einschränkungen der Durchlaßverpflichtung des Art. 23 werden durch Art. 70 überlagert. Sie müssen hinter der unbeschränkten Durchlaßverpflichtung des Art. 70 Abs. 2 zurücktreten.

Hinsichtlich der Hilfsaktionen in besetzten Gebieten ist es im wesentlichen bei den Regeln der Art. 55 ff. Konvention IV geblieben. Art. 69 fügt dem lediglich einige Details hinzu, nämlich eine Ergänzung der Liste der Güter, die Bestandteil einer Hilfssendung sein können, sowie eine Verpflichtung zur schnellen Durchführung einer Hilfsaktion.

Für Hilfsaktionen außerhalb besetzter Gebiete gelten gegenüber der bisherigen Rechtslage erheblich verbesserte und präzisiertere Annahme- und Transitverpflichtungen (Art. 70). Die Grundsatzverpflichtung ist in Abs. 1 enthalten, wonach Hilfsaktionen "shall be undertaken, subject to the agreement of the Parties concerned . . .". Dies ist eine Kompromißformel, deren Auslegung Schwierigkeiten bereitet. Der Text benutzt eine Passivform ohne klarzustellen, wer durch diese Regel verpflichtet wird. Die Regel besagt jedenfalls, daß Hilfsaktionen stattfinden müssen. Sie kann sich damit nur an den wenden, den es angeht, die "Parties concerned in such relief actions". Doch welche Partei ist in diesem

Sinne »betroffen«? Man muß hier wohl drei Seiten unterscheiden: Die Partei, die Hilfe leistet, die Partei, die Durchlaß gewährt, und die Partei, die die Hilfe empfängt. Die in sehr allgemeinen Begriffen formulierte Verpflichtung muß dann für diese drei Parteien eine verschiedene Bedeutung haben. Zum ersten bedeutet sie, daß alle vertragschließenden Parteien, die dazu in der Lage sind, Anstrengungen unternehmen müssen, solche Hilfsaktionen durchzuführen. Soweit der Transit durch das Gebiet einer vertragschließenden Partei notwendig ist, bedeutet die Verpflichtung in Bezug auf diese Partei, was dann in Abs. 2 ausdrücklich gesagt wird, nämlich daß sie den Transit zulassen und erleichtern muß. Für die Partei, für die Hilfeleistung bestimmt ist, bedeutet es, daß die Hilfeleistung für die notleidende Zivilbevölkerung auch angenommen werden muß.

Allerdings steht diese Verpflichtung unter dem Vorbehalt der Zustimmung der betroffenen Partei. Auch diese Klausel bereitet Schwierigkeiten in der Auslegung. Zunächst bedeutet die Formel etwas Selbstverständliches, nämlich daß eine Hilfsaktion nicht einfach ohne eine zustimmende Erklärung des Empfangsstaates, und sei es auch nur eine konkludente Erklärung, unternommen werden kann. Die Frage kann nur sein, ob und inwieweit der Empfangsstaat zur Zustimmung verpflichtet ist. Die Klausel hätte sicherlich wenig Sinn, wenn eine strikte Verpflichtung zur Erteilung der Zustimmung bestünde. Auf der anderen Seite kann die Formel auch nicht bedeuten, daß die Parteien eine absolute Freiheit haben, ihre Zustimmung zu verweigern. Die Klausel muß vielmehr in Zusammenhang mit dem ersten Teil des Satzes gelesen werden, der den Parteien eine Verpflichtung dahin auferlegt, daß Hilfsaktionen stattfinden müssen. Eine Lösung, die sowohl dieser Verpflichtung als auch dem Genehmigungsvorbehalt gerecht wird, kann nur darin bestehen, daß die Zustimmung nur aus sachlich gerechtfertigten Gründen verweigert werden kann<sup>139</sup>). Solche Gründe können beispielsweise in unabwiesbaren Erfordernissen der militärischen Sicherheit bestehen.

Für die Transitverpflichtung ist Abs. 2 *lex specialis*. Hier ist die Verpflichtung wesentlich klarer formuliert. Abs. 3 regelt dann die Einzelheiten des Transits. Abs. 5 betrifft die internationale Koordinierung. Anträge, die hier eine Erwähnung des United Nations Disaster Relief Coordinator erreichen wollten, hatten schließlich keinen Erfolg<sup>140</sup>).

<sup>139</sup>) Vgl. die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland, CDDH/II/SR. 87, para. 27. Dieser Auslegung wurde ausdrücklich zugestimmt von den USA, den Niederlanden, der UdSSR und dem Vereinigten Königreich (a.a.O., paras. 28–31).

<sup>140</sup>) CDDH/II/78. Vgl. CDDH/II/SR. 87, para. 95.

In Anbetracht der anerkannten Rolle des IKRK auf dem Gebiet der humanitären Hilfsaktionen ist diese Organisation auch in den meisten Fällen der gegebene Koordinator. Aber je nach den Umständen können solche Aufgaben auch von anderen Institutionen erfüllt werden, von *ad hoc* gebildeten Gremien der teilnehmenden Staaten oder auch von einem Organ der Vereinten Nationen.

Art. 75 über das an Hilfsaktionen teilnehmende Personal ist eine wichtige Neuentwicklung. Die Bestimmung gilt sowohl für besetzte als auch für nicht besetzte Gebiete. Abs. 2 sichert Achtung und Schutz des Personals, Abs. 3 Hilfeleistung durch den Empfangsstaat und Bewegungsfreiheit, die nur in außerordentlichen Umständen eingeschränkt werden kann. Abs. 4 ist das selbstverständliche Gegenstück zu diesem Schutz. Das Personal muß sich so verhalten, wie es der humanitäre Zweck seiner Anwesenheit in dem Empfangsland verlangt. Es muß sich jeglicher Aktivität enthalten, die mit seiner Mission unvereinbar ist. Es muß die Gesetze, insbesondere aber auch die Sicherheitserfordernisse des Gastlandes achten. Die Sanktion dieses Erfordernisses ist die Ausweisung.

## 2.6. Die Behandlung der in der Gewalt einer Konfliktpartei befindlichen Personen

### 2.6.1. Allgemeines

Der in Art. 72 (63 a. F.) festgelegte Anwendungsbereich des Abschnitts III, Teil IV (Behandlung der in der Gewalt einer Konfliktpartei befindlichen Personen) ist nicht in erster Linie personell bestimmt, d. h. nicht dadurch definiert, daß diese Bestimmungen als auf bestimmte Kategorien von Personen anwendbar erklärt werden. Der Abschnitt soll zusätzlichen Schutz zu dem durch eine Reihe anderer Normen gewährten schaffen, er ist rechtsergänzend. Diese Rechtsergänzung bezieht sich zum einen auf die Genfer Konvention IV, insbesondere auf deren Teil I (Allgemeine Bestimmungen) und III (Rechtsstellung der geschützten Personen), und zum anderen auf »andere anwendbare Völkerrechtsregeln betreffend den Schutz grundlegender Menschenrechte während des internationalen bewaffneten Konflikts«<sup>141)</sup>. Von Bedeutung ist diese Vorschrift namentlich für den Anwendungsbereich des Art. 75 (65 a. F.), des die Grundgarantien enthaltenden zentralen Artikels dieses

<sup>141)</sup> Übersetzung des Verf.

Abschnitts. Dieser Artikel ist als Auffangtatbestand gedacht, der nicht zuletzt eine Reihe von Lücken im personellen Anwendungsbereich der bislang bestehenden Schutzbestimmungen schließen soll. Der personell fixierte Anwendungsbereich dieses Artikels (Abs. 1: »Personen, die sich in der Gewalt einer Konfliktpartei befinden und keinen Anspruch auf günstigere Behandlung nach den Konventionen oder diesem Protokoll haben«) war ursprünglich durch den definitiven Zusatz erweitert: »... nämlich Staatsangehörige der nicht durch die Konventionen oder das Protokoll gebundenen Staaten und die eigenen Staatsangehörigen der Parteien«<sup>142</sup>). Dies hatte die USA zu dem Vorschlag veranlaßt, in Art. 63 a. F. diejenigen Artikel des Abschnitts III zu spezifizieren, die auf die Gesamtheit der in der Gewalt einer Konfliktpartei befindlichen Personen anzuwenden sind, und daneben die Artikel aufzuführen, die nur für Personen gelten, welche nicht eigene Staatsangehörige der jeweiligen schutzverpflichteten Konfliktpartei sind<sup>143</sup>). Dieser Vorschlag wurde dadurch obsolet, daß auf Grund massiver Opposition einiger Staaten gegen den Einschluß eigener Staatsangehöriger in den Anwendungsbereich des Art. 65 a. F. auf der 4. Session<sup>144</sup>) ein *package deal* die jetzige Fassung der Art. 72 und 75 Abs. 1 brachte: Die Bezugnahme auf die eigenen Staatsangehörigen und die Staatsangehörigen nicht vertragsgebundener Staaten in Art. 75 Abs. 1 (65 Abs. 1 a. F.) wurde fallengelassen. Dafür wurde der rechtsergänzende Anwendungsbereich in Art. 72 (63 a. F.) erstreckt auf "other applicable rules of international law relating to the protection of fundamental human rights during international armed conflict". Damit ist eine zweifache Auslegungsmöglichkeit erreicht worden. Einmal kann diese Erweiterung des Anwendungsbereichs als eine Absicherung der in Art. 4 Abs. 2 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte aufgeführten notstandsicheren Rechte verstanden werden. Zum anderen ist auch folgende Argumentation nicht schlechthin ausgeschlossen: Wenn sich mit der Zeit ein gewohnheitsrechtlicher Mindeststandard fundamentaler, auch im Konfliktfall geltender Menschenrechte herausbildet, dann gewinnt Art. 75 indizielle Bedeutung für den Inhalt dieser Rechte. Trotz dieser beiden Möglichkeiten ist nicht zu verkennen, daß die Herausnahme der Erwähnung der eigenen Staatsangehörigen bei der Bestimmung des Anwendungsbereichs des Art. 75 Abs. 1 den gerade im Kon-

---

<sup>142</sup>) Übersetzung und Hervorhebung des Verf.

<sup>143</sup>) CDDH/III/313.

<sup>144</sup>) CDDH/III/408, paras. 41/42.

fliktfall angebrachten Minimalschutz der Menschen auch gegenüber ihrem eigenen Staat als Problem fortbestehen läßt.

Art. 73 (64 a. F.) dehnt den Anwendungsbereich der Teile I und III Konvention IV (insbes. Art. 4) auf Personen aus, die vor dem Beginn der Feindseligkeiten als Staatenlose oder Flüchtlinge gemäß den einschlägigen, für die Parteien verbindlichen Verträgen oder gemäß der auf sie anwendbaren nationalen Rechtsordnung galten. Damit wird eine Regelungslücke geschlossen, die zwischen den in Art. 4 Konvention IV definierten Kategorien geschützter Personen bestand. Ein Vorschlag, die Vorschrift auch auf Personen zu erstrecken, die erst nach Ausbruch der Feindseligkeiten Flüchtlinge geworden sind<sup>145)</sup>, konnte sich nicht durchsetzen<sup>146)</sup>. — Die Vorschrift über die Wiederezusammenführung zerstreuter Familien (Art. 74/64*bis* a. F.) intensiviert die bereits in Art. 26 Konvention IV vorhandene Pflicht<sup>147)</sup>.

Der Grundgarantien-Artikel wurde nach dem Vorbild der bereits für das Protokoll II geleisteten Arbeiten wie auch unter Rückgriff auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte gestaltet<sup>148)</sup>. So wurden die Nichtdiskriminierungskriterien des Art. 75 Abs. 1 nahezu wörtlich aus Art. 2 Abs. 1 des UN-Paktes übernommen. Abs. 2 gleicht weitgehend Art. 4 Abs. 2 des Protokolls II. Für Abs. 3 (Behandlung Festgenommener vor der Verurteilung), der auf einen belgischen Vorschlag zurückgeht<sup>149)</sup>, hat Art. 9 Abs. 2 und 3 des UN-Paktes das Regelungsvorbild geboten. Abs. 4 (Strafverfahren) wiederum ist Art. 6 des Protokolls II nachgebildet, jedoch dieser Vorschrift gegenüber erweitert worden. Abs. 5 entspricht Art. 5 Abs. 2a des Protokolls II. Wesentlich ist die Erstreckung des Schutzes über den zeitlichen Anwendungsbereich des Protokolls I hinaus (Abs. 6) und der Einschluß auch solcher Personen in den Schutz des Artikels, die wegen Kriegsverbrechen verfolgt werden (Abs. 7). Schließlich wird festgestellt (Abs. 8), daß eine eventuelle günstigere Behandlung nach anderen völkerrechtlichen Vorschriften durch die Grundgarantien nicht eingeschränkt oder gar derogiert wird. — Alles in allem stellt Art. 75 einen Minimal-Menschenrechtskatalog in internationalen bewaffneten Konflikten von einer gleichwohl derartigen Regelungsbreite dar, wie sie noch ein Jahr vor Konferenzende nicht zu erwarten war.

<sup>145)</sup> CDDH/III/GT/99 (Syrien).

<sup>146)</sup> CDDH/III/408, paras. 34–37.

<sup>147)</sup> CDDH/236/Rev. 1, paras. 53–55.

<sup>148)</sup> Vgl. hierzu im einzelnen unten 3.2.

<sup>149)</sup> CDDH/III/408, para. 46.

### 2.6.2. *Schutz von Frauen und Kindern*

Der in Art. 76 (67 a. F.) statuierte besondere Schutz für Frauen brachte hinsichtlich des Abs. 1 keine Verhandlungsschwierigkeiten. Die in Abs. 2 gebotene Beschleunigung von Verfahren gegen Schwangere oder Mütter von Kleinkindern hingegen war ebenso wie der Ausschluß der Todesstrafe für diese Gruppe Gegenstand langer Erörterungen<sup>150</sup>). Der Kinderschutzartikel (77/68 a. F.) stellte erhebliche Probleme hinsichtlich des nach Abs. 2 möglichst auf 15 Jahre zu begrenzenden Rekrutierungsalters und hinsichtlich der Behandlung von Kindern unter dieser Altersgrenze, die dennoch an Kampfhandlungen teilnehmen. Einschließlich des Todesstrafenverbots für Personen, die zur Tatzeit noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht hatten, ist dieser Artikel insgesamt eine Fortentwicklung des z. B. in Art. 24 Konvention IV enthaltenen Schutzgedankens<sup>151</sup>). Die Regelungen über die Evakuierung von Kindern (Art. 78/69 a. F.)<sup>152</sup>) mag in ihrer Einbeziehung kleinster Details geeignet sein, weitgehend solche Schicksale zu vermeiden, wie sie sich bislang in bewaffneten Konflikten gewöhnlich in hoher Zahl ergeben haben.

### 2.6.3. *Schutz von Journalisten in bewaffneten Konflikten*

Die Konvention III von 1949 verlieh schon den bei den Streitkräften akkreditierten Kriegsberichterstattem den Status von Kriegsgefangenen (Art. 4 (A) Nr. 4), ließ aber die Frage offen, wie andere Journalisten, die in bewaffneten Konflikten ihrem Beruf nachgehen, zu behandeln seien. Die Frage war 1970 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen aufgegriffen worden und hatte zu verschiedenen Resolutionen geführt, in denen der Gedanke einer besonderen Konvention erwogen wurde. Schließlich forderte die Generalversammlung jedoch die diplomatische Konferenz auf, diese Frage in dem ersten Zusatzprotokoll zu regeln.

Der Text von Art. 79 und des Annex II mit dem Muster eines besonderen Journalistenausweises in englischer, arabischer, spanischer, französischer und russischer Sprache, Lichtbild, Fingerabdrücken und eingehenden Personalangaben beruhen auf dem Vorschlag eines *ad hoc*-Ausschusses (der 2. Session), der vom 1. Ausschuß nahezu unverändert

<sup>150</sup>) CDDH/III/408, paras. 54–57.

<sup>151</sup>) CDDH/III/408, paras. 58–65.

<sup>152</sup>) CDDH/III/408, paras. 66–67.

übernommen wurde<sup>153</sup>). Weitergehende Wünsche, die Journalisten auch mit einem besonderen Zeichen am Oberarm zu kennzeichnen, wurden als unzweckmäßig oder sogar gefährlich zurückgewiesen, doch wurde es den Inhabern des Ausweises freigestellt, ob sie ihre Religion angeben und Fingerabdrücke nehmen lassen wollten.

Es ist wohl nur auf die Vorgeschichte dieser Vorschrift in den Vereinten Nationen zurückzuführen, daß sie in den Konferenzorganen — insbesondere während der 2. Session vom Plenum des 1. Ausschusses — so eingehend diskutiert und dabei so grundsätzliche Ausführungen über Staatensouveränität und Meinungsfreiheit gemacht wurden.

## 2.7. Ausführung der Konventionen und des Protokolls

Teil V »Durchführung der Konventionen und des Protokolls« ist in zwei Abschnitte gegliedert. Der erste enthält »allgemeine Bestimmungen« (Art. 80–84), unter denen Art. 81 über »Tätigkeit des Roten Kreuzes und anderer humanitärer Organisationen« als Fremdkörper erscheint — er hätte besser in Teil I gepaßt<sup>154</sup>) — der zweite Abschnitt (Art. 85–91) ist der Ahndung von Vertragsbrüchen gewidmet.

### 2.7.1. Allgemeine Bestimmungen

Die »allgemeinen Bestimmungen« des 1. Abschnitts weisen einen nur durch Art. 81 unterbrochenen Zusammenhang auf: Die Vertragsparteien sind sofort, d. h. schon zu Friedenszeiten, zu Durchführungsmaßnahmen verpflichtet und haben die notwendigen Anordnungen zu treffen (Art. 80). Ihre Durchführung in der Truppe ist die besondere Aufgabe der Rechtsberater (Art. 82). Die Verbreitung der Kenntnis des humanitären Völkerrechts in der Truppe und auch in der Zivilbevölkerung (Art. 83) dient diesem Ziel wie auch eine gegenseitige Bekanntgabe der amtlichen Übersetzungen des Protokolls und auch der Durchführungsbestimmungen unter den Vertragsparteien (Art. 84).

Während die Grundnorm des Art. 80 — eine Durchführungsbestimmung zu Art. 1 Abs. 1 des Protokolls — gegenüber der Vorlage des IKRK nur redaktionell geändert wurde, erfuhren die Art. 82 (Rechtsberater) und 83 (Verbreitung) nicht unwesentliche Abstriche. Die Verpflichtung

---

<sup>153</sup>) Bericht CDDH/I/237 mit Corr. 1, 2 und Annex I–III.

<sup>154</sup>) So auch K. WARRAS, Finnland, I/SR. 37, para. 6.

zum Einsatz von Rechtsberatern ist relativiert, es ist offengeblieben, auf welcher Ebene sie den Militärbefehlshabern zur Verfügung stehen sollen; sie haben schließlich auf dem Gebiet des Unterrichts nur eine Beratungs-Funktion ohne Überwachungsbefugnisse. Das ist auf Souveränitätsvorstellungen zurückzuführen ebenso wie die Streichung eines Art. 83 Abs. 3, der vorsah, daß die Vertragsparteien in regelmäßigen Abständen den Depositär und auch das IKRK über die Maßnahmen zur Verbreitung der Kenntnisse über das humanitäre Völkerrecht unterrichten sollten.

### *2.7.2. Tätigkeit des IKRK und von Hilfsgesellschaften*

Der Gedanke, der Tätigkeit der Rote-Kreuz-Familie einen besonderen Artikel zu widmen, geht auf die 1. Konferenz der Regierungsexperten im Jahre 1971 zurück<sup>155</sup>). Das IKRK hatte jedoch keine derartige Bestimmung in seine Vorlage aufgenommen. Art. 81 (a. F. Art. 70bis) geht auf Vorschläge zurück, die von Delegationen aus allen Regionen der Welt (u. a. auch der Bundesrepublik Deutschland) gemacht und intensiv mit dem IKRK, der Liga der Rote-Kreuz-Gesellschaften und nationalen Gesellschaften abgestimmt wurden<sup>156</sup>). Der folgende Abs. 2 betrifft die nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften in den am Konflikt beteiligten Staaten, Abs. 3 die Gesellschaften in anderen Staaten sowie die Liga, Abs. 4 schließlich andere von den Vertragsstaaten und Konfliktparteien ermächtigte humanitäre Organisationen, welche ihre humanitäre Tätigkeit entsprechend den Konventionen und dem Protokoll wahrnehmen. Diese beiden Voraussetzungen sind für die Abgrenzung der humanitären Organisationen von anderen von großer Bedeutung.

### *2.7.3. Repressalien*

Während der Dauer eines bewaffneten Konflikts kann eine Konfliktpartei einen Rechtsbruch der anderen Seite nach überliefernem

<sup>155</sup>) Conférence d'experts gouvernementaux sur la réaffirmation et le développement du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés, 24 mai - 12 juin 1971, Rapport sur les travaux de la Conférence, S. 29.

<sup>156</sup>) Die Vorgeschichte und das Verhältnis zu den entsprechenden Bestimmungen der Konventionen sind ausführlich in den Interventionen von Warras/Finnland, Beer/Liga und Pilloud/IKRK am 2. 4. 1975 (CDDH/1/SR. 37, para. 6 ff.) geschildert. Danach wurde der Text noch geändert, u. a. wurde in Abs. 1, welcher die dem IKRK zu gewährende Unterstützung behandelt, klargestellt, daß die Konfliktparteien dem IKRK nur »alle ihnen möglichen Erleichterungen« (statt »alle denkbaren Erleichterungen«) zu gewähren haben.

Kriegsrecht nur dadurch beantworten, daß sie Repressalien verhängt, um den Gegner auf den Weg des Rechts zurückzuführen. Der Beginn der Repressaliendebatte auf der Konferenz wurde schon geschildert<sup>157)</sup>. Hinzuzufügen ist, daß seit der 2. Session ein polnischer Antrag<sup>158)</sup> vorlag, jegliche Repressalien gegen geschützte Personen und Objekte zu verbieten, der also über die einzelnen Repressalienverbote im Protokoll I hinausging. Das Repressalienproblem wurde auf der 3. Session im 1. Ausschuß eingehend erörtert<sup>159)</sup>, wobei sich bei der Mehrheit der Delegationen keine Bereitschaft zeigte, dem mehrfach revidierten und verwässerten französischen Antrag zu folgen. Auf der 4. Session wurde schließlich eine Verabredung erzielt, daß sowohl Frankreich wie Polen ihre Anträge zurückziehen sollten. Diese Verabredung war Bestandteil einer umfassenden Absprache zwischen Ost und West, in die außerdem die Fragen der Vorbehalte und der Internationalen Kommission zur Tatsachenfeststellung einbezogen waren.

Als einzige Spur der Repressaliendebatte blieb Art. 89 im Protokoll I, der auf einen Antrag Syriens zurückgeht. Dort übernehmen im Falle »ernsthafter Verletzungen« des Vertragswerks die Vertragsparteien die Verpflichtung, gemeinsam oder einzeln in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und in Übereinstimmung mit der Charta zu handeln. In zahlreichen Erklärungen, die im Anschluß an die Plenarsitzung vom 31. Mai 1977 abgegeben wurden, ist auf die mannigfachen Unklarheiten dieses Textes hingewiesen worden<sup>160)</sup>. Am wichtigsten ist dabei die Erklärung Frankreichs<sup>161)</sup>, daß die bestehenden allgemeinen Regeln des Gewohnheitsrechts weiterhin anzuwenden sind, soweit sie nicht durch Einzelbestimmungen abgeändert sind, und daß die in Art. 89 erwähnten Maßnahmen auch das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gemäß Art. 51 der Charta einschließen. Diese Erklärung steht in einem scharfen Gegensatz auch zu der italienischen, welche aus Art. 2 Abs. 4 der Charta herleitet, Gewalt dürfe bei diesen Maßnahmen nicht angewandt werden<sup>162)</sup>.

---

<sup>157)</sup> Bothe, a.a.O. (Anm. 1), S. 655.

<sup>158)</sup> CDDH/III/103.

<sup>159)</sup> CDDH/I/SR. 46, paras. 15–55; 47 paras 20–62; 48 paras 1–51.

<sup>160)</sup> CDDH/SR. 46 Annex.

<sup>161)</sup> A.a.O., S. 11.

<sup>162)</sup> A.a.O., S. 16.

#### *2.7.4. Andere Maßnahmen im Falle von Rechtsverstößen*

Die anderen in diesem Abschnitt geregelten Maßnahmen finden nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechtsverstößen statt, sondern folgen ihnen nach, sei es daß ein Rechtsverstoß, der in Art. 85 definiert ist, während des laufenden Konflikts oder nach seinem Abschluß geahndet wird, wobei die ergänzenden Vorschriften über die Unterlassung (Art. 86) oder die Pflichten der Kommandeure (Art. 87) Anwendung finden, sei es daß das Problem auftaucht, ob im eigenen Staat bestraft oder ausgeliefert werden soll (Art. 88), eine internationale Kommission zur Tatsachenfeststellung tätig wird (Art. 90) oder sich auch die Frage der Wiedergutmachung (Art. 91) stellt.

#### *2.7.5. Schwere Verstöße*

Die Definition der schweren Verstöße (Art. 85) verursachte große Schwierigkeiten. Der Entwurf des IKRK für diese Materie war kaum brauchbar, was die Autoren selbst eingestanden. Für die Formulierung des Artikels lag eine Unzahl von Vorschlägen vor, die kaum auf einen Nenner zu bringen waren. Gemeinsam war ihnen nur der Versuch, die strafbaren Verstöße gegen das humanitäre Recht zu kodifizieren. Wie das aber geschehen solle, darüber gingen die Ansichten weit auseinander. Die Skala der Entwürfe reichten von sporadischen Einzelbestimmungen bis zum Vorschlag der Einrichtung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit mit einem detaillierten Katalog der von dieser zu ahndenden Straftaten. Der schließlich angenommene Text ist auf eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Delegationen aus Ost- und Westeuropa zurückzuführen, deren Ergebnisse nur deshalb allgemeine Zustimmung finden konnten, da der aus der Dritten Welt stammende Vorsitzende einer Arbeitsgruppe sich den ausgehandelten Text zu eigen machte und ihn den Mitgliedern als ein Ergebnis eigenen Nachdenkens unterbreitete.

Art. 85 hat fünf Absätze. Die beiden ersten handeln von dem Verhältnis der Konventionsbestimmungen zum Protokoll: Die Konventionsbestimmungen sind auch auf die Ahndung von Verstößen und schweren Verstößen nach dem Protokoll anwendbar (1); unter besonders definierten Bedingungen sind die in den Konventionen als schwere Verstöße bezeichneten Handlungen auch schwere Verstöße im Sinne des Protokolls (2); es folgt eine Aufzählung einzelner Handlungen, die zusätzlich zu Art. 11 über den Schutz von Personen als schwere Ver-

stöße zu gelten haben, wenn sie vorsätzlich, unter Verstoß gegen das Protokoll begangen sind und außerdem den Tod oder ernste Körper- oder Gesundheitsschäden verursachten (Abs. 3: a-f). Hier erscheinen vor allem Verstöße gegen Kriegsführungsvorschriften. Abs. 4 setzt nur einen vorsätzlichen Verstoß gegen die Konventionen und das Protokoll voraus, ohne die Folgen zu erwähnen (a-e). Die Liste weist keinen durchgehenden Ductus auf, sondern ist disparat: Bevölkerungsverschiebungen (a), verspätete Rückführung Gefangener (b), Praktizierung der Apartheid (c), Verstöße gegen den Kunst- und Denkmalschutz (d), Versagung eines gerechten Gerichtsverfahrens (e). Die dort aufgezählten Verstöße unterscheiden sich wesentlich nach ihrem Schweregrad. Einige können leicht in internationale Strafnormen übersetzt werden, bei anderen ist das kaum möglich. Z. B. stößt der Versuch, die komplizierte Bestimmung über den Kunstschutz (Buchst. d) in ein nationales Strafgesetz oder gar in eine Dienstvorschrift umzuwandeln, auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Abs. 5 schließlich bringt eine definitorische Klarstellung: die unter (1) bis (4) erwähnten schweren Verstöße sind Kriegsverbrechen, was aber die Anwendung der Konventionsbestimmungen nicht ausschließt. In offener Sprache heißt das, daß auch der dieser Verstöße Schuldige den Schutz der Konventionen und des Protokolls genießt. Also kann z. B. keinem, der als Kriegsverbrecher angeklagt oder auch verurteilt wird, der Kriegsgefangenenstatus entzogen werden. Diese Bestimmung, die den osteuropäischen Delegationen nur unwillig zugestanden wurde, enthält also in ihrer Substanz eine Ablehnung der Vorbehalte, welche von denselben Staaten erklärt wurden, um den »Kriegsverbrechern« den Gefangenenstatus zu entziehen. Obwohl die »schweren Verstöße« Kriegsverbrechen sind, behalten diejenigen, die sie begangen haben, den ihnen zukommenden Status und dürfen nicht diskriminiert werden.

#### *2.7.6. Strafrechtliche Bestimmungen*

Während das deutsche Strafgesetzbuch die Grundlagen der Strafbarkeit im Allgemeinen Teil regelt, dem die einzelnen Straftaten erst im Besonderen Teil folgen, ist hier der umgekehrte Weg gewählt. Erst auf die Definitionen der einzelnen schweren Verletzungen in Art. 85 folgen zwei Regelungen, welche in den »Allgemeinen Teil« gehören: das Begehen durch Unterlassen (Art. 86) und die Verpflichtungen der militärischen Vorgesetzten hinsichtlich der von Untergebenen begangenen Straftaten (Art. 87).

Diese Vorschriften ergänzen die Regelungen über die Ahndung von Verletzungen in den vier Konventionen von 1949<sup>163</sup>) und setzen sie voraus, so insbesondere den Grundsatz, daß die Vertragsparteien verpflichtet sind, schwere Verletzungen strafrechtlich zu ahnden (*to repress*), während schlichte Verletzungen zu unterbinden (*to suppress*) sind, entweder mit Mitteln des Strafrechts, des Disziplinarrechts oder auch der Befehlsgewalt.

In Art. 86 wird nun die Pönalisierungspflicht auch auf Unterlassungsdelikte ausgedehnt, und zwar nicht nur für das Protokoll, sondern auch für die Konventionen. Art. 87 steht damit in enger Verbindung, da er die Rechtspflichten der Vorgesetzten zum Handeln präzisiert: Verhütung, Unterbindung und Mitteilung von Verletzungen der Untergebenen (Abs. 1); Unterrichtung über humanitäres Völkerrecht (Abs. 2); vorbeugende Maßnahmen (Abs. 3).

Die strafrechtliche Verantwortung des Vorgesetzten für Handlungen des Untergebenen ist in Art. 86 Abs. 2 geregelt. Es genügt, daß er Informationen besaß, die ihn zu dem Schluß hätten führen müssen, daß ein Untergebener eine Verletzung beging oder zu begehen unternahm, um die Verantwortlichkeit auszulösen, wenn er untätig blieb. Nicht hingegen ist die Verantwortlichkeit des Untergebenen geregelt, der auf Befehl handelte. Art. 77 des IKRK-Entwurfs hatte dies nach dem Vorbild von Art. 8 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs vorgesehen und wollte auch die Verweigerung, rechtswidrige Befehle auszuführen, straflos stellen. Dies stieß auf so starke Bedenken bei zahlreichen Delegationen, daß dieser Artikel nicht die notwendige Mehrheit fand. So bleibt es den nationalen Rechtsordnungen überlassen, diese beiden Fragen zu regeln. Aus der Ablehnung, eine internationale Verpflichtung vorzusehen, kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß der im Befehlsnotstand Handelnde immer straffrei zu bleiben habe<sup>164</sup>).

### 2.7.7. Gegenseitige Hilfe in Strafsachen

Art. 88 Protokoll I stellt insgesamt gegenüber den einschlägigen Bestimmungen der Konventionen<sup>165</sup>), insbesondere in Fragen der Auslieferung, keine entscheidende Fortentwicklung dar.

<sup>163</sup>) I: 49–52; II: 50–53; III: 129–132; IV: 146–149.

<sup>164</sup>) So aber (immerhin erwägend) A. Schlögel, Vortrag vor der 21. Justitiartagung des DRK in Saarbrücken am 10. 9. 1977.

<sup>165</sup>) Jeweils Abs. 2 von I: 49; II: 50; III: 129; IV: 146.

### 2.7.8. Sicherung der Beachtung des humanitären Völkerrechts

Die Einhaltung der Normen des humanitären Völkerrechts wird durch ein System von Institutionen gesichert, die teils nur während der Dauer des Konflikts wirksam sind — wie z. B. Repressalien und Retorsionen —, zum anderen Teil aber sowohl während des laufenden Konflikts wie auch nach seinem Abschluß noch benützt werden können, wie Schutzmächte, die Bestrafung von Verstößen. Schon die Konventionen kannten ein zusätzliches Mittel, nämlich die Untersuchung von Verletzungen<sup>166)</sup>. Die Durchführung einer derartigen Untersuchung setzte jedoch in allen Fällen eine *ad hoc* zu treffende Vereinbarung der am Konflikt beteiligten Parteien voraus sowie eine Vereinbarung über das zu befolgende Verfahren. Daher sind Untersuchungsverfahren nie zustande gekommen.

Ein auf der 2. Session unterbreiteter Vorschlag Dänemarks, Neuseelands und Schwedens<sup>167)</sup> suchte diese Lücke in dem bisherigen Recht zu schließen. Eine ständige internationale Untersuchungskommission von 15 Mitgliedern mit obligatorischer Zuständigkeit sollte eingesetzt werden, um Verstöße auf Antrag einer Konfliktpartei oder auch auf eigene Initiative zu untersuchen und auch zu beurteilen. Grundsätzlich sollte sie ihre Ergebnisse veröffentlichen.

Dieser kühne Entwurf traf auf ähnliche Einwendungen, wie die geplante Verstärkung des Schutzmachtensystems. Er löste eine ganze Reihe von Gegenentwürfen und Abänderungsvorschlägen aus, die auf der 3. Session in einer Arbeitsgruppe und auch im Plenum des 1. Ausschusses beraten wurden und schließlich zu einem Ausschußentwurf führten, der Kompromißcharakter aufwies<sup>168)</sup>. Die obligatorische Jurisdiktionsgewalt wurde ersetzt durch eine Fakultativklausel, welche dem Statut des Internationalen Gerichtshofs nachgebildet war, das eigene Initiativrecht der Kommission gestrichen, das Untersuchungsgremium von fünf auf sieben Mitglieder erweitert, von denen je einer von den beiden Seiten der Konfliktparteien benannt wurde, die Untersuchungsmittel beschränkt, die Tätigkeit des Ausschusses auf eine reine Tatsachenfeststellung reduziert, die Finanzierung durch das IKRK durch eine Finanzierung durch die Konfliktparteien ersetzt und schließlich erhielt der Ausschuß auch einen

<sup>166)</sup> Gemäß Art. I: 52; II: 53; III: 152; IV: 149.

<sup>167)</sup> CDDH/I/241 vom 19. 3. 1975.

<sup>168)</sup> Vgl. Bericht des 1. Ausschusses auf der 4. Sitzung, CDDH/I/381, paras. 47–56 mit Schilderung des Beratungshergangs; Text des Entwurfs: CDDH/I/352.

anderen Namen: statt Untersuchungsausschuß nun: »Internationaler Ausschuß zur Tatsachenfeststellung«. Zwar fand dieser Entwurf auf der Kommissionsebene eine Zweidrittelmehrheit, doch wurde die Fakultativklausel nur mit einer geringeren Mehrheit gebilligt, so daß es nicht sicher war, ob der Artikel insgesamt im Plenum die nötige Mehrheit finden würde.

Obwohl vor der Plenardebatte eine informelle Absprache vor allem zwischen den Delegationen aus West- und Osteuropa erzielt wurde, die obligatorische Zuständigkeit des Ausschusses gegen andere Zustände preiszugeben, wurden im Plenum mehrere Versuche gemacht, eine obligatorische Zuständigkeit des Ausschusses wenigstens auf einem Teilgebiet (für Tatsachenfeststellungen in besetzten Gebieten) durchzusetzen. Diese scheiterten jedoch<sup>169)</sup>.

Es ist jedenfalls abwegig zu behaupten, Art. 90 stelle einen Rückschritt gegenüber der Regelung in den Konventionen dar<sup>170)</sup>. In Abs. 2 (e) ist die Weitergeltung des Konventionsrechts vorbehalten. Außerdem ist in Abs. 2 (d) für die Tatsachenfeststellung bei nicht-schweren Verletzungen eine Regelung getroffen, ebenso für Konfliktsfälle zwischen Staaten, welche sich der Zuständigkeit des Ausschusses nicht unterworfen haben. In diesem Fall müssen beide Seiten zustimmen, um das Verfahren vor dem Ausschuß zu ermöglichen.

So skeptisch man auch zahlreiche Bestimmungen des Art. 90 beurteilen mag, erscheint doch die Feststellung berechtigt, es sei ein bescheidener Fortschritt erzielt worden. Bei schweren Verstößen ist ein Verfahren zwischen den Parteien, welche sich ihm von vornherein unterwarfen, vor einem Gremium eröffnet, das vor Ausbruch des Konfliktes geschaffen wurde und für diese Aufgabe bereitsteht<sup>171)</sup>. Beides sind nicht zu unterschätzende Verbesserungen. Soweit keine Unterwerfungserklärung abgegeben wird, liegt ein Vorteil nur in der Institutio-

---

<sup>169)</sup> Hingegen fanden die Bemühungen der Vereinigten Staaten, die Fakultativklausel in dem Sinne klarzustellen, daß Verfahren zwischen den Staaten, welche die Zuständigkeit des Ausschusses durch eine generelle Erklärung anerkannt haben, nicht noch einer zusätzlichen Zustimmung bedürften, wenn das Verfahren eingeleitet werde, breite Zustimmung. Sie erreichten auch eine besser durchdachte Kostenregelung (Abs. 7). Der Artikel wurde mit 49 gegen 21 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen. Zahlreiche Delegationen erklärten nach der Abstimmung ihre Enttäuschung oder gedämpfte Befriedigung (CDDH/SR. 45 und 46 Annexe).

<sup>170)</sup> So Syrien, a.a.O., SR. 46 Annex, S. 24.

<sup>171)</sup> Abs. 2 und 3 und dazu die Erklärung Kanadas, SR. 45 Annex, S. 4, und Dänemarks, S. 6, sowie Finnlands, S. 8.

nalisation des Ausschusses und in der teilweisen Regelung seines Verfahrens. Bedenklich ist freilich die Regelung der Finanzierung. Wenn der das Verfahren einleitende Staat die Kosten vorschießen muß (Abs. 7), wird er es sich sehr überlegen, ob er es einleitet.

Die in Art. 90 enthaltenen Verfahrensregeln (Abs. 3 und 4) sind positiv zu werten. In der Situation eines Streitfalles kann die Festlegung des Verfahrens schwerlich — wie in Art. 26 der ILO-Satzung — den Parteien völlig überlassen werden. Welchen Erfolg die Fakultativklausel des Abs. 2 haben wird, ist schwer vorauszusehen. Die Staaten, welche sich für sie einsetzten, werden sie nach den Erfahrungen, die im Internationalen Gerichtshof gemacht wurden, kaum abgeben. Dafür besteht aber die Hoffnung, daß eine ganze Reihe von Staaten, welche den Artikel wegen seines Zurückbleibens hinter dem ursprünglichen Entwurf ablehnten, die Erklärung abgeben werden, um ein beschränktes Obligatorium zu erreichen. Sollte es möglich sein, eine standardisierte Formel für diese Unterwerfungserklärung zwischen ihnen zu vereinbaren<sup>172)</sup>, wäre das sicher nützlich, um den Vorkehrungen des Artikels einen Erfolg zu sichern.

#### *2.7.9. Ersatz von Kriegsschäden*

Ein Reparationsartikel (Art. 91, a. F. Art. vor Art. 80) wurde erst auf der 4. Sitzung von der Sozialistischen Republik Vietnam eingebracht<sup>173)</sup>. Er wiederholte in Abs. 1 die Schadenersatzbestimmung (Art. 3) der Haager Konvention (IV) von 1907 über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs und fügte in Abs. 2 eine Bestimmung hinzu, die auch einen vertraglichen Verzicht auf solche Schadenersatzforderungen ausschließen sollte.

Angenommen (mit unbedeutenden Änderungen) wurde nur der 1. Absatz des Vorschlages, der eine Reparationsverpflichtung unter dem wichtigen Vorbehalt enthält, daß ihre Erfüllung notwendig sein sollte ("if the case demands"), während der 2. Absatz gestrichen wurde.

In der angenommenen Fassung hat der Artikel keine große praktische Bedeutung. Er überläßt es den Siegern, ob sie es für sinnvoll halten, Reparationen zu fordern. Dabei sind sie auch frei, die wirtschaftlichen Auswirkungen solcher Zahlungen zu berücksichtigen. Das ist wichtig für Teil V des Überleitungsvertrages zum Bonner Vertrag vom 5. Mai 1955 zwischen den drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>172)</sup> So Neuseeland, SR. 46, S. 2.

<sup>173)</sup> CDDH/I/335 vom 18. 4. 1977.

## 2.8. Schlußbestimmungen

Die Schlußbestimmungen (Art. 92–102) sind zwar vorwiegend technischer Natur, enthalten jedoch vor allem mit Rücksicht auf die Ausdehnung der Geltung des Protokolls auf Befreiungsbewegungen auch einige rechtliche Probleme. Das wichtigste von ihnen – der Unterwerfungsmechanismus in Art. 96 Abs. 3 – ist schon oben unter 2.2.1. behandelt.

In Thematik, Gliederung und auch in der Einzelausgestaltung entsprechen die Schlußbestimmungen weitgehend dem Vorbild der vier Genfer Konventionen von 1949. Sie berücksichtigen auch die Bestimmungen der Wiener Vertragsrechtskonvention. So kann für die Art. 93–95 und 100–101 weitgehend auf den IKRK-Kommentar verwiesen werden. Neu gegenüber dem Konventionsrecht sind Art. 96 über Vertragsbeziehungen nach Inkrafttreten des Protokolls, Art. 97 über Änderungsvorschläge und Art. 98 über die Revision der Anlage I. Anders ausgestaltet als in den Konventionen sind Art. 92 »Unterzeichnung« und 102 »authentische Fassungen«, während Art. 99 »Kündigung« angesichts der Erstreckung des Protokolls auf den antikolonialen Befreiungskrieg Probleme aufwirft.

Zwei wichtige Bestimmungen, die im Zusammenhang mit Teil V erörtert wurden, haben keine Zustimmung gefunden: ein Artikel über Vorbehalte (Art. 85 a. F.) und eine Bestimmung über die Fortsetzung der Arbeiten des *ad hoc*-Ausschusses über die Waffenfrage (Art. 86*bis* a. F.)<sup>174</sup>). Auf die Vorbehaltsfrage ist am Ende dieses Abschnittes zurückzukommen.

### 2.8.1. Inkraftsetzung des Protokolls

Das System der Inkraftsetzung des Protokolls unterscheidet sich von dem der 1949er Konventionen dadurch, daß das Protokoll nicht schon mit dem Schluß der Konferenz, bei dem lediglich eine Schlußakte unterzeichnet wurde (siehe oben 1), zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, sondern erst sechs Monate nach diesem Datum (Art. 92), und zwar für 12 Monate. Zur Unterzeichnung sind nicht nur die Staaten berechtigt, welche die Schlußakte unterzeichnet oder an der Konferenz teilgenommen haben, sondern alle Vertragsstaaten der Konventionen. Nach Ablauf

---

<sup>174</sup>) Siehe unten 4.

der Sechs-Monatsfrist kann das Protokoll unverzüglich ratifiziert oder ihm auch beigetreten werden. Das ist zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, ergibt sich aber aus Wortlaut und Sinnzusammenhang der Art. 93 und 94. Es steht einem Staat frei, mit der Unterzeichnung auch die Ratifikation vorzunehmen oder auch nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist beizutreten (Art. 94), um das Protokoll in Kraft zu setzen (Art. 95), was nach Ablauf von sechs Monaten vom Vorliegen zweier Ratifikationen oder Beitritte an erfolgt. 1949 hat allerdings kein Staat gleichzeitig mit der Unterzeichnung oder während der Unterzeichnungsfrist (bis 12. Februar 1950) ratifiziert. Der erste Staat war die Schweiz (31. März 1950), ihr folgten Jugoslawien (21. April 1950), Monaco (5. Juli 1950) und Liechtenstein (21. September 1950). Den ersten Beitritt erklärte am 29. Mai 1951 Jordanien, wobei damals allerdings ein Beitritt erst nach dem Inkrafttreten der Konventionen zulässig war. Daß nun ein Beitritt schon vorher für zulässig erklärt wurde, geht auf das Bestreben zurück, das Inkrafttreten so weit wie möglich zu erleichtern.

### *2.8.2. Vertragsbeziehungen nach Inkrafttreten des Protokolls*

Art. 96 spricht in seinem Abs. 1 das Problem der parallelen Geltung von Protokoll und Konventionen an; Abs. 2 überträgt den Gedanken des gemeinsamen Art. 2 Abs. 3 der Konventionen (Anwendung auf und durch Nichtvertragsstaaten) auf das Protokoll<sup>175)</sup>.

### *2.8.3. Änderung des Protokolls und des Annex I*

Art. 97 über die Änderung des Protokolls behandelt lediglich die Voraussetzungen für die Einberufung von Revisionskonferenzen und das dabei zu befolgende Verfahren. Die Entscheidung über die Einberufung liegt beim Depositarstaat nach Konsultationen<sup>175a)</sup>.

Eine vertragsrechtliche Neuerung im System der Konventionen ist auch Art. 98. Die Bestimmungen des Anhangs I haben einen sehr technischen Charakter, sie müssen den technologischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Darum muß es auch möglich sein, sie rasch den sich etwa wandelnden Möglichkeiten und Grenzen der Technologie anzupassen. Deshalb sieht Art. 98 für diesen Anhang ein Änderungsverfahren vor, das von dem

---

<sup>175)</sup> Zu Abs. 3 siehe oben 2.2.1.

<sup>175a)</sup> Anders bei den *meetings* gemäß Art. 7; die beiden Vorschriften sind auseinanderzuhalten: IKRK, CDDH/I/SR. 67, para. 34.

normalen Änderungsverfahren des Art. 97 abweicht und die Änderung erleichtert. Die Bestimmung hält sich im Rahmen einer inzwischen etablierten Vertragspraxis für die Änderung technischer Anhänge von Verträgen<sup>176)</sup>. Für die vorliegenden Formulierungen stand insbesondere Pate die IMCO-Konvention von 1973 über die Verhinderung der Meeresverschmutzung von Schiffen (Art. 16)<sup>177)</sup>. Das System ist das der Mehrheitsentscheidung mit der Möglichkeit des *opting out*. Ein Staat ist durch eine Mehrheitsentscheidung nur verpflichtet, wenn er sie annimmt oder sich verschweigt, d. h. er kann eine Bindung nur vermeiden, wenn er innerhalb von einem Jahr nach der Annahme einer Änderung durch eine hierzu einberufene Konferenz seine Ablehnung erklärt. Dadurch, daß das Schweigen als Zustimmung gewertet wird, ist jedenfalls an dem Prinzip festgehalten, daß ein Staat an einen Vertrag nur gebunden ist, wenn er ihm zugestimmt hat.

#### 2.8.4. Kündigung

Die Kündigungsklausel (Art. 99)<sup>178)</sup> regelt nicht die Frage, ob eine Befreiungsbewegung ihre Unterwerfungserklärung gemäß Art. 96 Abs. 3 zurücknehmen darf. Art. 96 Abs. 3 (b) gebietet mindestens eine Analoge Anwendung. Eine derartige Zurücknahme hätte jedoch gemäß Art. 96 Abs. 1 während der Dauer des Konfliktes keine Wirkung. Hat der Befreiungskrieg die Wirkung der Gründung eines neuen Staates, dann müßte dieser ohnehin ratifizieren, um Vertragspartei zu werden. Erreicht die Befreiungsbewegung dieses Ziel nicht, weil z. B. ein Nachbarstaat das Gebiet unter seine Herrschaftsgewalt nimmt, dann dürfte die Befreiungsbewegung den Konflikt kaum überleben. Dieses Problem ist also weitgehend theoretisch. Es ist auf der Konferenz nicht erörtert worden.

<sup>176)</sup> Vgl. dazu Contini/Sand, *Methods to Expedite Environment Protection: International Ecostandards*, AJIL 66 (1973), S. 37 ff.

<sup>177)</sup> Text: IMCO, *International Conference on Marine Pollution, 1973, Final Act of the Conference (London 1974)*, Ruster/Simma, *International Protection of the Environment, Treaties and Related Documents*, Bd. 2, S. 552.

<sup>178)</sup> Ähnliche Form in den Konventionen I: 63; II: 62; III: 142; IV: 158. Freilich wurde die Martens'sche Klausel mit Rücksicht auf Art. 1 Abs. 2 des Protokolls ausgelassen (CDDH/I/SR. 67, para. 39; zu weiteren redaktionellen Änderungen vgl. CDDH/I/350 Rev. 1, paras. 20–22), andererseits zur Klarstellung ein Abs. 4 hinzugefügt.

### 2.8.5. *Sprachenfrage*

Die Sprachenfrage (Art. 102) ist anders geregelt als in den Konventionen. Zur englischen und französischen treten die arabische, chinesische, russische und spanische Sprache. Ein chinesischer Text ist freilich auf der Konferenz nicht verhandelt worden, und es war daher auch keine Gelegenheit — wie dies bei den arabischen, russischen und spanischen Texten häufig geschah —, Mängel dieses Textes zu rügen und richtigzustellen. Dieser Text wurde erst nach Abschluß der diplomatischen Konferenz in Verhandlungen zwischen der eidgenössischen und der chinesischen Regierung, die seit der 2. Session an der Konferenz nicht mehr teilnahm und auch die Schlußakte nicht unterzeichnet hat, erstellt. Aus ihm wird also schwerlich ein Schluß auf die Absichten der vertragschließenden Parteien herzuleiten sein. Dennoch soll er gemäß Art. 102 den anderen Texten gleichstehen. Jedenfalls kann auf ihn niemals als »Arbeitssprache« zurückgegriffen werden.

Ein Rangverhältnis zwischen dem englischen und französischen Text läßt sich auch unter dem Gesichtspunkt der »Arbeitssprache« kaum generell festlegen. Zwar wurde vor allem in den Arbeitsgruppen vorwiegend auf englisch verhandelt, häufig waren aber französische Texte vor den englischen verfügbar. Ein Vorrang des englischen Textes kann daher nur dort angenommen werden, wo dieser in den Verhandlungen als maßgeblich bezeichnet und der Redaktionsausschuß beauftragt wurde, den französischen Text an den englischen anzugleichen.

Der spanische Text ist vom Redaktionsausschuß Artikel für Artikel durchberaten worden und kann daher in der Rangstufe der Texte den 3. Rang beanspruchen. Der russische Text beruht hingegen im wesentlichen auf den Arbeiten der Delegation der Sowjetunion, Weißrußlands und der Ukraine. Zur Erstellung des arabischen Textes wurde ein inoffizieller Redaktionsausschuß arabischer Delegationen eingesetzt, dessen Arbeitsergebnisse von dem amtlichen Redaktionsausschuß nur global und formell eingesehnet wurden. So ergibt sich unter dem Gesichtspunkt der Intensität der Befassung von Konferenzorganen eine Rangordnung: englisch — französisch — spanisch — russisch — arabisch — chinesisch.

### 2.8.6. *Vorbehalte*

Der IKRK-Entwurf enthielt eine Klausel über Vorbehalte (Art. 85 a. F.), der nicht nur gewisse Bestandteile des Protokolls — darunter

auch wesentliche Kriegführungsvorschriften — für vorbehaltlos erklärt, sondern auch die Geltung aller Vorbehalte auf fünf Jahre begrenzte und nach deren Ablauf eine Wiederholung des Vorbehalts verlangte. Diese zeitliche Begrenzung wäre psychologisch ein sehr wirksames Mittel gewesen, um zeitbedingte Vorbehalte loszuwerden. Zwar konnten auch bisher schon Vorbehalte jederzeit zurückgenommen werden, doch ist das nur selten geschehen. Ein spektakuläres Beispiel ist die Zurücknahme des Vorbehalts des Vereinigten Königreichs hinsichtlich der Einführung der Todesstrafe in besetzten Gebieten (zu Art. 68 Abs. 2 Konvention IV). Soll ein Vorbehalt erneuert werden, steht die Regierung des Staates jedesmal vor der Frage, ob sie das Odium, sich gewissen Verpflichtungen zu entziehen, erneut auf sich nehmen soll.

Die Liste der vorbehaltlosen Artikel wurde bald erweitert. Aufgenommen wurden Art. 1 und andere umstrittene Artikel, bei denen man schwerlich behaupten konnte, daß sie Zweck und Ziel des Protokolls so stark verkörperten, daß ein Vorbehalt schon nach der Wiener Klausel unzulässig wäre. Allmählich setzte sich die Auffassung durch, daß eine Lösung des Vorbehaltsproblems im Protokoll eine unabsehbare Verlängerung der Diplomatischen Konferenz zur Folge gehabt hätte und es deshalb besser sei, davon abzusehen, die Frage ausdrücklich zu regeln. Auch eine Übernahme der Vorbehaltsregelung der Wiener Vertragsrechtskonvention, die von einer Delegation zur Diskussion gestellt wurde, fand keine breitere Zustimmung.

Auf der 4. Session wurde die Vorbehaltsfrage in die schon mehrfach erwähnte Absprache zwischen den ost- und westeuropäischen Staaten eingebracht, die beide — aus ganz unterschiedlichen Motiven — dagegen waren, gewisse Teile des Vertragswerks für vorbehaltlos zu erklären. Eine vehemente Opposition — vor allem arabischer Staaten — hatte keinen Erfolg, und so fiel die Vorbehaltsklausel.

Das bedeutet aber nicht, daß beliebige Vorbehalte zum Protokoll I zulässig sind. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die auf dem Völkergewohnheitsrecht beruhenden Regeln der Wiener Vertragsrechtskonvention (Art. 19 ff.) anzuwenden sind. Danach ist jeder Vorbehalt einem »Inkompatibilitätstest« zu unterwerfen, ob er mit Ziel und Zweck des humanitären Völkerrechts vereinbar ist. Diese Bestimmung hat besondere Bedeutung für alle Vorschriften, welche den Schutz der Zivilbevölkerung — eine der Kernfragen des Protokolls — betreffen. Hingegen dürfte dieser Test geringere Bedeutung haben für Fragen, welche den Anwendungsbereich des humanitären Völkerrechts über den traditionellen Bestand hinaus betreffen, für die Definition der Kombattanten

und etwa die Behandlung der Söldner. Das sind »neue« Fragen, die den traditionellen Bestand dieses Rechtsgebiets nur am Rande berühren. Sicher wird die Frage dieses »Inkompatibilitätstests« insbesondere kritisch werden hinsichtlich der Zulässigkeit von Vorbehalten oder interpretativen Erklärungen über den Einsatz von Kernwaffen<sup>179)</sup>.

### 3. Protokoll II

Das Zusatzprotokoll II für den nicht-internationalen Konflikt – eine Weiterentwicklung des gemeinsamen Art. 3 der Konventionen – hatte auf den vier Sitzungsperioden der Konferenz eine wechselvolle Geschichte, die in der Schlußphase zu einer drastischen Verkürzung führte.

#### 3.1. Allgemeines (Werdegang, Anwendungsbereich, Nicht-Intervention)

##### 3.1.1. Vorgeschichte

Die Vorgeschichte des Protokolls wie auch die Formulierung wesentlicher Teile – wie desjenigen über den Anwendungsbereich – in der zweiten Sitzungsperiode ist schon geschildert worden<sup>180)</sup>. Mit Rücksicht auf den hartnäckigen Widerstand seitens einiger Staaten der Dritten Welt gegen alle Elemente in den Regelungen, die als Souveränitätsbeschränkungen angesehen werden könnten und die sich nach Inhalt und Stil stark denen des Protokolls I näherten, waren schon früh Versuche gemacht worden, das Protokoll II auf ein »humanitäres Minimum« zu reduzieren, die freilich zu keinem Erfolg führten. Ein latenter Widerstand blieb aber dauernd spürbar und führte auch zu offenen Ankündigungen, das Protokoll werde zu Fall gebracht werden. Das bewog den Delegierten Pakistans, Hussain, dazu, in der Schlußphase – kurz vor der Plenarberatung – eine Initiative zu ergreifen, um zu einer »vereinfachten Fassung« zu gelangen. Der Entwurf<sup>181)</sup> war in intensiven Konsultationen mit den Hauptgegnern des Protokolls (Indien, Irak, Oman), aber auch mit regionalen Gruppen und dem IKRK entstanden. Er wurde unmittelbar im Plenum eingebracht ohne eine vorherige Beratung in den Aus-

<sup>179)</sup> Siehe 2.5.3.

<sup>180)</sup> Pokštefl/Bothe, a.a.O. (Anm. 1), S. 585–589; Bothe, a.a.O. (Anm. 1), S. 644–646.

<sup>181)</sup> CDDH/427 vom 31. 5. 1977.

schüssen. Gestrichen waren alle Formulierungen, aus denen eine rechtliche Gleichstellung der Regierung und mit ihren Gegnern herausgelesen werden konnte, so der Ausdruck »Konfliktspartei« und die Vorkehrung, das Protokoll solle in gleicher Weise auf beide Seiten angewandt werden (Art. 3 a. F.). Von der Regelung zahlreicher Materien wurde überhaupt abgesehen, bei anderen sollten Einzelregelungen fortfallen und nur ein allgemeiner Grundsatz erhalten bleiben. Von den sieben Teilen des Protokolls II fielen zwei ganze Teile – Teil IV über die Kampfführung und Teil VII über die Ausführung des Protokolls – fort, nur einige wenige Einzelbestimmungen aus ihnen wurden in andere Teile übernommen.

Nachdem Hussain seinen Entwurf eingebracht und die Vertreter des IKRK und Sprecher aus mehreren regionalen Gruppen sich für eine Einbeziehung dieses Kompromißvorschlages ausgesprochen hatten, wurde so verfahren, daß die Konferenz die Fassung des Protokolls II, wie sie aus den Kommissionen hervorgegangen war<sup>182)</sup>, zur Beratungsgrundlage machte, sie aber Artikel für Artikel in Verbindung mit der »vereinfachten Fassung« durchberiet<sup>183)</sup>. Dabei wurden einige wenige aber nicht unwichtige Formulierungen aus der von den Kommissionen beschlossenen Fassung, welche Hussain für entbehrlich hielt, dennoch angenommen. Im Ergebnis wurde Protokoll II im Vergleich zur Fassung nach den Kommissionsbeschlüssen etwa auf die Hälfte reduziert. Außer den beiden schon erwähnten Teilen IV und VII fiel das Besuchsrecht humanitärer Organisationen bei Gefangenen völlig fort. Detailregelungen wurden u. a. geopfert über die Vollstreckung der Todesstrafe, den Schutz der Zivilbevölkerung und über Hilfsaktionen.

In der Diskussion des ganzen Protokolls und auch einzelner Bestimmungen (insbesondere von Art. 1) wurde das Argument, hier werde durch ein internationales Instrument eine Materie geregelt, die zur inneren Zuständigkeit der Staaten gehöre, in verschiedenen Varianten mehrfach vorgebracht<sup>184)</sup>. Darauf konnte geantwortet werden, jede humanitäre Verpflichtung impliziere eine Souveränitätsbeschränkung. Darüber hinaus wurde aber auch die rechtliche Verbindlichkeit des Protokolls II angezweifelt. Es enthalte nur eine einseitige Versicherung guter Absichten, aus der sich für die andere Seite weder Rechte noch Verpflichtungen ergäben<sup>185)</sup>. Eine Antwort wurde darauf nicht gegeben.

<sup>182)</sup> CDDH/402.      <sup>183)</sup> CDDH/SR. 49, S. 8 ff.

<sup>184)</sup> Zuerst Clark (Nigeria), CDDH/SR. 49, S. 7; Indien SR. 49 Annex, S. 6.

<sup>185)</sup> Clark (Nigeria), a.a.O.; Sudan CDDH/SR. 49, S. 18.

Dennoch wurde das Protokoll II schließlich durch Konsens angenommen. Zahlreiche Delegationen — vor allem solche, von denen die erwähnten Einwendungen stammten — erklärten jedoch, sie hätten sich bei einer Abstimmung mindestens enthalten müssen. So ist die Chance, daß es eine ähnlich weite Annahme findet wie das Protokoll I, nicht sehr groß. Im übrigen aber bestätigen die bei der Annahme des Protokolls und einzelner seiner Artikel abgegebenen mündlichen und schriftlichen Erklärungen zahlreicher Delegationen<sup>186)</sup>, daß die Initiative unter dem Motto »besser ein halbes Ei statt einer leeren Schale« richtig und nötig war.

### 3.1.2. Präambel

Auch das Protokoll II beginnt mit einer Präambel, obwohl sie teilweise nicht für notwendig erachtet wurde. Sie ist gegenüber der Fassung der IKRK-Vorlage unverändert, nimmt Bezug auf den gemeinsamen Art. 3 der vier Konventionen (Abs. 1), auf die Instrumente des internationalen Menschenrechtsschutzes (Abs. 2) und wiederholt die Martens'sche Klausel — hier ohne auch das Völkergewohnheitsrecht einzuschließen, wohl da dieses für den nicht-internationalen bewaffneten Konflikt keine Regeln entwickelt hat. Im Gegensatz zur Präambel des Protokolls I hat die Aufnahme der Klausel hier ihren Sinn, da sie nicht im Text des Protokolls II erscheint.

### 3.1.3. Anwendungsbereich

Über den Anwendungsbereich des Protokolls II (Art. 1 und 2) und das Interventionsverbot (Art. 3, früher Art. 4) ist schon berichtet worden<sup>187)</sup>. Der Wortlaut von Art. 1 wurde in der Schlußphase der Konferenz zwar nicht geändert, doch ist die Anwendungsschwelle des Art. 1 Abs. 1 durch die Einschränkung des Regelungsbereichs herabgesetzt worden. Wenn entschieden wird, ob der Fall eines »bewaffneten Konfliktes« im Sinne von Art. 1 vorliegt, kann von der Gegenseite nicht verlangt werden, daß sie so organisiert ist, daß sie z. B. Vorschriften über Kampfmittel und Kampfmethoden, die früher eingehenden Vorschriften über Hilfeleistungen und auch die Durchführungsvorschriften

---

<sup>186)</sup> CDDH/SR. 49 mit Annex; SR. 50 Annex; SR. 56 Annex; SR. 57 Annex und SR. 58, S. 14–29 und Annex, S. 1–7.

<sup>187)</sup> A.a.O. (Anm. 1), S. 645.

einzuhalten in der Lage ist. Wer darüber entscheidet, ob ein derartiger Fall vorliegt, war bei Annahme des Artikels, über den abgestimmt wurde<sup>188)</sup> kontrovers. Zahlreiche Delegationen aus der Dritten Welt bezeichneten den Staat, innerhalb dessen sich der Konflikt abspiele, allein für zuständig<sup>189)</sup>. Kolumbien versuchte das durch einen Zusatz im Text klarzustellen, zog den Antrag aber auf Drängen des IKRK zurück<sup>190)</sup>. Im übrigen nahmen mehrere Delegationen zum Verhältnis des Protokolls II zum gemeinsamen Art. 3 der Konvention Stellung<sup>191)</sup>.

### 3.2. Menschliche Behandlung

Der II. Teil ist der menschlichen Behandlung aller Personen gewidmet, welche nicht oder nicht mehr unmittelbar an dem bewaffneten Konflikt teilnehmen, und besteht in der endgültigen Fassung nur noch aus drei Artikeln (4–6), von denen die beiden ersten im wesentlichen auf der 2. Sitzungsperiode, Art. 6 auf der 3. Sitzungsperiode ausgearbeitet wurden. In die endgültige Fassung wurden eine Reihe von Vorschriften aufgenommen, die früher an anderer Stelle erschienen (insbesondere Art. 4 Abs. 3 über den Schutz von Kindern, früher Art. 32 und Art. 5 Abs. 2 (e) = früher Art. 12*bis*), so daß trotz einiger Streichungen der ganze Teil eher gewichtiger geworden ist.

Vorbilder der Bestimmungen dieses Teils sind einerseits die Formulierungen des gemeinsamen Art. 3 der Konventionen, die aber erheblich ausgebaut wurden, andererseits die notstandsfesten Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Menschenrechte, dessen Standard fast durchweg eingehalten wurde, wengleich sich die Notwendigkeit ergab, in den Formulierungen sehr viel stärker in die Einzelheiten zu gehen und bestimmte typische Gefahren in konkreten Situationen wie etwa bei Freiheitsentzug nach Gefangennahme zu erfassen. Der gelegentlich auf der Konferenz geäußerte Gedanke, sich mit

<sup>188)</sup> CDDH/SR. 49, S. 16; 58:5 bei 29 Enthaltungen.

<sup>189)</sup> Saudi-Arabien, SR. 49, S. 17; Indonesien, a.a.O., S. 18; Chile, a.a.O., S. 19, und SR. 56 Annex, S. 6; Brasilien, SR. 59 Annex, S. 3, und SR. 57 Annex, S. 2; Philippinen, SR. 49, S. 8; Tansania, a.a.O., S. 9; Mauretaniens, SR. 58 Annex, S. 4.

<sup>190)</sup> CDDH/SR. 49, S. 11 und 14.

<sup>191)</sup> Die Bundesrepublik Deutschland, SR. 49 Annex, S. 1, betonte den selbständigen Anwendungsbereich der beiden Instrumente. So gelte Art. 1 Abs. 2 nicht für die Konventionen. Dagegen DDR, CDDH/SR. 56, S. 13. Zustimmung aber Italien, SR. 50 Annex 3, und Belgien, SR. 49 Annex, S. 2.

einem Verweis auf die notstandsfesten Bestimmungen der Pakte zu begnügen, hätte kaum zu demselben Ziel geführt. Hierbei sei erwähnt, daß die Pakte neben den Bestimmungen des Protokolls II Anwendung finden, während das beim internationalen Konflikt nur sehr teilweise der Fall ist<sup>191a</sup>). Leider fehlt eine Bestimmung, welche das Verhältnis des Protokolls II zu den Pakten regelt. Es ist darum auf allgemeine Rechts-erwägungen zurückzugreifen, um zu dem Schluß zu gelangen, daß jeweils der höhere Schutzstandard gilt, wie dies etwa die Europäische Menschenrechtskonvention im Verhältnis zum nationalen Recht der Mitgliedstaaten ausdrücklich anordnet (Art. 60).

Überschrieben ist der II. Teil »Menschliche Behandlung« ohne Zusatz.

### 3.2.1. Grundgarantien

Die Grundgarantien (Art. 4) gelten nicht nur für Personen, die sich in der Gewalt einer der Konfliktparteien befinden, sondern auch schon für alle Personen, welche die Waffen niederlegten, sich ergaben oder kampfunfähig wurden. Das Problem des Feindes *hors de combat* ist daher durch Art. 4 miterfaßt, wenn es auch bedauerlich ist, daß die Definition (früher Art. 22*bis*) fortfiel. An einer Stelle geht Art. 4 über den erfaßten Personenkreis hinaus. Das Verbot des Befehls, kein Pardon zu gewähren (Art. 4 Abs. 1 Satz 3), ist eine Kampfführungsvorschrift (früher Art. 22 in Teil IV).

Die Liste der Einzelverbote in Abs. 2 geht deutlich auf den gemeinsamen Art. 3 der Konventionen zurück, fügt aber kollektive Bestrafung (nicht nur durch Gerichte!), Terrorhandlungen, Sklaverei und Plünderung hinzu. Die Beispiele entwürdigender Behandlung sind um die Vergewaltigung, den Zwang zur Prostitution und andere Formen unsittlicher Handlungen vermehrt. Das machte einen besonderen Artikel über den Schutz der Frauen (Art. 6*bis* a. F.) entbehrlich. Auch die Androhung einer dieser Handlungen ist untersagt.

Der Schutz von Kindern ist ausführlich geregelt (Abs. 3 (a)–(e) – früher Art. 32 (a)–(g) im Teil Zivilbevölkerung), wobei die Bestimmungen gestrafft und gegenüber der Ausschußvorlage teilweise (*lit.* (a) und (b)) verstärkt wurden. Erziehung (a), Familienzusammenführung (b), Eva-

---

<sup>191a</sup>) Dazu K. J. Partsch, *La protection internationale des droits de l'homme et les Conventions de Genève de la Croix-Rouge*, *Revue internationale de droit comparé*, 1974, S. 77.

kuierung (c) sind Themen dieser Schutznorm. Ein besonderes Problem war die Festsetzung eines Mindestalters für die Rekrutierung in Streitkräften (e). Die Festsetzung auf nur 15 Jahre war ein Zugeständnis an die Dritte Welt. Werden Jugendliche schon früher eingezogen, bleibt dennoch der besondere Schutz erhalten.

### 3.2.2. *Behandlung von Gefangenen*

Zusätzliche Vorschriften gelten für Personen, denen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt die Freiheit entzogen ist (Art. 5), seien sie interniert oder in Strafhaft. Von Kriegsgefangenen spricht das Protokoll II bewußt nicht. Man sollte daher nicht von einer »Kleinen Gefangenenkonvention« sprechen, obwohl es natürlich richtig ist, daß dieser Artikel eine verdünnte und vereinfachte Zusammenfassung von Vorschriften aus der 3. Konvention darstellt, wobei auf die besonderen Umstände eines nicht-internationalen Konfliktes Rücksicht zu nehmen war. Daher wird unterschieden zwischen Minimalregeln, die unter allen Umständen einzuhalten sind (Abs. 1), und solchen, welche die Gewahrsamsmacht nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beachten hat (Abs. 2). Die Einordnung in die beiden Kategorien verursachte häufig Schwierigkeiten, wobei die persönlichen Lebensansprüche der Teilnehmer an der Diskussion nicht selten eine Rolle spielten. So wanderte etwa das Recht, seine Religion auszuüben, im Lauf der Ausschußverhandlungen von der zweiten in die erste Kategorie. Essen, Trinken und Unterbringung blieben zwar in der ersten, die Verpflichtung wurde aber abgeschwächt. Sie brauchen nur noch auf dem selben Niveau wie die örtliche Zivilbevölkerung versorgt zu werden (Abs. 1 (b)). Die Kriegsgefangenenkonvention (Art. 25) kennt dagegen den Maßstab der Versorgung der Angehörigen der eigenen Streitkräfte.

Ein besonderes Problem warf die Frage der Kontakte mit der Außenwelt auf. Schriftliche Korrespondenz ist in Grenzen zu erlauben (Abs. 2 (b)). Nach dem Ausschußvorschlag sollten die Konfliktparteien sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemühen, den Vertretern unparteiischer humanitärer Organisationen Gefangenenbesuche zu ermöglichen. Auch diese sehr schwache Verpflichtung wurde dann aber aus Furcht vor Einmischung in den internen Konflikt<sup>192)</sup> gestrichen. Freilich ist das die einzige Bestimmung, die aus diesem Bereich der Streichung zum Opfer fiel. Sonst entspricht Art. 5 der Kommissionsvorlage.

<sup>192)</sup> Mexiko, CDDH/I/SR. 32, S. 32; Indien, a.a.O., S. 37.

### 3.2.3. Personen, deren Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist

Unterschieden werden von den Internierten oder Häftlingen die Personen, deren Bewegungsfreiheit durch Ausgangssperren, Einrichtung von Sperrzonen oder ähnliches nur beschränkt ist. Gewisse der oben erwähnten Schutzvorschriften gelten auch für sie (Abs. 3).

### 3.2.4. Strafverfolgung

Die Vorschriften über Strafverfolgung (Art. 6) gehen davon aus, daß im Falle eines internen Konfliktes alle Staatsbürger dem geltenden Recht unterworfen bleiben und den Aufständischen auch keine irgendwie geartete Immunität für während des Konfliktes begangene Handlungen, wie sie Kriegsgefangene genießen, zuzugestehen ist. Auch durch Beachtung der Regeln des Protokolls II erwirbt der Aufständische keine derartige Immunität<sup>193</sup>). Andererseits aber setzt die Vorschrift voraus, daß die Aufständischen über eine funktionierende Justiz mit eigenen Gerichten verfügen, welche die Erfordernisse der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit erfüllen. Obwohl die Bestimmung, daß Rechte und Pflichten aus dem Protokoll II in gleicher Weise auf alle Konfliktparteien anzuwenden seien (Art. 5 a. F.), auf die bei der Erörterung der Vorschriften über Strafverfolgung häufig Bezug genommen wurde, schließlich gestrichen wurde, ist dennoch davon auszugehen, daß dieser Grundsatz, der auch aus Art. 1 hergeleitet werden kann, anzuwenden ist.

Die Überschrift ist irreführend; denn Art. 6 enthält nicht nur Verfahrensvorschriften, sondern auch Strafrechtsgrundsätze für Handlungen, die mit dem bewaffneten Konflikt in Zusammenhang stehen (so ausdrücklich Abs. 1). Der Einleitungssatz von Abs. 2, der weitgehend dem gemeinsamen Art. 3 der Konventionen entspricht, ist so allgemein gefaßt, daß aus ihm auch Verfahrensgrundsätze hergeleitet werden können, die in den folgenden *lit.* (a)–(f) nicht aufgeführt sind. Diese wiederholen zwar zum Teil wörtlich Bestimmungen des Paktes für bürgerliche und politische Rechte (insbesondere Art. 9, 14 und 15), geben aber nicht alle dort enthaltenen Garantien wieder. Ein Rückgriff auf sie dürfte generell zulässig sein<sup>194</sup>). Fraglich kann dies nur für Art. 14 Abs. 7 des Paktes sein, der den Grundsatz *ne bis in idem* enthält. Der IKRK-

<sup>193</sup>) Vgl. die Erklärung des IKRK, CDDH/I/SR. 34, para. 4 ff.

<sup>194</sup>) Vgl. Erklärung der Bundesrepublik Deutschland, CDDH/I/SR. 64, para 19.

Entwurf (Art. 9 Abs. 3) hatte den Gedanken aufgenommen. Er wurde aber verworfen, da keine Einigung darüber zu erzielen war, ob dieser Grundsatz auch im Verhältnis zwischen den Gerichten des Staates, in dem sich der Aufstand ereignet, und den Gerichten der Aufständischen gelten solle. Insbesondere wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß ein schweres Verbrechen von den Gerichten auf der Seite, auf der der Täter kämpft, übermäßig milde geahndet wird, um ihn für den Fall, daß er in die Gewalt der anderen Seite fallen sollte, einer strengeren Bestrafung zu entziehen<sup>195</sup>). Hinter den Pakten bleibt auch Abs. 3 zurück, der entgegen Art. 14 Abs. 5 des Paktes keinen Rechtsanspruch auf eine Berufungs- oder Revisionsinstanz verleiht, sondern nur einen Anspruch auf eine Rechtsbelehrung über etwa gegebene Rechtsbehelfe. Es konnte den Aufständischen schwerlich eine Pflicht zur Einrichtung einer mehrstufigen Gerichtsorganisation, die im übrigen auch nicht allgemein in der Militärgerichtsbarkeit gegeben ist, auferlegt werden.

Am intensivsten wurde die Frage der Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe erörtert. Das IKRK bezeichnete sie sogar als das Hauptproblem dieses Fragekreises<sup>196</sup>) und hatte zwar kein Verbot der Todesstrafe, sondern lediglich vorgesehen, sie solle während der Dauer des Konfliktes nicht vollstreckt werden dürfen (Art. 10 Abs. 3 a. F.), um Eskalationen zu vermeiden. Die Kommission I war diesem Gedanken auch gefolgt, obwohl mehrere Delegationen nicht nur mit Rücksicht auf ihre nationalen Rechtsordnungen, sondern auch aus moralischen und humanitären Gründen erhebliche Bedenken geäußert hatten. In der Schlußphase fiel, gegen energischen Widerspruch der Schweiz und des Heiligen Stuhles, sowohl diese Bestimmung<sup>197</sup>) wie auch das Gebot, es in Strafverfahren zu berücksichtigen, wenn ein Täter, der nur wegen der Teilnahme an Feindseligkeiten verfolgt wird, sich an die Bestimmungen des Protokolls gehalten hatte. Auch ein Anspruch auf ein Gnadengesuch wurde getilgt. Erhalten blieb das dem Pakt (6 V) nachgebildete Verbot, Todesstrafen gegen Jugendliche unter 18 Jahren zu verhängen und an schwangeren Frauen zu vollstrecken (Abs. 4). Dieses letzte wurde über die Bestimmungen des Paktes hinaus auch auf »Mütter junger

---

<sup>195</sup>) Voll wurde das Problem in der Arbeitsgruppe B der I. Kommission diskutiert. Darauf beziehen sich die Äußerungen der USA, Pakistans und Italiens, CDDH/I/SR. 33, paras. 57, 67, 71.

<sup>196</sup>) CDDH/I/SR. 34, para. 4.

<sup>197</sup>) CDDH/SR. 50.

Kinder« ausgedehnt, was nicht ohne Kritik blieb<sup>198</sup>). Außerdem fand die Empfehlung, nach dem Ende der Feindseligkeiten eine möglichst weitgehende Amnestie für bestimmte Personen zu erlassen (Abs. 5), Aufnahme, obwohl der Verfasser des »vereinfachten Entwurfs« sie auch fallen lassen wollte<sup>199</sup>). Angesichts der Tatsache, daß Art. 6 gegenüber dem Pakt wenig neues bringt, ist es erstaunlich, mit welcher Vehemenz sich zahlreiche Delegationen gegen diese Bestimmung erklärten. Dabei wurden auch Vorbehalte bei der Ratifikation angekündigt<sup>200</sup>).

### 3.3. Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige

Der Schutz von Verwundeten und Kranken in nicht internationalen Konflikten beschränkt sich bislang auf die lapidare Regel des gemeinsamen Art. 3 der Genfer Konventionen, daß Verwundete und Kranke geborgen und gepflegt werden. Hier hatte die Kommission II der Konferenz erheblich detailliertere Bestimmungen erarbeitet, die im wesentlichen denen des Protokolls I für den internationalen Konflikt glichen. Eine Ausnahme hiervon war, daß keine detaillierten Regelungen für Sanitäts-transporte zu Wasser und in der Luft und für die Identifizierung vorgesehen waren. In dem Reduktionsprozeß des Protokolls II in der Schlußphase der Verhandlungen hat auch der Teil über den Schutz der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen einige Kürzungen<sup>201</sup>) hinnehmen müssen, die wesentlichen Elemente konnten jedoch erhalten werden.

Art. 7 stellt das Prinzip des Schutzes und der Sorge für Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige auf. Art. 8 hat keine Entsprechung in einer Bestimmung des Protokolls I, er überträgt in vereinfachter Form die Grundsätze der Konvention I und II über die Suche nach Verwundeten, Toten und Schiffbrüchigen nach Kampfhandlungen in das Protokoll II. Sanitäts- und Seelsorgepersonal wird geschützt (Art. 9), ebenso Sanitätseinheiten und -transporte (Art. 11). Die Ausübung ärztlicher und krankenflegerischer Tätigkeit gemäß den Regeln der Standesethik ist ähnlich

---

<sup>198</sup>) Erklärungen des Vereinigten Königreichs, CDDH/I/SR. 64, para. 41, und Japans, a.a.O., para. 82.

<sup>199</sup>) CDDH/SR. 50, S. 14.

<sup>200</sup>) Vgl. die Abstimmungserklärungen im 1. Ausschuß CDDH/I/SR. 64, paras. 19–105, und die schriftlichen Erklärungen im Plenum, CDDH/SR. 50 Annex.

<sup>201</sup>) Entfallen sind vor allem die Definitionen. Vgl. dazu jedoch die Erklärung der USA bei Unterzeichnung der Protokolle.

geschützt wie in Protokoll I. Allerdings steht das Verbot, von einem Arzt Informationen über Patienten zu verlangen, unter dem Vorbehalt des nationalen Gesetzes. Damit wird dieses Verbot in erheblicher und vielleicht auch bedenklicher Weise relativiert<sup>202)</sup>, es wird zu einer Art Rechtsstaatsgarantie, zu einem Vorbehalt des Gesetzes zugunsten des Arztes. Schließlich ist in diesem Teil auch eine Bestimmung über den Schutz und die Achtung des Rot-Kreuz-Zeichens bzw. der ihm gleichgestellten Zeichen aufgenommen (Art. 12).

### 3.4. Der Schutz der Zivilbevölkerung

#### 3.4.1. *Kampfführungsbestimmungen*

Die Kampfführungsbestimmungen, die das Protokoll II ursprünglich in einem auf nicht-internationale bewaffnete Konflikte allerdings auch kaum zugeschnittenem Ausmaß enthielt (Teil IV, Methoden und Mittel der Kampfführung, Art. 20–23 a. F.; Teil V, Zivilbevölkerung, Kap. I, Allgemeiner Schutz gegen die Auswirkungen der Feindseligkeiten, Art. 24–28; Kap. II, Zivilschutz, Art. 30), sind bis auf Art. 7 dem zur Rettung des Protokolls notwendigen Schrumpfungsprozess zum Opfer gefallen. Art. 7 stellt mit seinen drei Absätzen das verbliebene Kernstück des ursprünglich fünf Absätze umfassenden Art. 26 a. F. dar<sup>203)</sup>. Schon in der Arbeitsgruppe der Kommission III hatte es Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob eine Kurzfassung des Art. 46 a. F. des Protokolls nicht einer dieser Vorschrift weitgehend nachgebildeten und mehrere Absätze umfassenden Version vorzuziehen sei. Seinerzeit setzte sich die Auffassung durch, daß die sehr allgemein gehaltenen Grundregeln konkretisierungsbedürftig seien. Eine solche Konkretisierung entbehrt Art. 7 nunmehr vollständig, da er sich auf die generelle Schutzregel, ein Angriffs- und Terrorverbot sowie eine Festlegung des personellen und zeitlichen Schutzbereichs beschränkt.

Schon die generelle Schutzregel, nach der die Zivilbevölkerung und Zivilpersonen allgemeinen Schutz vor den aus militärischen Operationen resultierenden Gefahren genießen, wird mangels Umsetzung in die notwendige Masse konkreter Einzelverbote, aber auch angesichts der in einem nicht-internationalen bewaffneten Konflikt stets zu verzeichnenden

---

<sup>202)</sup> Vgl. die Erklärung Norwegens, CDDH/II/SR. 46, para. 2.

<sup>203)</sup> CDDH/215/Rev. 1, paras. 122–130.

Fluktuation zwischen kämpfender und unbeteiligter Zivilbevölkerung außerordentlich verletzungsanfällig sein. Daran ändern auch nichts die beiden verbliebenen Konkretisierungen, die »unter allen Umständen« zu beachten sind (Abs. 1 Satz 2).

Das Verbot, die Zivilbevölkerung als solche oder einzelne Zivilpersonen anzugreifen (Abs. 2 Satz 1), ist im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt — im »Bürgerkrieg« — wenn überhaupt, dann ohnedies nur innerhalb des in Abs. 3 fixierten Anwendungsbereichs praktikabel, nämlich sofern und solange sich die schutzberechtigten Zivilpersonen nicht unmittelbar an Feindseligkeiten beteiligen. Bei Kampfbeteiligung entfällt zwar der Schutz, jedoch wird der hiernach mögliche ständige Wechsel zwischen geschütztem und ungeschütztem Status der Verbotseffektivität nicht eben förderlich sein.

Verboten ist nach dem Vorbild des Art. 51 Abs. 2 des Protokolls I außerdem die Anwendung oder Androhung von Gewalt zu dem hauptsächlichlichen Zweck, unter der Zivilbevölkerung Terror zu verbreiten. Da in den ersten Phasen eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts gerade seitens der zu Beginn jedenfalls gewöhnlich schwächeren nicht-staatlichen Partei zu diesem Mittel gegriffen wird, dürfte es auf seiten der staatlichen Konfliktpartei kaum zu einer der Verbotsbeachtung förderlichen Gegenseitigkeitserwartung kommen.

Unbeschadet dieser Kritik muß realistisch gesehen werden, daß für eine halbwegs hinreichende Ausgestaltung der Kampfführungsvorschriften des Protokolls II in Genf schlechterdings keine Chancen bestanden. Nicht von ungefähr waren gerade jene Staaten, die den Anwendungsbereich des Protokolls I auf die Konflikte der nunmehr in dessen Art. 1 Abs. 4 erfaßten Kategorie erstrecken wollten, auf der anderen Seite gegenüber weitgehenden völkerrechtlichen Reglementierungen des nicht-internationalen bewaffneten Konflikts außerordentlich reserviert. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde die Haltung gegenüber dem Protokoll II zum Prüfstein für die Einschätzung der inneren Festigkeit des eigenen Systems.

### *3.4.2. Humanitäre Hilfsaktionen und Stellung von Hilfsorganisationen*

Die Bestimmungen über Hilfsaktionen und die Stellung von Hilfsgesellschaften gehörten zu den schwierigeren Teilen des Protokolls II. Deshalb kann es nicht verwundern, daß gerade in diesem Bereich in dem dargestellten Reduktionsprozeß am Ende der Verhandlungen empfindliche Abstriche gemacht wurden. Art. 18 Abs. 1 faßt zwei

Bestimmungen zusammen, die von der Kommission II angenommen worden waren, nämlich eine Bestimmung über die Rolle der Zivilbevölkerung und der Hilfsgesellschaften bei der Versorgung der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen (Art. 14 a. F.) und eine allgemeinere Bestimmung über die Tätigkeit lokaler Hilfsgesellschaften (Art. 33 Abs. 1 a. F.). Von diesen Bestimmungen, die einen Schutz der Tätigkeit zugunsten der Konfliktsopfer vorsah, ist nur übrig geblieben, daß entsprechende Hilfe angeboten werden kann. Einen vernünftigen Sinn kann diese Bestimmung aber wohl nur haben, wenn jedenfalls eine wohlwollende Prüfung solchen Angebots durch die Konfliktparteien erfolgen muß. Die traditionellen Tätigkeiten der Hilfsgesellschaften, von denen in Art. 18 Abs. 1 die Rede ist, umfassen wohl auch die Suche nach und den Austausch von Informationen über Konfliktsopfer, wodurch auch ein Element des Art. 34 a. F., der dafür besondere Bestimmungen traf, erhalten geblieben ist.

Eine kurze Bestimmung über Hilfsaktionen (Art. 18 Abs. 2) konnte nur nach schwierigsten Verhandlungen für das Protokoll II erhalten werden. Diese Bestimmung stellt wenigstens das Prinzip auf, daß solche Hilfsaktionen stattfinden müssen ("shall be undertaken"). Auch hier findet sich wiederum ein Zustimmungsvorbehalt ähnlich demjenigen in Art. 70 Abs. 1 Protokoll I, nur daß nicht wie in Art. 70 Abs. 1 und wie zuvor in dem von Kommission II angenommenen Text von der Zustimmung der betroffenen Parteien, sondern nunmehr von der Zustimmung der betroffenen Hohen Vertragsschließenden Partei die Rede ist. Diese erst in der Plenardebatte eingeführte Änderung hat den Sinn, das Erfordernis der Zustimmung einer aufständischen Partei auszuschließen, was dem Schema des Reduktionsprozesses entspricht. Die entscheidende Frage ist jetzt, wann und unter welchen Umständen eine Hohe Vertragsschließende Partei »betroffen« ist. Von den Vertretern einer restriktiven Auslegung wird die Formel sicherlich dahin gedeutet werden, daß die Hohe Vertragsschließende Partei bei allen Hilfsaktionen »betroffen« ist, die auf ihrem Territorium stattfinden, d. h. auch bei solchen Hilfsaktionen für die Aufständischen, die nicht durch Gebiet geführt werden müssen, das noch von der etablierten Regierung kontrolliert ist. In diesem Sinne wurde die Änderung sicherlich von vielen Staaten der Dritten Welt verstanden. Dies ist aber keineswegs die einzig mögliche Auslegung. Die Bestimmung läßt sich durchaus auch dahin deuten, daß die Vertragspartei nur dann betroffen ist, wenn eine Hilfsaktion durch von ihr kontrolliertes Gebiet geführt werden muß. Ferner gilt auch für die Bestimmung des Art. 18 Abs. 2 Protokoll II, was oben zu Art. 70

Abs. 1 Protokoll I ausgeführt wurde, nämlich daß die Zustimmung nicht willkürlich verweigert werden kann, sondern nur aus sachlich gerechtfertigten Gründen. Dies ist durch Interpretationserklärungen klar gestellt worden<sup>204</sup>).

### 3.5. Schlußbestimmungen

Mehrere Bestimmungen des Teils V (Art. 20–24, 28) sind wortwörtlich aus Teil VI des Protokolls I (Art. 92–95, 97, 102) übernommen und ohne Erörterung angenommen worden. Abweichungen zwischen den beiden Schlußbestimmungen bestehen nur insofern, als in das Protokoll II als Art. 19 eine lakonische Bestimmung über die Verbreitung des Protokolls aufgenommen wurde, andererseits den Art. 96 und 98 des Protokolls I entsprechende Bestimmungen fehlen, was sich bei Art. 98 von selbst versteht. Schließlich ist die Kündigungsklausel des Protokolls II (Art. 25) etwas anders formuliert als Art. 99 des Protokolls I, was sich auch auf Art. 26 und 27 auswirkte. Es ist also hier nur etwas über die Abweichungen vom Protokoll I zu sagen, im übrigen kann auf die Ausführungen unter 2.8.1., 3.–5. verwiesen werden.

Die kurze Bestimmung über die *V e r b r e i t u n g* des Protokolls (Art. 19) gibt nur eine Modalität an (»so weit wie möglich«), ohne zu sagen, wer für die Verbreitung zu sorgen hat, wann das geschehen und bei wem verbreitet werden soll.

Im übrigen ist dies die einzige Bestimmung aus dem ehemaligen VII. Teil der von Kommission I angenommenen Fassung über die Durchführung des Protokolls, die erhalten blieb. Es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß die früher in Artikeln dieses Teils enthaltenen Regeln über die notwendigen Maßnahmen zur Beachtung des Protokolls (Art. 36 a. F.), über Sondervereinbarungen (Art. 38 a. F.) und über das Recht des IKRK, seine Dienste anzubieten, entweder über Art. 1 des Protokolls II oder aber über den gemeinsamen Art. 3 der Konventionen, auch ohne erneut ausgesprochen zu sein, gelten<sup>205</sup>). Dem ist beizupflichten.

Daß keine dem Art. 96 des Protokolls I entsprechende Bestimmung über *V e r t r a g s b e z i e h u n g e n* aufgenommen wurde, ist hinsichtlich

<sup>204</sup>) CDDH/SR. 53/Annex, S. 1 f. Vgl. auch CDDH/II/SR. 87, para. 27.

<sup>205</sup>) *Résumé des travaux*, Revue Internationale de la Croix-Rouge Nr. 703 (Juli 1977), S. 415; Abstimmungserklärungen Italiens CDDH/SR. 50 Annex, S. 3, und Belgiens CDDH/SR. 49 Annex, S. 2.

der Abs. 1 und 2 verständlich. An dem Konflikt ist nur eine Vertragspartei beteiligt. Daß aber keine dem Abs. 3 entsprechende Klausel über einen Unterwerfungsmechanismus der Gegenseite vorgesehen wurde, erscheint erstaunlich. Denn die schwierige Frage, worauf denn die rechtliche Bindung der Aufständischen nach dem Protokoll II beruhe, ist seit den Konferenzen der Regierungssachverständigen bis in die Schlußphase<sup>206)</sup> immer wieder gestellt und nie völlig überzeugend beantwortet worden. Denn die These des IKRK, der Staat, gegen den sich der Aufstand richte, werde das Protokoll II mit verbindlicher Wirkung für alle seine Bürger – also auch für künftige Aufständische – ratifizieren und damit entständen die Rechte und Pflichten der Aufständischen mit der Ratifikation, begegnet mehrfachen Bedenken. Sie läßt die Frage außer Acht, wie das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht in den einzelnen Staaten geregelt ist, welche Vertragsnormen unmittelbare Rechte und Pflichten der Staatsbürger zu begründen geeignet sind und schließlich auch, ob und unter welchen Umständen Aufständische sich von der Rechtsordnung des Staates, gegen den sie kämpfen, zu lösen vermögen. Diesem heißen Eisen wurde auf der Konferenz aus dem Wege gegangen, um nicht erneut die Empfindlichkeiten der Gegner des Protokolls II wachzurufen.

Eine Kündigungsklausel (Art. 25) wurde unter Berufung auf die juristische Logik erst auf der 4. Session eingefügt. Wer eine Verpflichtung übernehme, müsse sich von ihr auch lösen können. Dabei blieb unberücksichtigt, wie denn die Lage für die andere Seite ist. Gewiß wird während der Dauer des Konflikts, solange es eine »andere Seite« gibt, die Kündigung nicht wirksam (Abs. 1 Satz 2). Aber ist das ein Grund, diese Kündigung dem Sekretariat der Vereinten Nationen vorzuenthalten (Art. 27 Abs. 2) und in der Zusammenfassung der Notifizierungspflichten (Art. 26) die Kündigung – abweichend von Art. 100 des Protokolls I – unerwähnt zu lassen? Im Gegensatz zum Protokoll I erhält im übrigen die Kündigung schon sechs Monate nach Eingang der Kündigungsnote beim Depositär Wirkung, nicht erst wie nach Art. 99 des Protokolls I nach einem Jahr. Einige Delegationen wollten diese Frist sogar auf drei Monate verkürzen.

---

<sup>206)</sup> Clark (Nigeria), CDDH/SR. 49, S. 7; Sudan, a.a.O., S. 18.

#### 4. Das Problem der Waffenanwendungsverbote – die Arbeit der *ad hoc*-Kommission

Die *ad hoc*-Kommission für konventionelle Waffen, eingesetzt auf Initiative der Staaten Ägypten, Jugoslawien, Mexiko, Norwegen, Schweden, Schweiz und Sudan und in besonderem Maße von Schweden gefördert<sup>207</sup>), befaßte sich mit Gegenstand und Möglichkeiten einzelner Verbote konventioneller Waffen. Ausgangspunkt war die Überlegung, daß die auf die Waffenwirkung ausgerichteten Anwendungsverbote des Protokolls I durch Verbote bestimmter konventioneller Waffenarten, deren Wirkung als überaus inhuman zu beurteilen ist, komplettiert werden sollte. Zur umfassenden Prüfung dieses Problemkreises wurden zwei »Regierungsexpertenkonferenzen über die Anwendung bestimmter konventioneller Waffen« in Luzern (24. 9.–18. 10. 1974) und Lugano (28. 1.–26. 2. 1976) abgehalten<sup>208</sup>). Die Erörterungen dieser Expertenkonferenz, die sich mit Brandwaffen (insbes. Napalm), wirkungsverzögerten Kampfmitteln (Minen und sogen. "Booby-traps"), kleinkalibrigen Hochrasanzgeschossen, flächendeckenden und durch Druck sowie durch starke Splitterung wirkenden Waffen und mit möglichen Neuentwicklungen (Laserwaffen) befaßte, sind in die Arbeit der *ad hoc*-Kommission eingeflossen. Diese befaßte sich außerdem mit neuartigen Flamm-Explosivgeschossen (*fuel-air-explosives*) sowie mit Geschossmaterial, dessen Splitter im menschlichen Körper nicht mit Röntgenaufnahmen feststellbar sind<sup>209</sup>).

Die waffentechnisch interessanten Berichte und Diskussionen vermittelten gelegentlich den Eindruck, daß manche Staaten in der Kommission eher Informationslücken auf dem Sektor moderner Waffenentwicklungen zu schließen gedachten, als daß sie auf absolute Verbote bestimmter Waffenarten hinwirken wollten. Insbesondere zeigten aber die hochgerüsteten Staaten wenig Neigung, ihre Arsenale moderner konventioneller Kampfmittel oder ihre rüstungstechnischen Entwicklungsmöglichkeiten irgendwelchen Restriktionen zu unterwerfen. So erfuhr die Arbeit der *ad hoc*-Kommission keine Umsetzung in Anwendungsverbote bestimmter Waffenarten. Auch der Vorschlag, mittels eines neuen Art. 86*bis* einen Ständigen Kampfmittel-Prüfungsausschuß zu institu-

---

<sup>207</sup>) Vgl. hierzu Bothe, a.a.O. (Anm. 1), S. 652.

<sup>208</sup>) Vgl. die beiden 1975 und 1976 vom IKRK herausgegebenen Berichte "Conference of Governments Experts on the Use of Certain Conventional Weapons".

<sup>209</sup>) Zur letzten Arbeitsphase der Kommission CDDH/408/Rev. 1.

tionalisieren<sup>210</sup>), scheiterte. Das eher bescheidene Ergebnis der Konferenz zur Waffenproblematik war schließlich die Resolution 22 (IV)<sup>211</sup>). Diese Resolution enthält in ihrer Präambel immerhin die Feststellung des Einvernehmens über die Wünschbarkeit eines vertraglichen Verbotes solcher Waffen, deren Splitter im menschlichen Körper nicht durch Röntgenstrahlen detektierbar sind. Wichtigster Punkt des operativen Teils ist die Empfehlung, nicht später als 1979 eine Konferenz einzuberufen, die vertragliche Verbote oder Beschränkungen der Anwendung bestimmter konventioneller Waffen aushandeln soll, wobei das Verhandlungsziel insbesondere auf solche Kampfmittel gerichtet ist, "which may be deemed to be excessively injurious or have indiscriminate effects, taking into account humanitarian and military considerations". — Die mit der Genfer *ad hoc*-Kommission verbundenen Erfahrungen lassen nicht die Prognose zu, daß das dieser Empfehlung entsprechende Ziel erreicht wird.

### Summary

## The Geneva Conference on Humanitarian Law

### Its History and Results

1. In the years 1974 to 1977, the Diplomatic Conference on the Reaffirmation and Development of International Humanitarian Law applicable in Armed Conflicts met in Geneva. The Final Act of the Conference was signed on June 10, 1977, the two Protocols additional to the Geneva Conventions of 1949, which had been worked out by the Conference, were signed in Bern December 12, 1977. On the basis of two previous reports published in this Journal<sup>1)</sup>, the authors undertake to give a general overview on the work of the Conference and an evaluation of its results.

<sup>210</sup>) CDDH/I/340 und Add. 1; CDDH/408/Rev. 1, paras. 36–44.

<sup>211</sup>) Resolutions adopted at the Fourth Session; siehe auch CDDH/441 und Add. 1 sowie CDDH/SR. 57, S. 14–21.

<sup>1)</sup> Pokštefl/Bothe, ZaöRV Vol. 35 (1975), p. 574 *et seq.*; Bothe, *ibid.* p. 641 *et seq.*

2. The second part of the article gives a Part by Part, Article by Article account of Protocol I relating to the protection of victims of international armed conflicts, of its origins, of its content and of its essential problems of interpretation. In the Part "general provisions", the highlights are the Articles on wars of national liberation and the protecting power system, the latter being one of the less than satisfactory results of the Conference. It follows an analysis of the new provisions concerning the protection of the wounded, sick, and shipwrecked. In the Part dealing with methods and means of warfare and combatant status, the most hotly debated issue was that of the status of guerilleros. Part IV on the protection of the civilian population deals *inter alia* with the problem of indiscriminate attacks. Here, the question of application of the new provisions of the Protocol to nuclear warfare is also discussed. Other important humanitarian elements of that Part are relief in favour of the civilian population, a provision on fundamental guarantees, measures in favour of women and children and the protection of journalists. Part V on the execution of the Conventions and the Protocol contains *inter alia* provisions on repression of breaches and an international Fact-Finding Commission. The question of reprisals is also discussed in this connection. In conclusion, the final provisions of the Protocol are analyzed, which includes a discussion of the question of reservations.

3. The drafting history of Protocol II became somewhat dramatic towards the end of the Conference, when a simplified version was submitted in order to save the Protocol as a whole, because otherwise there was a serious risk of this Protocol not being adopted at all. After the description and evaluation of this process, Protocol II is analyzed in the same way as Protocol I. Starting with the provisions on the scope of application and non intervention, the report continues with fundamental guarantees, the protection of the wounded, sick and shipwrecked, the civilian population (including relief), and the final provisions.

4. The last part of the article describes the work of the Ad hoc Committee on Conventional Weapons, its interesting discussions and meagre results in a resolution adopted by the Conference.

Michael B o t h e

# Anhang

## Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and Relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts (Protocol I)\*)

### Contents

Preamble

#### Part I General Provisions

- Article 1 – General principles and scope of application
- Article 2 – Definitions
- Article 3 – Beginning and end of application
- Article 4 – Legal status of the Parties to the conflict
- Article 5 – Appointment of Protecting Powers and of their substitute
- Article 6 – Qualified persons
- Article 7 – Meetings

#### Part II Wounded, Sick and Shipwrecked Section I: General Protection

- Article 8 – Terminology
- Article 9 – Field of application
- Article 10 – Protection and care
- Article 11 – Protection of persons
- Article 12 – Protection of medical units
- Article 13 – Discontinuance of protection of civilian medical units
- Article 14 – Limitations on requisition of civilian medical units
- Article 15 – Protection of civilian medical and religious personnel
- Article 16 – General protection of medical duties
- Article 17 – Role of the civilian population and of aid societies
- Article 18 – Identification
- Article 19 – Neutral and other States not Parties to the conflict
- Article 20 – Prohibition of reprisals

---

\*) Nach der vom Eidgenössischen Politischen Departement am 26. 9. 1977 be-  
gläubigten und veröffentlichten Fassung.

## Section II: Medical Transportation

- Article 21 – Medical vehicles
- Article 22 – Hospital ships and coastal rescue craft
- Article 23 – Other medical ships and craft
- Article 24 – Protection of medical aircraft
- Article 25 – Medical aircraft in areas not controlled by an adverse Party
- Article 26 – Medical aircraft in contact or similar zones
- Article 27 – Medical aircraft in areas controlled by an adverse Party
- Article 28 – Restrictions on operations of medical aircraft
- Article 29 – Notifications and agreements concerning medical aircraft
- Article 30 – Landing and inspection of medical aircraft
- Article 31 – Neutral or other States not Parties to the conflict

## Section III: Missing and Dead Persons

- Article 32 – General principle
- Article 33 – Missing persons
- Article 34 – Remains of deceased

## Part III

## Methods and Means of Warfare, Combatant and Prisoner-of-War Status

## Section I: Methods and Means of Warfare

- Article 35 – Basic rules
- Article 36 – New weapons
- Article 37 – Prohibition of perfidy
- Article 38 – Recognized emblems
- Article 39 – Emblems of nationality
- Article 40 – Quarter
- Article 41 – Safeguard of an enemy *hors de combat*
- Article 42 – Occupants of aircraft

## Section II: Combatant and Prisoner-of-War Status

- Article 43 – Armed forces
- Article 44 – Combatants and prisoners of war
- Article 45 – Protection of persons who have taken part in hostilities
- Article 46 – Spies
- Article 47 – Mercenaries

## Part IV

## Civilian Population

## Section I: General Protection against Effects of Hostilities

## Chapter I: Basic rule and field of application

- Article 48 – Basic rule
- Article 49 – Definition of attacks and scope of application

## Chapter II: Civilians and civilian population

- Article 50 – Definition of civilians and civilian population
- Article 51 – Protection of the civilian population

## Chapter III: Civilian objects

- Article 52 – General protection of civilian objects
- Article 53 – Protection of cultural objects and of places of worship
- Article 54 – Protection of objects indispensable to the survival of the civilian population
- Article 55 – Protection of the natural environment
- Article 56 – Protection of works and installations containing dangerous forces

## Chapter IV: Precautionary measures

- Article 57 – Precautions in attack
- Article 58 – Precautions against the effects of attacks

## Chapter V: Localities and zones under special protection

- Article 59 – Non-defended localities
- Article 60 – Demilitarized zones

## Chapter VI: Civil defence.

- Article 61 – Definitions and scope
- Article 62 – General protection
- Article 63 – Civil defence in occupied territories
- Article 64 – Civilian civil defence organizations of neutral or other States not Parties to the conflict and international co-ordinating organizations.
- Article 65 – Cessation of protection
- Article 66 – Identification
- Article 67 – Members of the armed forces and military units assigned to civil defence organizations

## Section II: Relief in Favour of the Civilian Population

- Article 68 – Field of application
- Article 69 – Basic needs in occupied territories
- Article 70 – Relief actions
- Article 71 – Personnel participating in relief actions

## Section III: Treatment of Persons in the Power of a Party to the Conflict

## Chapter I: Field of application and protection of persons and objects

- Article 72 – Field of application
- Article 73 – Refugees and stateless persons
- Article 74 – Reunion of dispersed families
- Article 75 – Fundamental guarantees

## Chapter II: Measures in favour of women and children

- Article 76 – Protection of women
- Article 77 – Protection of children
- Article 78 – Evacuation of children

## Chapter III: Journalists

- Article 79 – Measures of protection for journalists

Part V

Execution of the Conventions and of this Protocol

Section I: General Provisions

- Article 80 – Measures for execution
- Article 81 – Activities of the Red Cross and other humanitarian organizations
- Article 82 – Legal advisers in armed forces
- Article 83 – Dissemination
- Article 84 – Rules of application

Section II: Repression of Breaches of the Conventions and of this Protocol

- Article 85 – Repression of breaches of this Protocol
- Article 86 – Failure to act
- Article 87 – Duty of commanders
- Article 88 – Mutual assistance in criminal matters
- Article 89 – Co-operation
- Article 90 – International Fact-Finding Commission
- Article 91 – Responsibility

Part VI

Final Provisions

- Article 92 – Signature
- Article 93 – Ratification
- Article 94 – Accession
- Article 95 – Entry into force
- Article 96 – Treaty relations upon entry into force of this Protocol
- Article 97 – Amendment
- Article 98 – Revision of Annex I
- Article 99 – Denunciation
- Article 100 – Notifications
- Article 101 – Registration
- Article 102 – Authentic texts

Annex I

Regulations Concerning Identification

Chapter I: Identity cards

- Article 1 – Identity card for permanent civilian medical and religious personnel
- Article 2 – Identity card for temporary civilian medical and religious personnel

Chapter II: The distinctive emblem

- Article 3 – Shape and nature
- Article 4 – Use

Chapter III: Distinctive signals

- Article 5 – Optional use
- Article 6 – Light signal
- Article 7 – Radio signal
- Article 8 – Electronic identification

## Chapter IV: Communications

Article 9 – Radiocommunications

Article 10 – Use of international codes

Article 11 – Other means of communication

Article 12 – Flight plans

Article 13 – Signals and procedures for the interception of medical aircraft

## Chapter V: Civil defence

Article 14 – Identity card

Article 15 – International distinctive sign

## Chapter VI: Works and installations containing dangerous forces

Article 16 – International special sign

## Annex II

Identity card for journalists on dangerous professional missions

## Preamble

*The High Contracting Parties,**Proclaiming* their earnest wish to see peace prevail among peoples,*Recalling* that every State has the duty, in conformity with the Charter of the United Nations, to refrain in its international relations from the threat or use of force against the sovereignty, territorial integrity or political independence of any State, or in any other manner inconsistent with the purposes of the United Nations,*Believing* it necessary nevertheless to reaffirm and develop the provisions protecting the victims of armed conflicts and to supplement measures intended to reinforce their application,*Expressing* their conviction that nothing in this Protocol or in the Geneva Conventions of 12 August 1949 can be construed as legitimizing or authorizing any act of aggression or any other use of force inconsistent with the Charter of the United Nations,*Reaffirming* further that the provisions of the Geneva Conventions of 12 August 1949 and of this Protocol must be fully applied in all circumstances to all persons who are protected by those instruments, without any adverse distinction based on the nature or origin of the armed conflict or on the causes espoused by or attributed to the Parties to the conflict,*Have agreed* on the following:

## Part I General Provisions

### *Article 1 – General principles and scope of application*

1. The High Contracting Parties undertake to respect and to ensure respect for this Protocol in all circumstances.

2. In cases not covered by this Protocol or by other international agreements, civilians and combatants remain under the protection and authority of the principles of international law derived from established custom, from the principles of humanity and from the dictates of public conscience.

3. This Protocol, which supplements the Geneva Conventions of 12 August 1949 for the protection of war victims, shall apply in the situations referred to in Article 2 common to those Conventions.

4. The situations referred to in the preceding paragraph include armed conflicts in which peoples are fighting against colonial domination and alien occupation and against racist régimes in the exercise of their right of self-determination, as enshrined in the Charter of the United Nations and the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Co-operation among States in accordance with the Charter of the United Nations.

### *Article 2 – Definitions*

For the purposes of this Protocol:

(a) “First Convention”, “Second Convention”, “Third Convention” and “Fourth Convention” mean, respectively, the Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded and Sick in Armed Forces in the Field of 12 August 1949; the Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of Wounded, Sick and Shipwrecked Members of Armed Forces at Sea of 12 August 1949; the Geneva Convention relative to the Treatment of Prisoners of War of 12 August 1949; the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War of 12 August 1949; “the Conventions” means the four Geneva Conventions of 12 August 1949 for the protection of war victims;

(b) “rules of international law applicable in armed conflict” means the rules applicable in armed conflict set forth in international agreements to which the Parties to the conflict are Parties and the generally recognized principles and rules of international law which are applicable to armed conflict;

(c) “Protecting Power” means a neutral or other State not a Party to the conflict which has been designated by a Party to the conflict and accepted by the adverse Party and has agreed to carry out the functions assigned to a Protecting Power under the Conventions and this Protocol;

(d) “substitute” means an organization acting in place of a Protecting Power in accordance with Article 5.

*Article 3 – Beginning and end of application*

Without prejudice to the provisions which are applicable at all times:

(a) the Conventions and this Protocol shall apply from the beginning of any situation referred to in Article 1 of this Protocol;

(b) the application of the Conventions and of this Protocol shall cease, in the territory of Parties to the conflict, on the general close of military operations and, in the case of occupied territories, on the termination of the occupation, except, in either circumstance, for those persons whose final release, repatriation or re-establishment takes place thereafter. These persons shall continue to benefit from the relevant provisions of the Conventions and of this Protocol until their final release, repatriation or re-establishment.

*Article 4 – Legal status of the Parties to the conflict*

The application of the Conventions and of this Protocol, as well as the conclusion of the agreements provided for therein, shall not affect the legal status of the Parties to the conflict. Neither the occupation of a territory nor the application of the Conventions and this Protocol shall affect the legal status of the territory in question.

*Article 5 – Appointment of Protecting Powers and of their substitute*

1. It is the duty of the Parties to a conflict from the beginning of that conflict to secure the supervision and implementation of the Conventions and of this Protocol by the application of the system of Protecting Powers, including *inter alia* the designation and acceptance of those Powers, in accordance with the following paragraphs. Protecting Powers shall have the duty of safeguarding the interests of the Parties to the conflict.

2. From the beginning of a situation referred to in Article 1, each Party to the conflict shall without delay designate a Protecting Power for the purpose of applying the Conventions and this Protocol and shall, likewise without delay and for the same purpose, permit the activities of a Protecting Power which has been accepted by it as such after designation by the adverse Party.

3. If a Protecting Power has not been designated or accepted from the beginning of a situation referred to in Article 1, the International Committee of the Red Cross, without prejudice to the right of any other impartial humanitarian organization to do likewise, shall offer its good offices to the Parties to the conflict with a view to the designation without delay of a Protecting Power to which the Parties to the conflict consent. For that purpose it may, *inter alia*, ask each Party to provide it with a list of at least five States which that Party considers acceptable to act as Protecting Power on its behalf in relation to an adverse Party, and ask each adverse Party to provide a list of at least five States which it would accept as the Protecting Power of the first Party; these lists shall be communicated to the Committee within

two weeks after the receipt of the request; it shall compare them and seek the agreement of any proposed State named on both lists.

4. If, despite the foregoing, there is no Protecting Power, the Parties to the conflict shall accept without delay an offer which may be made by the International Committee of the Red Cross or by any other organization which offers all guarantees of impartiality and efficacy, after due consultations with the said Parties and taking into account the result of these consultations, to act as a substitute. The functioning of such a substitute is subject to the consent of the Parties to the conflict; every effort shall be made by the Parties to the conflict to facilitate the operations of the substitute in the performance of its tasks under the Conventions and this Protocol.

5. In accordance with Article 4, the designation and acceptance of Protecting Powers for the purpose of applying the Conventions and this Protocol shall not affect the legal status of the Parties to the conflict or of any territory, including occupied territory.

6. The maintenance of diplomatic relations between Parties to the conflict or the entrusting of the protection of a Party's interests and those of its nationals to a third State in accordance with the rules of international law relating to diplomatic relations is no obstacle to the designation of Protecting Powers for the purpose of applying the Conventions and this Protocol.

7. Any subsequent mention in this Protocol of a Protecting Power includes also a substitute.

#### *Article 6 – Qualified persons*

1. The High Contracting Parties shall, also in peacetime, endeavour, with the assistance of the national Red Cross (Red Crescent, Red Lion and Sun) Societies, to train qualified personnel to facilitate the application of the Conventions and of this Protocol, and in particular the activities of the Protecting Powers.

2. The recruitment and training of such personnel are within domestic jurisdiction.

3. The International Committee of the Red Cross shall hold at the disposal of the High Contracting Parties the lists of persons so trained which the High Contracting Parties may have established and may have transmitted to it for that purpose.

4. The conditions governing the employment of such personnel outside the national territory shall, in each case, be the subject of special agreements between the Parties concerned.

#### *Article 7 – Meetings*

The depositary of this Protocol shall convene a meeting of the High Contracting Parties, at the request of one or more of the said Parties and upon the approval of the majority of the said Parties, to consider general problems concerning the application of the Conventions and of the Protocol.

**Part II**  
**Wounded, Sick and Shipwrecked**  
**Section I: General Protection**

*Article 8 – Terminology*

For the purposes of this Protocol:

(a) “wounded” and “sick” mean persons, whether military or civilian, who, because of trauma, disease or other physical or mental disorder or disability, are in need of medical assistance or care and who refrain from any act of hostility. These terms also cover maternity cases, new-born babies and other persons who may be in need of immediate medical assistance or care, such as the infirm or expectant mothers, and who refrain from any act of hostility;

(b) “shipwrecked” means persons, whether military or civilian, who are in peril at sea or in other waters as a result of misfortune affecting them or the vessel or aircraft carrying them and who refrain from any act of hostility. These persons, provided that they continue to refrain from any act of hostility, shall continue to be considered shipwrecked during their rescue until they acquire another status under the Conventions or this Protocol;

(c) “medical personnel” means those persons assigned, by a Party to the conflict, exclusively to the medical purposes enumerated under sub-paragraph (e) or to the administration of medical units or to the operation or administration of medical transports. Such assignments may be either permanent or temporary. The term includes:

- (i) medical personnel of a Party to the conflict, whether military or civilian, including those described in the First and Second Conventions, and those assigned to civil defence organizations;
- (ii) medical personnel of national Red Cross (Red Crescent, Red Lion and Sun) Societies and other national voluntary aid societies duly recognized and authorized by a Party to the conflict;
- (iii) medical personnel of medical units or medical transports described in Article 9, paragraph 2;

(d) “religious personnel” means military or civilian persons, such as chaplains, who are exclusively engaged in the work of their ministry and attached:

- (i) to the armed forces of a Party to the conflict;
- (ii) to medical units or medical transports of a Party to the conflict;
- (iii) to medical units or medical transports described in Article 9, paragraph 2; or
- (iv) to civil defence organizations of a Party to the conflict.

The attachment of religious personnel may be either permanent or temporary, and the relevant provisions mentioned under sub-paragraph (k) apply to them;

(e) “medical units” means establishments and other units, whether military or civilian, organized for medical purposes, namely the search for, collection, transportation, diagnosis or treatment – including first-aid treatment – of the wounded, sick and shipwrecked, or for the prevention of disease. The term

includes, for example, hospitals and other similar units, blood transfusion centres, preventive medicine centres and institutes, medical depots and the medical and pharmaceutical stores of such units. Medical units may be fixed or mobile, permanent or temporary;

(f) "medical transportation" means the conveyance by land, water or air of the wounded, sick, shipwrecked, medical personnel, religious personnel, medical equipment or medical supplies protected by the Conventions and by this Protocol;

(g) "medical transports" means any means of transportation, whether military or civilian, permanent or temporary, assigned exclusively to medical transportation and under the control of a competent authority of a Party to the conflict;

(h) "medical vehicles" means any medical transports by land;

(i) "medical ships and craft" means any medical transports by water;

(j) "medical aircraft" means any medical transports by air;

(k) "permanent medical personnel", "permanent medical units" and "permanent medical transports" mean those assigned exclusively to medical purposes for an indeterminate period. "Temporary medical personnel", "temporary medical units" and "temporary medical transports" mean those devoted exclusively to medical purposes for limited periods during the whole of such periods. Unless otherwise specified, the terms "medical personnel", "medical units" and "medical transports" cover both permanent and temporary categories;

(l) "distinctive emblem" means the distinctive emblem of the red cross, red crescent or red lion and sun on a white ground when used for the protection of medical units and transports, or medical and religious personnel, equipment or supplies;

(m) "distinctive signal" means any signal or message specified for the identification exclusively of medical units or transports in Chapter III of Annex I to this Protocol.

#### *Article 9 – Field of application*

1. This Part, the provisions of which are intended to ameliorate the condition of the wounded, sick and shipwrecked, shall apply to all those affected by a situation referred to in Article 1, without any adverse distinction founded on race, colour, sex, language, religion or belief, political or other opinion, national or social origin, wealth, birth or other status, or on any other similar criteria.

2. The relevant provisions of Articles 27 and 32 of the First Convention shall apply to permanent medical units and transports (other than hospital ships, to which Article 25 of the Second Convention applies) and their personnel made available to a Party to the conflict for humanitarian purposes:

(a) by a neutral or other State which is not a Party to that conflict;

(b) by a recognized and authorized aid society of such a State;

(c) by an impartial international humanitarian organization.

*Article 10 – Protection and care*

1. All the wounded, sick and shipwrecked, to whichever Party they belong, shall be respected and protected.

2. In all circumstances they shall be treated humanely and shall receive, to the fullest extent practicable and with the least possible delay, the medical care and attention required by their condition. There shall be no distinction among them founded on any grounds other than medical ones.

*Article 11 – Protection of persons*

1. The physical or mental health and integrity of persons who are in the power of the adverse Party or who are interned, detained or otherwise deprived of liberty as a result of a situation referred to in Article 1 shall not be endangered by any unjustified act or omission. Accordingly, it is prohibited to subject the persons described in this Article to any medical procedure which is not indicated by the state of health of the person concerned and which is not consistent with generally accepted medical standards which would be applied under similar medical circumstances to persons who are nationals of the Party conducting the procedure and who are in no way deprived of liberty.

2. It is, in particular, prohibited to carry out on such persons, even with their consent:

- (a) physical mutilations;
- (b) medical or scientific experiments;
- (c) removal of tissue or organs for transplantation,

except where these acts are justified in conformity with the conditions provided for in paragraph 1.

3. Exceptions to the prohibition in paragraph 2 (c) may be made only in the case of donations of blood for transfusion or of skin for grafting, provided that they are given voluntarily and without any coercion or inducement, and then only for therapeutic purposes, under conditions consistent with generally accepted medical standards and controls designed for the benefit of both the donor and the recipient.

4. Any wilful act or omission which seriously endangers the physical or mental health or integrity of any person who is in the power of a Party other than the one on which he depends and which either violates any of the prohibitions in paragraphs 1 and 2 or fails to comply with the requirements of paragraph 3 shall be a grave breach of this Protocol.

5. The persons described in paragraph 1 have the right to refuse any surgical operation. In case of refusal, medical personnel shall endeavour to obtain a written statement to that effect, signed or acknowledged by the patient.

6. Each Party to the conflict shall keep a medical record for every donation of blood for transfusion or skin for grafting by persons referred to in paragraph 1, if that donation is made under the responsibility of that Party. In addition, each Party to the conflict shall endeavour to keep a record of all medical

procedures undertaken with respect to any person who is interned, detained or otherwise deprived of liberty as a result of a situation referred to in Article 1. These records shall be available at all times for inspection by the Protecting Power.

*Article 12 – Protection of medical units*

1. Medical units shall be respected and protected at all times and shall not be the object of attack.

2. Paragraph 1 shall apply to civilian medical units, provided that they:

(a) belong to one of the Parties to the conflict;

(b) are recognized and authorized by the competent authority of one of the Parties to the conflict; or

(c) are authorized in conformity with Article 9, paragraph 2, of this Protocol or Article 27 of the First Convention.

3. The Parties to the conflict are invited to notify each other of the location of their fixed medical units. The absence of such notification shall not exempt any of the Parties from the obligation to comply with the provisions of paragraph 1.

4. Under no circumstances shall medical units be used in an attempt to shield military objectives from attack. Whenever possible, the Parties to the conflict shall ensure that medical units are so sited that attacks against military objectives do not imperil their safety.

*Article 13 – Discontinuance of protection of civilian medical units*

1. The protection to which civilian medical units are entitled shall not cease unless they are used to commit, outside their humanitarian function, acts harmful to the enemy. Protection may, however, cease only after a warning has been given setting, whenever appropriate, a reasonable time-limit, and after such warning has remained unheeded.

2. The following shall not be considered as acts harmful to the enemy:

(a) that the personnel of the unit are equipped with light individual weapons for their own defence or for that of the wounded and sick in their charge;

(b) that the unit is guarded by a picket or by sentries or by an escort;

(c) that small-arms and ammunition taken from the wounded and sick, and not yet handed to the proper service, are found in the units;

(d) that members of the armed forces or other combatants are in the unit for medical reasons.

*Article 14 – Limitations on requisition of civilian medical units*

1. The Occupying Power has the duty to ensure that the medical needs of the civilian population in occupied territory continue to be satisfied.

2. The Occupying Power shall not, therefore, requisition civilian medical units, their equipment, their *matériel* or the services of their personnel, so

<sup>7</sup> ZaöRV 38/1-2

long as these resources are necessary for the provision of adequate medical services for the civilian population and for the continuing medical care of any wounded and sick already under treatment.

3. Provided that the general rule in paragraph 2 continues to be observed, the Occupying Power may requisition the said resources, subject to the following particular conditions:

(a) that the resources are necessary for the adequate and immediate medical treatment of the wounded and sick members of the armed forces of the Occupying Power or of prisoners of war;

(b) that the requisition continues only while such necessity exists; and

(c) that immediate arrangements are made to ensure that the medical needs of the civilian population, as well as those of any wounded and sick under treatment who are affected by the requisition, continue to be satisfied.

*Article 15 – Protection of civilian medical and religious personnel*

1. Civilian medical personnel shall be respected and protected.

2. If needed, all available help shall be afforded to civilian medical personnel in an area where civilian medical services are disrupted by reason of combat activity.

3. The Occupying Power shall afford civilian medical personnel in occupied territories every assistance to enable them to perform, to the best of their ability, their humanitarian functions. The Occupying Power may not require that, in the performance of those functions, such personnel shall give priority to the treatment of any person except on medical grounds. They shall not be compelled to carry out tasks which are not compatible with their humanitarian mission.

4. Civilian medical personnel shall have access to any place where their services are essential, subject to such supervisory and safety measures as the relevant Party to the conflict may deem necessary.

5. Civilian religious personnel shall be respected and protected. The provisions of the Conventions and of this Protocol concerning the protection and identification of medical personnel shall apply equally to such persons.

*Article 16 – General protection of medical duties*

1. Under no circumstances shall any person be punished for carrying out medical activities compatible with medical ethics, regardless of the person benefiting therefrom.

2. Persons engaged in medical activities shall not be compelled to perform acts or to carry out work contrary to the rules of medical ethics or to other medical rules designed for the benefit of the wounded and sick or to the provisions of the Conventions or of this Protocol, or to refrain from performing acts or from carrying out work required by those rules and provisions.

3. No person engaged in medical activities shall be compelled to give to anyone belonging either to an adverse Party, or to his own Party except as required by the law of the latter Party, any information concerning the wounded and sick who are, or who have been, under his care, if such information would, in his opinion, prove harmful to the patients concerned or to their families. Regulations for the compulsory notification of communicable diseases shall, however, be respected.

*Article 17 – Role of the civilian population and of aid societies*

1. The civilian population shall respect the wounded, sick and shipwrecked, even if they belong to the adverse Party, and shall commit no act of violence against them. The civilian population and aid societies, such as national Red Cross (Red Crescent, Red Lion and Sun) Societies, shall be permitted, even on their own initiative, to collect and care for the wounded, sick and shipwrecked, even in invaded or occupied areas. No one shall be harmed, prosecuted, convicted or punished for such humanitarian acts.

2. The Parties to the conflict may appeal to the civilian population and the aid societies referred to in paragraph 1 to collect and care for the wounded, sick and shipwrecked, and to search for the dead and report their location; they shall grant both protection and the necessary facilities to those who respond to this appeal. If the adverse Party gains or regains control of the area, that Party also shall afford the same protection and facilities for so long as they are needed.

*Article 18 – Identification*

1. Each Party to the conflict shall endeavour to ensure that medical and religious personnel and medical units and transports are identifiable.

2. Each Party to the conflict shall also endeavour to adopt and to implement methods and procedures which will make it possible to recognize medical units and transports which use the distinctive emblem and distinctive signals.

3. In occupied territory and in areas where fighting is taking place or is likely to take place, civilian medical personnel and civilian religious personnel should be recognizable by the distinctive emblem and an identity card certifying their status.

4. With the consent of the competent authority, medical units and transports shall be marked by the distinctive emblem. The ships and craft referred to in Article 22 of this Protocol shall be marked in accordance with the provisions of the Second Convention.

5. In addition to the distinctive emblem, a Party to the conflict may, as provided in Chapter III of Annex I to this Protocol, authorize the use of distinctive signals to identify medical units and transports. Exceptionally, in the special cases covered in that Chapter, medical transports may use distinctive signals without displaying the distinctive emblem.

6. The application of the provisions of paragraphs 1 to 5 of this Article is governed by Chapters I to III of Annex I to this Protocol. Signals designated in Chapter III of the Annex for the exclusive use of medical units and transports shall not, except as provided therein, be used for any purpose other than to identify the medical units and transports specified in that Chapter.

7. This Article does not authorize any wider use of the distinctive emblem in peacetime than is prescribed in Article 44 of the First Convention.

8. The provisions of the Conventions and of this Protocol relating to supervision of the use of the distinctive emblem and to the prevention and repression of any misuse thereof shall be applicable to distinctive signals.

*Article 19 – Neutral and other States not Parties to the conflict*

Neutral and other States not Parties to the conflict shall apply the relevant provisions of this Protocol to persons protected by this Part who may be received or interned within their territory, and to any dead of the Parties to that conflict whom they may find.

*Article 20 – Prohibition of reprisals*

Reprisals against the persons and objects protected by this Part are prohibited.

Section II: Medical Transportation

*Article 21 – Medical vehicles*

Medical vehicles shall be respected and protected in the same way as mobile medical units under the Conventions and this Protocol.

*Article 22 – Hospital ships and coastal rescue craft*

1. The provisions of the Conventions relating to:

- (a) vessels described in Articles 22, 24, 25 and 27 of the Second Convention,
- (b) their lifeboats and small craft,
- (c) their personnel and crews, and
- (d) the wounded, sick and shipwrecked on board,

shall also apply where these vessels carry civilian wounded, sick and shipwrecked who do not belong to any of the categories mentioned in Article 13 of the Second Convention. Such civilians shall not, however, be subject to surrender to any Party which is not their own, or to capture at sea. If they find themselves in the power of a Party to the conflict other than their own they shall be covered by the Fourth Convention and by this Protocol.

2. The protection provided by the Conventions to vessels described in Article 25 of the Second Convention shall extend to hospital ships made available for humanitarian purposes to a Party to the conflict:

(a) by a neutral or other State which is not a Party to that conflict; or  
(b) by an impartial international humanitarian organization,  
provided that, in either case, the requirements set out in that Article are complied with.

3. Small craft described in Article 27 of the Second Convention shall be protected even if the notification envisaged by that Article has not been made. The Parties to the conflict are, nevertheless, invited to inform each other of any details of such craft which will facilitate their identification and recognition.

*Article 23 — Other medical ships and craft*

1. Medical ships and craft other than those referred to in Article 22 of this Protocol and Article 38 of the Second Convention shall, whether at sea or in other waters, be respected and protected in the same way as mobile medical units under the Conventions and this Protocol. Since this protection can only be effective if they can be identified and recognized as medical ships or craft, such vessels should be marked with the distinctive emblem and as far as possible comply with the second paragraph of Article 43 of the Second Convention.

2. The ships and craft referred to in paragraph 1 shall remain subject to the laws of war. Any warship on the surface able immediately to enforce its command may order them to stop, order them off, or make them take a certain course, and they shall obey every such command. Such ships and craft may not in any other way be diverted from their medical mission so long as they are needed for the wounded, sick and shipwrecked on board.

3. The protection provided in paragraph 1 shall cease only under the conditions set out in Articles 34 and 35 of the Second Convention. A clear refusal to obey a command given in accordance with paragraph 2 shall be an act harmful to the enemy under Article 34 of the Second Convention.

4. A Party to the conflict may notify any adverse Party as far in advance of sailing as possible of the name, description, expected time of sailing, course and estimated speed of the medical ship or craft, particularly in the case of ships of over 2,000 gross tons, and may provide any other information which would facilitate identification and recognition. The adverse Party shall acknowledge receipt of such information.

5. The provisions of Article 37 of the Second Convention shall apply to medical and religious personnel in such ships and craft.

6. The provisions of the Second Convention shall apply to the wounded, sick and shipwrecked belonging to the categories referred to in Article 13 of the Second Convention and in Article 44 of this Protocol who may be on board such medical ships and craft. Wounded, sick and shipwrecked civilians who do not belong to any of the categories mentioned in Article 13 of the Second Convention shall not be subject, at sea, either to surrender to any Party which is not their own, or to removal from such ships or craft; if they find themselves in the power of a Party to the conflict other than their own, they shall be covered by the Fourth Convention and by this Protocol.

*Article 24 – Protection of medical aircraft*

Medical aircraft shall be respected and protected, subject to the provisions of this Part.

*Article 25 – Medical aircraft in areas not controlled by an adverse Party*

In and over land areas physically controlled by friendly forces, or in and over sea areas not physically controlled by an adverse Party, the respect and protection of medical aircraft of a Party to the conflict is not dependent on any agreement with an adverse Party. For greater safety, however, a Party to the conflict operating its medical aircraft in these areas may notify the adverse Party, as provided in Article 29, in particular when such aircraft are making flights bringing them within range of surface-to-air weapons systems of the adverse Party.

*Article 26 – Medical aircraft in contact or similar zones*

1. In and over those parts of the contact zone which are physically controlled by friendly forces and in and over those areas the physical control of which is not clearly established, protection for medical aircraft can be fully effective only by prior agreement between the competent military authorities of the Parties to the conflict, as provided for in Article 29. Although, in the absence of such an agreement, medical aircraft operate at their own risk, they shall nevertheless be respected after they have been recognized as such.

2. “Contact zone” means any area on land where the forward elements of opposing forces are in contact with each other, especially where they are exposed to direct fire from the ground.

*Article 27 – Medical aircraft in areas controlled by an adverse Party*

1. The medical aircraft of a Party to the conflict shall continue to be protected while flying over land or sea areas physically controlled by an adverse Party, provided that prior agreement to such flights has been obtained from the competent authority of that adverse Party.

2. A medical aircraft which flies over an area physically controlled by an adverse Party without, or in deviation from the terms of, an agreement provided for in paragraph 1, either through navigational error or because of an emergency affecting the safety of the flight, shall make every effort to identify itself and to inform the adverse Party of the circumstances. As soon as such medical aircraft has been recognized by the adverse Party, that Party shall make all reasonable efforts to give the order to land or to alight on water, referred to in Article 30, paragraph 1, or to take other measures to safeguard its own interests, and, in either case, to allow the aircraft time for compliance, before resorting to an attack against the aircraft.

*Article 28 – Restrictions on operations of medical aircraft*

1. The Parties to the conflict are prohibited from using their medical aircraft to attempt to acquire any military advantage over an adverse Party. The presence of medical aircraft shall not be used in an attempt to render military objectives immune from attack.

2. Medical aircraft shall not be used to collect or transmit intelligence data and shall not carry any equipment intended for such purposes. They are prohibited from carrying any persons or cargo not included within the definition in Article 8, sub-paragraph (f). The carrying on board of the personal effects of the occupants or of equipment intended solely to facilitate navigation, communication or identification shall not be considered as prohibited.

3. Medical aircraft shall not carry any armament except small-arms and ammunition taken from the wounded, sick and shipwrecked on board and not yet handed to the proper service, and such light individual weapons as may be necessary to enable the medical personnel on board to defend themselves and the wounded, sick and shipwrecked in their charge.

4. While carrying out the flights referred to in Articles 26 and 27, medical aircraft shall not, except by prior agreement with the adverse Party, be used to search for the wounded, sick and shipwrecked.

*Article 29 – Notifications and agreements concerning medical aircraft*

1. Notifications under Article 25, or requests for prior agreement under Articles 26, 27, 28 (paragraph 4), or 31 shall state the proposed number of medical aircraft, their flight plans and means of identification, and shall be understood to mean that every flight will be carried out in compliance with Article 28.

2. A Party which receives a notification given under Article 25 shall at once acknowledge receipt of such notification.

3. A Party which receives a request for prior agreement under Articles 26, 27, 28 (paragraph 4), or 31 shall, as rapidly as possible, notify the requesting Party:

(a) that the request is agreed to;

(b) that the request is denied; or

(c) of reasonable alternative proposals to the request. It may also propose a prohibition or restriction of other flights in the area during the time involved. If the Party which submitted the request accepts the alternative proposals, it shall notify the other Party of such acceptance.

4. The Parties shall take the necessary measures to ensure that notifications and agreements can be made rapidly.

5. The Parties shall also take the necessary measures to disseminate rapidly the substance of any such notifications and agreements to the military units concerned and shall instruct those units regarding the means of identification that will be used by the medical aircraft in question.

*Article 30 – Landing and inspection of medical aircraft*

1. Medical aircraft flying over areas which are physically controlled by an adverse Party, or over areas the physical control of which is not clearly established, may be ordered to land or to alight on water, as appropriate, to permit inspection in accordance with the following paragraphs. Medical aircraft shall obey any such order.

2. If such an aircraft lands or alights on water, whether ordered to do so or for other reasons, it may be subjected to inspection solely to determine the matters referred to in paragraphs 3 and 4. Any such inspection shall be commenced without delay and shall be conducted expeditiously. The inspecting Party shall not require the wounded and sick to be removed from the aircraft unless their removal is essential for the inspection. That Party shall in any event ensure that the condition of the wounded and sick is not adversely affected by the inspection or by the removal.

3. If the inspection discloses that the aircraft:

(a) is a medical aircraft within the meaning of Article 8, sub-paragraph (j),

(b) is not in violation of the conditions prescribed in Article 28, and

(c) has not flown without or in breach of a prior agreement where such agreement is required,

the aircraft and those of its occupants who belong to the adverse Party or to a neutral or other State not a Party to the conflict shall be authorized to continue the flight without delay.

4. If the inspection discloses that the aircraft:

(a) is not a medical aircraft within the meaning of Article 8, sub-paragraph (j)<sup>1)</sup>,

(b) is in violation of the conditions prescribed in Article 28, or

(c) has flown without or in breach of a prior agreement where such agreement is required,

the aircraft may be seized. Its occupants shall be treated in conformity with the relevant provisions of the Conventions and of this Protocol. Any aircraft seized which had been assigned as a permanent medical aircraft may be used thereafter only as a medical aircraft.

*Article 31 – Neutral or other States not Parties to the conflict*

1. Except by prior agreement, medical aircraft shall not fly over or land in the territory of a neutral or other State not a Party to the conflict. However, with such an agreement, they shall be respected throughout their flight and also for the duration of any calls in the territory. Nevertheless they shall obey any summons to land or to alight on water, as appropriate.

<sup>1)</sup> Der vom Eidgenössischen Politischen Departement beglaubigte Text lautet "sub-paragraph (f)". Es handelt sich um ein offensichtliches Versehen bei der technischen Schlußredaktion des Querverweises. Die Texte in den anderen Sprachen lauten wie oben.

2. Should a medical aircraft, in the absence of an agreement or in deviation from the terms of an agreement, fly over the territory of a neutral or other State not a Party to the conflict, either through navigational error or because of an emergency affecting the safety of the flight, it shall make every effort to give notice of the flight and to identify itself. As soon as such medical aircraft is recognized, that State shall make all reasonable efforts to give the order to land or to alight on water referred to in Article 30, paragraph 1, or to take other measures to safeguard its own interests, and, in either case, to allow the aircraft time for compliance, before resorting to an attack against the aircraft.

3. If a medical aircraft, either by agreement or in the circumstances mentioned in paragraph 2, lands or alights on water in the territory of a neutral or other State not Party to the conflict, whether ordered to do so or for other reasons, the aircraft shall be subject to inspection for the purposes of determining whether it is in fact a medical aircraft. The inspection shall be commenced without delay and shall be conducted expeditiously. The inspecting Party shall not require the wounded and sick of the Party operating the aircraft to be removed from it unless their removal is essential for the inspection. The inspecting Party shall in any event ensure that the condition of the wounded and sick is not adversely affected by the inspection or the removal. If the inspection discloses that the aircraft is in fact a medical aircraft, the aircraft with its occupants, other than those who must be detained in accordance with the rules of international law applicable in armed conflict, shall be allowed to resume its flight, and reasonable facilities shall be given for the continuation of the flight. If the inspection discloses that the aircraft is not a medical aircraft, it shall be seized and the occupants treated in accordance with paragraph 4.

4. The wounded, sick and shipwrecked disembarked, otherwise than temporarily, from a medical aircraft with the consent of the local authorities in the territory of a neutral or other State not a Party to the conflict shall, unless agreed otherwise between that State and the Parties to the conflict, be detained by that State where so required by the rules of international law applicable in armed conflict, in such a manner that they cannot again take part in the hostilities. The cost of hospital treatment and internment shall be borne by the State to which those persons belong.

5. Neutral or other States not Parties to the conflict shall apply any conditions and restrictions on the passage of medical aircraft over, or on the landing of medical aircraft in, their territory equally to all Parties to the conflict.

### Section III: Missing and Dead Persons

#### *Article 32 — General principle*

In the implementation of this Section, the activities of the High Contracting Parties, of the Parties to the conflict and of the international humanitarian organizations mentioned in the Conventions and in this Protocol shall be prompted mainly by the right of families to know the fate of their relatives.

*Article 33 – Missing persons*

1. As soon as circumstances permit, and at the latest from the end of active hostilities, each Party to the conflict shall search for the persons who have been reported missing by an adverse Party. Such adverse Party shall transmit all relevant information concerning such persons in order to facilitate such searches.

2. In order to facilitate the gathering of information pursuant to the preceding paragraph, each Party to the conflict shall, with respect to persons who would not receive more favourable consideration under the Conventions and this Protocol:

(a) record the information specified in Article 138 of the Fourth Convention in respect of such persons who have been detained, imprisoned or otherwise held in captivity for more than two weeks as a result of hostilities or occupation, or who have died during any period of detention;

(b) to the fullest extent possible, facilitate and, if need be, carry out the search for and the recording of information concerning such persons if they have died in other circumstances as a result of hostilities or occupation.

3. Information concerning persons reported missing pursuant to paragraph 1 and requests for such information shall be transmitted either directly or through the Protecting Power or the Central Tracing Agency of the International Committee of the Red Cross or national Red Cross (Red Crescent, Red Lion and Sun) Societies. Where the information is not transmitted through the International Committee of the Red Cross and its Central Tracing Agency, each Party to the conflict shall ensure that such information is also supplied to the Central Tracing Agency.

4. The Parties to the conflict shall endeavour to agree on arrangements for teams to search for, identify and recover the dead from battlefield areas, including arrangements, if appropriate, for such teams to be accompanied by personnel of the adverse Party while carrying out these missions in areas controlled by the adverse Party. Personnel of such teams shall be respected and protected while exclusively carrying out these duties.

*Article 34 – Remains of deceased*

1. The remains of persons who have died for reasons related to occupation or in detention resulting from occupation or hostilities and those of persons not nationals of the country in which they have died as a result of hostilities shall be respected, and the gravesites of all such persons shall be respected, maintained and marked as provided for in Article 130 of the Fourth Convention, where their remains or gravesites would not receive more favourable consideration under the Conventions and this Protocol.

2. As soon as circumstances and the relations between the adverse Parties permit, the High Contracting Parties in whose territories graves and, as the case may be, other locations of the remains of persons who have died as

a result of hostilities or during occupation or in detention are situated, shall conclude agreements in order:

(a) to facilitate access to the gravesites by relatives of the deceased and by representatives of official graves registration services and to regulate the practical arrangements for such access;

(b) to protect and maintain such gravesites permanently;

(c) to facilitate the return of the remains of the deceased and of personal effects to the home country upon its request or, unless that country objects, upon the request of the next of kin.

3. In the absence of the agreements provided for in paragraph 2 (b) or (c) and if the home country of such deceased is not willing to arrange at its expense for the maintenance of such gravesites, the High Contracting Party in whose territory the gravesites are situated may offer to facilitate the return of the remains of the deceased to the home country. Where such an offer has not been accepted the High Contracting Party may, after the expiry of five years from the date of the offer and upon due notice to the home country, adopt the arrangements laid down in its own laws relating to cemeteries and graves.

4. A High Contracting Party in whose territory the gravesites referred to in this Article are situated shall be permitted to exhume the remains only:

(a) in accordance with paragraphs 2 (c) and 3, or

(b) where exhumation is a matter of overriding public necessity, including cases of medical and investigative necessity, in which case the High Contracting Party shall at all times respect the remains, and shall give notice to the home country of its intention to exhume the remains together with details of the intended place of reinterment.

### Part III

#### Methods and Means of Warfare Combatant and Prisoner-of-War Status

##### Section I: Methods and Means of Warfare

###### *Article 35 – Basic rules*

1. In any armed conflict, the right of the Parties to the conflict to choose methods or means of warfare is not unlimited.

2. It is prohibited to employ weapons, projectiles and material and methods of warfare of a nature to cause superfluous injury or unnecessary suffering.

3. It is prohibited to employ methods or means of warfare which are intended, or may be expected, to cause widespread, long-term and severe damage to the natural environment.

*Article 36 – New weapons*

In the study, development, acquisition or adoption of a new weapon, means or method of warfare, a High Contracting Party is under an obligation to determine whether its employment would, in some or all circumstances, be prohibited by this Protocol or by any other rule of international law applicable to the High Contracting Party.

*Article 37 – Prohibition of perfidy*

1. It is prohibited to kill, injure or capture an adversary by resort to perfidy. Acts inviting the confidence of an adversary to lead him to believe that he is entitled to, or is obliged to accord, protection under the rules of international law applicable in armed conflict, with intent to betray that confidence, shall constitute perfidy. The following acts are examples of perfidy:

(a) the feigning of an intent to negotiate under a flag of truce or of a surrender;

(b) the feigning of an incapacitation by wounds or sickness;

(c) the feigning of civilian, non-combatant status; and

(d) the feigning of protected status by the use of signs, emblems or uniforms of the United Nations or of neutral or other States not Parties to the conflict.

2. Ruses of war are not prohibited. Such ruses are acts which are intended to mislead an adversary or to induce him to act recklessly but which infringe no rule of international law applicable in armed conflict and which are not perfidious because they do not invite the confidence of an adversary with respect to protection under that law. The following are examples of such ruses: the use of camouflage, decoys, mock operations and misinformation.

*Article 38 – Recognized emblems*

1. It is prohibited to make improper use of the distinctive emblem of the red cross, red crescent or red lion and sun or of other emblems, signs or signals provided for by the Conventions or by this Protocol. It is also prohibited to misuse deliberately in an armed conflict other internationally recognized protective emblems, signs or signals, including the flag of truce, and the protective emblem of cultural property.

2. It is prohibited to make use of the distinctive emblem of the United Nations, except as authorized by that Organization.

*Article 39 – Emblems of nationality*

1. It is prohibited to make use in an armed conflict of the flags or military emblems, insignia or uniforms of neutral or other States not Parties to the conflict.

2. It is prohibited to make use of the flags or military emblems, insignia or uniforms of adverse Parties while engaging in attacks or in order to shield, favour, protect or impede military operations.

3. Nothing in this Article or in Article 37, paragraph 1 (d), shall affect the existing generally recognized rules of international law applicable to espionage or to the use of flags in the conduct of armed conflict at sea.

*Article 40 – Quarter*

It is prohibited to order that there shall be no survivors, to threaten an adversary therewith or to conduct hostilities on this basis.

*Article 41 – Safeguard of an enemy hors de combat*

1. A person who is recognized or who, in the circumstances, should be recognized to be *hors de combat* shall not be made the object of attack.

2. A person is *hors de combat* if:

(a) he is in the power of an adverse Party;

(b) he clearly expresses an intention to surrender; or

(c) he has been rendered unconscious or is otherwise incapacitated by wounds or sickness, and therefore is incapable of defending himself; provided that in any of these cases he abstains from any hostile act and does not attempt to escape.

3. When persons entitled to protection as prisoners of war have fallen into the power of an adverse Party under unusual conditions of combat which prevent their evacuation as provided for in Part III, Section I, of the Third Convention, they shall be released and all feasible precautions shall be taken to ensure their safety.

*Article 42 – Occupants of aircraft*

1. No person parachuting from an aircraft in distress shall be made the object of attack during his descent.

2. Upon reaching the ground in territory controlled by an adverse Party, a person who has parachuted from an aircraft in distress shall be given an opportunity to surrender before being made the object of attack, unless it is apparent that he is engaging in a hostile act.

3. Airborne troops are not protected by this Article.

Section II: Combatant and Prisoner-of-War Status

*Article 43 – Armed forces*

1. The armed forces of a Party to a conflict consist of all organized armed forces, groups and units which are under a command responsible to that Party for the conduct of its subordinates, even if that Party is represented by a government or an authority not recognized by an adverse Party. Such armed forces shall be subject to an internal disciplinary system which, *inter alia*, shall enforce compliance with the rules of international law applicable in armed conflict.

2. Members of the armed forces of a Party to a conflict (other than medical personnel and chaplains covered by Article 33 of the Third Convention) are combatants, that is to say, they have the right to participate directly in hostilities.

3. Whenever a Party to a conflict incorporates a paramilitary or armed law enforcement agency into its armed forces it shall so notify the other Parties to the conflict.

*Article 44 – Combatants and prisoners of war*

1. Any combatant, as defined in Article 43, who falls into the power of an adverse Party shall be a prisoner of war.

2. While all combatants are obliged to comply with the rules of international law applicable in armed conflict, violations of these rules shall not deprive a combatant of his right to be a combatant or, if he falls into the power of an adverse Party, of his right to be a prisoner of war, except as provided in paragraphs 3 and 4.

3. In order to promote the protection of the civilian population from the effects of hostilities, combatants are obliged to distinguish themselves from the civilian population while they are engaged in an attack or in a military operation preparatory to an attack. Recognizing, however, that there are situations in armed conflicts where, owing to the nature of the hostilities an armed combatant cannot so distinguish himself, he shall retain his status as a combatant, provided that, in such situations, he carries his arms openly:

(a) during each military engagement, and

(b) during such time as he is visible to the adversary while he is engaged in a military deployment preceding the launching of an attack in which he is to participate.

Acts which comply with the requirements of this paragraph shall not be considered as perfidious within the meaning of Article 37, paragraph 1 (c).

4. A combatant who falls into the power of an adverse Party while failing to meet the requirements set forth in the second sentence of paragraph 3 shall forfeit his right to be a prisoner of war, but he shall, nevertheless, be given protections equivalent in all respects to those accorded to prisoners of war by the Third Convention and by this Protocol. This protection includes protections equivalent to those accorded to prisoners of war by the Third Convention in the case where such a person is tried and punished for any offences he has committed.

5. Any combatant who falls into the power of an adverse Party while not engaged in an attack or in a military operation preparatory to an attack shall not forfeit his rights to be a combatant and a prisoner of war by virtue of his prior activities.

6. This Article is without prejudice to the right of any person to be a prisoner of war pursuant to Article 4 of the Third Convention.

7. This Article is not intended to change the generally accepted practice

of States with respect to the wearing of the uniform by combatants assigned to the regular, uniformed armed units of a Party to the conflict.

8. In addition to the categories of persons mentioned in Article 13 of the First and Second Conventions, all members of the armed forces of a Party to the conflict, as defined in Article 43 of this Protocol, shall be entitled to protection under those Conventions if they are wounded or sick or, in the case of the Second Convention, shipwrecked at sea or in other waters.

*Article 45 — Protection of persons who have taken part in hostilities*

1. A person who takes part in hostilities and falls into the power of an adverse Party shall be presumed to be a prisoner of war, and therefore shall be protected by the Third Convention, if he claims the status of prisoner of war, or if he appears to be entitled to such status, or if the Party on which he depends claims such status on his behalf by notification to the detaining Power or to the Protecting Power. Should any doubt arise as to whether any such person is entitled to the status of prisoner of war, he shall continue to have such status and, therefore, to be protected by the Third Convention and this Protocol until such time as his status has been determined by a competent tribunal.

2. If a person who has fallen into the power of an adverse Party is not held as a prisoner of war and is to be tried by that Party for an offence arising out of the hostilities, he shall have the right to assert his entitlement to prisoner-of-war status before a judicial tribunal and to have that question adjudicated. Whenever possible under the applicable procedure, this adjudication shall occur before the trial for the offence. The representatives of the Protecting Power shall be entitled to attend the proceedings in which that question is adjudicated, unless, exceptionally, the proceedings are held *in camera* in the interest of State security. In such a case the detaining Power shall advise the Protecting Power accordingly.

3. Any person who has taken part in hostilities, who is not entitled to prisoner-of-war status and who does not benefit from more favourable treatment in accordance with the Fourth Convention shall have the right at all times to the protection of Article 75 of this Protocol. In occupied territory, any such person, unless he is held as a spy, shall also be entitled, notwithstanding Article 5 of the Fourth Convention, to his rights of communication under that Convention.

*Article 46 — Spies*

1. Notwithstanding any other provision of the Conventions or of this Protocol, any member of the armed forces of a Party to the conflict who falls into the power of an adverse Party while engaging in espionage shall not have the right to the status of prisoner of war and may be treated as a spy.

2. A member of the armed forces of a Party to the conflict who, on behalf of that Party and in territory controlled by an adverse Party, gathers or attempts to gather information shall not be considered as engaging in espionage if, while so acting, he is in the uniform of his armed forces.

3. A member of the armed forces of a Party to the conflict who is a resident of territory occupied by an adverse Party and who, on behalf of the Party on which he depends, gathers or attempts to gather information of military value within that territory shall not be considered as engaging in espionage unless he does so through an act of false pretences or deliberately in a clandestine manner. Moreover, such a resident shall not lose his right to the status of prisoner of war and may not be treated as a spy unless he is captured while engaging in espionage.

4. A member of the armed forces of a Party to the conflict who is not a resident of territory occupied by an adverse Party and who has engaged in espionage in that territory shall not lose his right to the status of prisoner of war and may not be treated as a spy unless he is captured before he has rejoined the armed forces to which he belongs.

#### *Article 47 – Mercenaries*

1. A mercenary shall not have the right to be a combatant or a prisoner of war.

2. A mercenary is any person who:

(a) is specially recruited locally or abroad in order to fight in an armed conflict;

(b) does, in fact, take a direct part in the hostilities;

(c) is motivated to take part in the hostilities essentially by the desire for private gain and, in fact, is promised, by or on behalf of a Party to the conflict, material compensation substantially in excess of that promised or paid to combatants of similar ranks and functions in the armed forces of that Party;

(d) is neither a national of a Party to the conflict nor a resident of territory controlled by a Party to the conflict;

(e) is not a member of the armed forces of a Party to the conflict; and

(f) has not been sent by a State which is not a Party to the conflict on official duty as a member of its armed forces.

### **Part IV**

#### **Civilian Population**

##### **Section I: General Protection Against Effects of Hostilities**

##### **Chapter I: Basic Rule and Field of Application**

#### *Article 48 – Basic rule*

In order to ensure respect for and protection of the civilian population and civilian objects, the Parties to the conflict shall at all times distinguish between

the civilian population and combatants and between civilian objects and military objectives and accordingly shall direct their operations only against military objectives.

*Article 49 – Definition of attacks and scope of application*

1. "Attacks" means acts of violence against the adversary, whether in offence or in defence.

2. The provisions of this Protocol with respect to attacks apply to all attacks in whatever territory conducted, including the national territory belonging to a Party to the conflict but under the control of an adverse Party.

3. The provisions of this Section apply to any land, air or sea warfare which may affect the civilian population, individual civilians or civilian objects on land. They further apply to all attacks from the sea or from the air against objectives on land but do not otherwise affect the rules of international law applicable in armed conflict at sea or in the air.

4. The provisions of this Section are additional to the rules concerning humanitarian protection contained in the Fourth Convention, particularly in Part II thereof, and in other international agreements binding upon the High Contracting Parties, as well as to other rules of international law relating to the protection of civilians and civilian objects on land, at sea or in the air against the effects of hostilities.

Chapter II: Civilians and Civilian Population

*Article 50 – Definition of civilians and civilian population*

1. A civilian is any person who does not belong to one of the categories of persons referred to in Article 4 A (1), (2), (3) and (6) of the Third Convention and in Article 43 of this Protocol. In case of doubt whether a person is a civilian, that person shall be considered to be a civilian.

2. The civilian population comprises all persons who are civilians.

3. The presence within the civilian population of individuals who do not come within the definition of civilians does not deprive the population of its civilian character.

*Article 51 – Protection of the civilian population*

1. The civilian population and individual civilians shall enjoy general protection against dangers arising from military operations. To give effect to this protection, the following rules, which are additional to other applicable rules of international law, shall be observed in all circumstances.

2. The civilian population as such, as well as individual civilians, shall not be the object of attack. Acts or threats of violence the primary purpose of which is to spread terror among the civilian population are prohibited.

3. Civilians shall enjoy the protection afforded by this Section, unless and for such time as they take a direct part in hostilities.

4. Indiscriminate attacks are prohibited. Indiscriminate attacks are:

(a) those which are not directed at a specific military objective;

(b) those which employ a method or means of combat which cannot be directed at a specific military objective; or

(c) those which employ a method or means of combat the effects of which cannot be limited as required by this Protocol;

and consequently, in each such case, are of a nature to strike military objectives and civilians or civilian objects without distinction.

5. Among others, the following types of attacks are to be considered as indiscriminate:

(a) an attack by bombardment by any methods or means which treats as a single military objective a number of clearly separated and distinct military objectives located in a city, town, village or other area containing a similar concentration of civilians or civilian objects; and

(b) an attack which may be expected to cause incidental loss of civilian life, injury to civilians, damage to civilian objects, or a combination thereof, which would be excessive in relation to the concrete and direct military advantage anticipated.

6. Attacks against the civilian population or civilians by way of reprisals are prohibited.

7. The presence or movements of the civilian population or individual civilians shall not be used to render certain points or areas immune from military operations, in particular in attempts to shield military objectives from attacks or to shield, favour or impede military operations. The Parties to the conflict shall not direct the movement of the civilian population or individual civilians in order to attempt to shield military objectives from attacks or to shield military operations.

8. Any violation of these prohibitions shall not release the Parties to the conflict from their legal obligations with respect to the civilian population and civilians, including the obligation to take the precautionary measures provided for in Article 57.

### Chapter III: Civilian Objects

#### *Article 52 — General protection of civilian objects*

1. Civilian objects shall not be the object of attack or of reprisals. Civilian objects are all objects which are not military objectives as defined in paragraph 2.

2. Attacks shall be limited strictly to military objectives. In so far as objects are concerned, military objectives are limited to those objects which by their nature, location, purpose or use make an effective contribution to military action and whose total or partial destruction, capture or neutralization, in the circumstances ruling at the time, offers a definite military advantage.

3. In case of doubt whether an object which is normally dedicated to civilian purposes, such as a place of worship, a house or other dwelling or a school, is being used to make an effective contribution to military action, it shall be presumed not to be so used.

*Article 53 – Protection of cultural objects and of places of worship*

Without prejudice to the provisions of the Hague Convention for the Protection of Cultural Property in the Event of Armed Conflict of 14 May 1954, and of other relevant international instruments, it is prohibited:

(a) to commit any acts of hostility directed against the historic monuments, works of art or places of worship which constitute the cultural or spiritual heritage of peoples;

(b) to use such objects in support of the military effort;

(c) to make such objects the object of reprisals.

*Article 54 – Protection of objects indispensable to the survival of the civilian population*

1. Starvation of civilians as a method of warfare is prohibited.

2. It is prohibited to attack, destroy, remove or render useless objects indispensable to the survival of the civilian population, such as foodstuffs, agricultural areas for the production of foodstuffs, crops, livestock, drinking water installations and supplies and irrigation works, for the specific purpose of denying them for their sustenance value to the civilian population or to the adverse Party, whatever the motive, whether in order to starve out civilians, to cause them to move away, or for any other motive.

3. The prohibitions in paragraph 2 shall not apply to such of the objects covered by it as are used by an adverse Party;

(a) as sustenance solely for the members of its armed forces; or

(b) if not as sustenance, then in direct support of military action, provided, however, that in no event shall actions against these objects be taken which may be expected to leave the civilian population with such inadequate food or water as to cause its starvation or force its movement.

4. These objects shall not be made the object of reprisals.

5. In recognition of the vital requirements of any Party to the conflict in the defence of its national territory against invasion, derogation from the prohibitions contained in paragraph 2 may be made by a Party to the conflict within such territory under its own control where required by imperative military necessity.

*Article 55 – Protection of the natural environment*

1. Care shall be taken in warfare to protect the natural environment against widespread, long-term and severe damage. This protection includes a prohibition

of the use of methods or means of warfare which are intended or may be expected to cause such damage to the natural environment and thereby to prejudice the health or survival of the population.

2. Attacks against the natural environment by way of reprisals are prohibited.

*Article 56 — Protection of works and installations containing dangerous forces*

1. Works or installations containing dangerous forces, namely dams, dykes and nuclear electrical generating stations, shall not be made the object of attack, even where these objects are military objectives, if such attack may cause the release of dangerous forces and consequent severe losses among the civilian population. Other military objectives located at or in the vicinity of these works or installations shall not be made the object of attack if such attack may cause the release of dangerous forces from the works or installations and consequent severe losses among the civilian population.

2. The special protection against attack provided by paragraph 1 shall cease:

(a) for a dam or a dyke only if it is used for other than its normal function and in regular, significant and direct support of military operations and if such attack is the only feasible way to terminate such support;

(b) for a nuclear electrical generating station only if it provides electric power in regular, significant and direct support of military operations and if such attack is the only feasible way to terminate such support;

(c) for other military objectives located at or in the vicinity of these works or installations only if they are used in regular, significant and direct support of military operations and if such attack is the only feasible way to terminate such support.

3. In all cases, the civilian population and individual civilians shall remain entitled to all the protection accorded them by international law, including the protection of the precautionary measures provided for in Article 57. If the protection ceases and any of the works, installations or military objectives mentioned in paragraph 1 is attacked, all practical precautions shall be taken to avoid the release of the dangerous forces.

4. It is prohibited to make any of the works, installations or military objectives mentioned in paragraph 1 the object of reprisals.

5. The Parties to the conflict shall endeavour to avoid locating any military objectives in the vicinity of the works or installations mentioned in paragraph 1. Nevertheless, installations erected for the sole purpose of defending the protected works or installations from attack are permissible and shall not themselves be made the object of attack, provided that they are not used in hostilities except for defensive actions necessary to respond to attacks against the protected works or installations and that their armament is limited to weapons capable only of repelling hostile action against the protected works or installations.

6. The High Contracting Parties and the Parties to the conflict are urged to conclude further agreements among themselves to provide additional protection for objects containing dangerous forces.

7. In order to facilitate the identification of the objects protected by this Article, the Parties to the conflict may mark them with a special sign consisting of a group of three bright orange circles placed on the same axis, as specified in Article 16 of Annex I to this Protocol. The absence of such marking in no way relieves any Party to the conflict of its obligations under this Article.

#### Chapter IV: Precautionary Measures

##### *Article 57 – Precautions in attack*

1. In the conduct of military operations, constant care shall be taken to spare the civilian population, civilians and civilian objects.

2. With respect to attacks, the following precautions shall be taken:

(a) those who plan or decide upon an attack shall:

- (i) do everything feasible to verify that the objectives to be attacked are neither civilians nor civilian objects and are not subject to special protection but are military objectives within the meaning of paragraph 2 of Article 52 and that it is not prohibited by the provisions of this Protocol to attack them;
- (ii) take all feasible precautions in the choice of means and methods of attack with a view to avoiding, and in any event to minimizing, incidental loss of civilian life, injury to civilians and damage to civilian objects;
- (iii) refrain from deciding to launch any attack which may be expected to cause incidental loss of civilian life, injury to civilians, damage to civilian objects, or a combination thereof, which would be excessive in relation to the concrete and direct military advantage anticipated;

(b) an attack shall be cancelled or suspended if it becomes apparent that the objective is not a military one or is subject to special protection or that the attack may be expected to cause incidental loss of civilian life, injury to civilians, damage to civilian objects, or a combination thereof, which would be excessive in relation to the concrete and direct military advantage anticipated;

(c) effective advance warning shall be given of attacks which may affect the civilian population, unless circumstances do not permit.

3. When a choice is possible between several military objectives for obtaining a similar military advantage, the objective to be selected shall be that the attack on which may be expected to cause the least danger to civilian lives and to civilian objects.

4. In the conduct of military operations at sea or in the air, each Party to the conflict shall, in conformity with its rights and duties under the rules of international law applicable in armed conflict, take all reasonable precautions to avoid losses of civilian lives and damage to civilian objects.

5. No provision of this Article may be construed as authorizing any attacks against the civilian population, civilians or civilian objects.

*Article 58 – Precautions against the effects of attacks*

The Parties to the conflict shall, to the maximum extent feasible:

(a) without prejudice to Article 49 of the Fourth Convention, endeavour to remove the civilian population, individual civilians and civilian objects under their control from the vicinity of military objectives;

(b) avoid locating military objectives within or near densely populated areas;

(c) take the other necessary precautions to protect the civilian population, individual civilians and civilian objects under their control against the dangers resulting from military operations.

## Chapter V: Localities and Zones under Special Protection

*Article 59 – Non-defended localities*

1. It is prohibited for the Parties to the conflict to attack, by any means whatsoever, non-defended localities.

2. The appropriate authorities of a Party to the conflict may declare as a non-defended locality any inhabited place near or in a zone where armed forces are in contact which is open for occupation by an adverse Party. Such a locality shall fulfil the following conditions:

(a) all combatants, as well as mobile weapons and mobile military equipment must have been evacuated;

(b) no hostile use shall be made of fixed military installations or establishments;

(c) no acts of hostility shall be committed by the authorities or by the population; and

(d) no activities in support of military operations shall be undertaken.

3. The presence, in this locality, of persons specially protected under the Conventions and this Protocol, and of police forces retained for the sole purpose of maintaining law and order, is not contrary to the conditions laid down in paragraph 2.

4. The declaration made under paragraph 2 shall be addressed to the adverse Party and shall define and describe, as precisely as possible, the limits of the non-defended locality. The Party to the conflict to which the declaration is addressed shall acknowledge its receipt and shall treat the locality as a non-defended locality unless the conditions laid down in paragraph 2 are not in fact fulfilled, in which event it shall immediately so inform the Party making the declaration. Even if the conditions laid down in paragraph 2 are not fulfilled, the locality shall continue to enjoy the protection provided by the other provisions of this Protocol and the other rules of international law applicable in armed conflict.

5. The Parties to the conflict may agree on the establishment of non-defended localities even if such localities do not fulfil the conditions laid down in paragraph 2. The agreement should define and describe, as precisely as possible, the limits of the non-defended locality; if necessary, it may lay down the methods of supervision.

6. The Party which is in control of a locality governed by such an agreement shall mark it, so far as possible, by such signs as may be agreed upon with the other Party, which shall be displayed where they are clearly visible, especially on its perimeter and limits and on highways.

7. A locality loses its status as a non-defended locality when it ceases to fulfil the conditions laid down in paragraph 2 or in the agreement referred to in paragraph 5. In such an eventuality, the locality shall continue to enjoy the protection provided by the other provisions of this Protocol and the other rules of international law applicable in armed conflict.

#### *Article 60 – Demilitarized zones*

1. It is prohibited for the Parties to the conflict to extend their military operations to zones on which they have conferred by agreement the status of demilitarized zone, if such extension is contrary to the terms of this agreement.

2. The agreement shall be an express agreement, may be concluded verbally or in writing, either directly or through a Protecting Power or any impartial humanitarian organization, and may consist of reciprocal and concordant declarations. The agreement may be concluded in peacetime, as well as after the outbreak of hostilities, and should define and describe, as precisely as possible, the limits of the demilitarized zone and, if necessary, lay down the methods of supervision.

3. The subject of such an agreement shall normally be any zone which fulfils the following conditions:

(a) all combatants, as well as mobile weapons and mobile military equipment, must have been evacuated;

(b) no hostile use shall be made of fixed military installations or establishments;

(c) no acts of hostility shall be committed by the authorities or by the population; and

(d) any activity linked to the military effort must have ceased.

The Parties to the conflict shall agree upon the interpretation to be given to the condition laid down in sub-paragraph (d) and upon persons to be admitted to the demilitarized zone other than those mentioned in paragraph 4.

4. The presence, in this zone, of persons specially protected under the Conventions and this Protocol, and of police forces retained for the sole purpose of maintaining law and order, is not contrary to the conditions laid down in paragraph 3.

5. The Party which is in control of such a zone shall mark it, so far as possible, by such signs as may be agreed upon with the other Party, which shall be displayed where they are clearly visible, especially on its perimeter and limits and on highways.

6. If the fighting draws near to a demilitarized zone, and if the Parties to the conflict have so agreed, none of them may use the zone for purposes related to the conduct of military operations or unilaterally revoke its status.

7. If one of the Parties to the conflict commits a material breach of the provisions of paragraphs 3 or 6, the other Party shall be released from its obligations under the agreement conferring upon the zone the status of demilitarized zone. In such an eventuality, the zone loses its status but shall continue to enjoy the protection provided by the other provisions of this Protocol and the other rules of international law applicable in armed conflict.

## Chapter VI: Civil Defence

### *Article 61 – Definitions and scope*

For the purposes of this Protocol:

(a) "civil defence" means the performance of some or all of the undermentioned humanitarian tasks intended to protect the civilian population against the dangers, and to help it to recover from the immediate effects, of hostilities or disasters and also to provide the conditions necessary for its survival. These tasks are:

- (i) warning;
- (ii) evacuation;
- (iii) management of shelters;
- (iv) management of blackout measures;
- (v) rescue;
- (vi) medical services, including first aid, and religious assistance;
- (vii) fire-fighting;
- (viii) detection and marking of danger areas;
- (ix) decontamination and similar protective measures;
- (x) provision of emergency accommodation and supplies;
- (xi) emergency assistance in the restoration and maintenance of order in distressed areas;
- (xii) emergency repair of indispensable public utilities;
- (xiii) emergency disposal of the dead;
- (xiv) assistance in the preservation of objects essential for survival;
- (xv) complementary activities necessary to carry out any of the tasks mentioned above, including, but not limited to, planning and organization;

(b) "civil defence organizations" means those establishments and other units which are organized or authorized by the competent authorities of a Party to the conflict to perform any of the tasks mentioned under sub-paragraph (a), and which are assigned and devoted exclusively to such tasks;

(c) "personnel" of civil defence organizations means those persons assigned by a Party to the conflict exclusively to the performance of the tasks mentioned under sub-paragraph (a), including personnel assigned by the competent authority of that Party exclusively to the administration of these organizations;

(d) "*matériel*" of civil defence organizations means equipment, supplies and transports used by these organizations for the performance of the tasks mentioned under sub-paragraph (a).

*Article 62 – General protection*

1. Civilian civil defence organizations and their personnel shall be respected and protected, subject to the provisions of this Protocol, particularly the provisions of this Section. They shall be entitled to perform their civil defence tasks except in case of imperative military necessity.

2. The provisions of paragraph 1 shall also apply to civilians who, although not members of civilian civil defence organizations, respond to an appeal from the competent authorities and perform civil defence tasks under their control.

3. Buildings and *matériel* used for civil defence purposes and shelters provided for the civilian population are covered by Article 52. Objects used for civil defence purposes may not be destroyed or diverted from their proper use except by the Party to which they belong.

*Article 63 – Civil defence in occupied territories*

1. In occupied territories, civilian civil defence organizations shall receive from the authorities the facilities necessary for the performance of their tasks. In no circumstances shall their personnel be compelled to perform activities which would interfere with the proper performance of these tasks. The Occupying Power shall not change the structure or personnel of such organizations in any way which might jeopardize the efficient performance of their mission. These organizations shall not be required to give priority to the nationals or interests of that Power.

2. The Occupying Power shall not compel, coerce or induce civilian civil defence organizations to perform their tasks in any manner prejudicial to the interests of the civilian population.

3. The Occupying Power may disarm civil defence personnel for reasons of security.

4. The Occupying Power shall neither divert from their proper use nor requisition buildings or *matériel* belonging to or used by civil defence organizations if such diversion or requisition would be harmful to the civilian population.

5. Provided that the general rule in paragraph 4 continues to be observed, the Occupying Power may requisition or divert these resources, subject to the following particular conditions:

(a) that the buildings or *matériel* are necessary for other needs of the civilian population; and

(b) that the requisition or diversion continues only while such necessity exists.

6. The Occupying Power shall neither divert nor requisition shelters provided for the use of the civilian population or needed by such population.

*Article 64 – Civilian civil defence organizations of neutral or other States not Parties to the conflict and international co-ordinating organizations*

1. Articles 62, 63, 65 and 66 shall also apply to the personnel and *matériel* of civilian civil defence organizations of neutral or other States not Parties to the conflict which perform civil defence tasks mentioned in Article 61 in the territory of a Party to the conflict, with the consent and under the control of that Party. Notification of such assistance shall be given as soon as possible to any adverse Party concerned. In no circumstances shall this activity be deemed to be an interference in the conflict. This activity should, however, be performed with due regard to the security interests of the Parties to the conflict concerned.

2. The Parties to the conflict receiving the assistance referred to in paragraph 1 and the High Contracting Parties granting it should facilitate international co-ordination of such civil defence actions when appropriate. In such cases the relevant international organizations are covered by the provisions of this Chapter.

3. In occupied territories, the Occupying Power may only exclude or restrict the activities of civilian civil defence organizations of neutral or other States not Parties to the conflict and of international co-ordinating organizations if it can ensure the adequate performance of civil defence tasks from its own resources or those of the occupied territory.

*Article 65 – Cessation of protection*

1. The protection to which civilian civil defence organizations, their personnel, buildings, shelters and *matériel* are entitled shall not cease unless they commit or are used to commit, outside their proper tasks, acts harmful of the enemy. Protection may, however, cease only after a warning has been given, whenever appropriate, a reasonable time-limit, and after such warning has remained unheeded.

2. The following shall not be considered as acts harmful to the enemy:

(a) that civil defence tasks are carried out under the direction or control of military authorities;

(b) that civilian civil defence personnel co-operate with military personnel in the performance of civil defence tasks, or that some military personnel are attached to civilian civil defence organizations;

(c) that the performance of civil defence tasks may incidentally benefit military victims, particularly those who are *hors de combat*.

3. It shall also not be considered as an act harmful to the enemy that civilian civil defence personnel bear light individual weapons for the purpose of maintaining order or for self-defence. However, in areas where land fighting is taking place or is likely to take place, the Parties to the conflict shall undertake the appropriate measures to limit these weapons to handguns, such as pistols or revolvers, in order to assist in distinguishing between civil defence personnel and combatants. Although civil defence personnel bear other light

individual weapons in such areas, they shall nevertheless be respected and protected as soon as they have been recognized as such.

4. The formation of civilian civil defence organizations along military lines, and compulsory service in them, shall also not deprive them of the protection conferred by this Chapter.

#### *Article 66 – Identification*

1. Each Party to the conflict shall endeavour to ensure that its civil defence organizations, their personnel, buildings and *matériel*, are identifiable while they are exclusively devoted to the performance of civil defence tasks. Shelters provided for the civilian population should be similarly identifiable.

2. Each Party to the conflict shall also endeavour to adopt and implement methods and procedures which will make it possible to recognize civilian shelters as well as civil defence personnel, buildings and *matériel* on which the international distinctive sign of civil defence is displayed.

3. In occupied territories and in areas where fighting is taking place or is likely to take place, civilian civil defence personnel should be recognizable by the international distinctive sign of civil defence and, by an identity card certifying their status.

4. The international distinctive sign of civil defence is an equilateral blue triangle on an orange ground when used for the protection of civil defence organizations, their personnel, buildings and *matériel* and for civilian shelters.

5. In addition to the distinctive sign, Parties to the conflict may agree upon the use of distinctive signals for civil defence identification purposes.

6. The application of the provisions of paragraphs 1 to 4 is governed by Chapter V of Annex I to this Protocol.

7. In time of peace, the sign described in paragraph 4 may, with the consent of the competent national authorities, be used for civil defence identification purposes.

8. The High Contracting Parties and the Parties to the conflict shall take the measures necessary to supervise the display of the international distinctive sign of civil defence and to prevent and repress any misuse thereof.

9. The identification of civil defence medical and religious personnel, medical units and medical transports is also governed by Article 18.

#### *Article 67 – Members of the armed forces and military units assigned to civil defence organizations*

1. Members of the armed forces and military units assigned to civil defence organizations shall be respected and protected, provided that:

(a) such personnel and such units are permanently assigned and exclusively devoted to the performance of any of the tasks mentioned in Article 61;

(b) if so assigned, such personnel do not perform any other military duties during the conflict;

(c) such personnel are clearly distinguishable from the other members of the armed forces by prominently displaying the international distinctive sign of civil defence, which shall be as large as appropriate, and such personnel are provided with the identity card referred to in Chapter V of Annex I to this Protocol certifying their status;

(d) such personnel and such units are equipped only with light individual weapons for the purpose of maintaining order or for self-defence. The provisions of Article 65, paragraph 3 shall also apply in this case;

(e) such personnel do not participate directly in hostilities, and do not commit, or are not used to commit, outside their civil defence task, acts harmful to the adverse Party;

(f) such personnel and such units perform their civil defence tasks only within the national territory of their party.

The non-observance of the conditions stated in (e) above by any member of the armed forces who is bound by the conditions prescribed in (a) and (b) above is prohibited.

2. Military personnel serving within civil defence organizations shall, if they fall into the power of an adverse Party, be prisoners of war. In occupied territory they may, but only in the interest of the civilian population of that territory, be employed on civil defence tasks in so far as the need arises, provided however that, if such work is dangerous, they volunteer for such tasks.

3. The buildings and major items of equipment and transports of military units assigned to civil defence organizations shall be clearly marked with the international distinctive sign of civil defence. This distinctive sign shall be as large as appropriate.

4. The *matériel* and buildings of military units permanently assigned to civil defence organizations and exclusively devoted to the performance of civil defence tasks shall, if they fall into the hands of an adverse Party, remain subject to the laws of war. They may not be diverted from their civil defence purpose so long as they are required for the performance of civil defence tasks, except in case of imperative military necessity, unless previous arrangements have been made for adequate provision for the needs of the civilian population.

## Section II: Relief in Favour of the Civilian Population

### *Article 68 – Field of application*

The provisions of this Section apply to the civilian population as defined in this Protocol and are supplementary to Articles 23, 55, 59, 60, 61 and 62 and other relevant provisions of the Fourth Convention.

### *Article 69 – Basic needs in occupied territories*

1. In addition to the duties specified in Article 55 of the Fourth Convention concerning food and medical supplies, the Occupying Power shall, to the fullest

extent of the means available to it and without any adverse distinction, also ensure the provision of clothing, bedding, means of shelter, other supplies essential to the survival of the civilian population of the occupied territory and objects necessary for religious worship.

2. Relief actions for the benefit of the civilian population of occupied territories are governed by Articles 59, 60, 61, 62, 108, 109, 110 and 111 of the Fourth Convention, and by Article 71 of this Protocol, and shall be implemented without delay.

#### *Article 70 – Relief actions*

1. If the civilian population of any territory under the control of a Party to the conflict, other than occupied territory, is not adequately provided with the supplies mentioned in Article 69, relief actions which are humanitarian and impartial in character and conducted without any adverse distinction shall be undertaken, subject to the agreement of the Parties concerned in such relief actions. Offers of such relief shall not be regarded as interference in the armed conflict or as unfriendly acts. In the distribution of relief consignments, priority shall be given to those persons, such as children, expectant mothers, maternity cases and nursing mothers, who, under the Fourth Convention or under this Protocol, are to be accorded privileged treatment or special protection.

2. The Parties to the conflict and each High Contracting Party shall allow and facilitate rapid and unimpeded passage of all relief consignments, equipment and personnel provided in accordance with this Section, even if such assistance is destined for the civilian population of the adverse Party.

3. The Parties to the conflict and each High Contracting Party which allow<sup>2)</sup> the passage of relief consignments, equipment and personnel in accordance with paragraph 2:

(a) shall have the right to prescribe the technical arrangements, including search, under which such passage is permitted;

(b) may make such permission conditional on the distribution of this assistance being made under the local supervision of a Protecting Power;

(c) shall, in no way whatsoever, divert relief consignments from the purpose for which they are intended nor delay their forwarding, except in cases of urgent necessity in the interest of the civilian population concerned.

4. The Parties to the conflict shall protect relief consignments and facilitate their rapid distribution.

---

<sup>2)</sup> Der vom Eidgenössischen Politischen Departement beglaubigte Text lautet "allows". Dieser Singular ist ein sinnentstellender Fehler, der in den Beschlußvorlagen der Konferenz übersehen wurde. Richtig ist der Plural, das sich "allow" sowohl auf "(t)he Parties to the conflict" als auch auf "each High Contracting Party" bezieht. Der russische Text, der eine dem englischen entsprechende grammatikalische Konstruktion verwendet, bestätigt dies.

5. The Parties to the conflict and each High Contracting Party concerned shall encourage and facilitate effective international co-ordination of the relief actions referred to in paragraph 1.

*Article 71 – Personnel participating in relief actions*

1. Where necessary, relief personnel may form part of the assistance provided in any relief action, in particular for the transportation and distribution of relief consignments; the participation of such personnel shall be subject to the approval of the Party in whose territory they will carry out their duties.

2. Such personnel shall be respected and protected.

3. Each Party in receipt of relief consignments shall, to the fullest extent practicable, assist the relief personnel referred to in paragraph 1 in carrying out their relief mission. Only in case of imperative military necessity may the activities of the relief personnel be limited or their movements temporarily restricted.

4. Under no circumstances may relief personnel exceed the terms of their mission under this Protocol. In particular they shall take account of the security requirements of the Party in whose territory they are carrying out their duties. The mission of any of the personnel who do not respect these conditions may be terminated.

Section III: Treatment of Persons in the Power of a Party to the Conflict

Chapter I: Field of Application and Protection of Persons and Objects

*Article 72 – Field of application*

The provisions of this Section are additional to the rules concerning humanitarian protection of civilians and civilian objects in the power of a Party to the conflict contained in the Fourth Convention, particularly Parts I and III thereof, as well as to other applicable rules of international law relating to the protection of fundamental human rights during international armed conflict.

*Article 73 – Refugees and stateless persons*

Persons who, before the beginning of hostilities, were considered as stateless persons or refugees under the relevant international instruments accepted by the Parties concerned or under the national legislation of the State of refuge or State of residence shall be protected persons within the meaning of Parts I and III of the Fourth Convention, in all circumstances and without any adverse distinction.

*Article 74 – Reunion of dispersed families*

The High Contracting Parties and the Parties to the conflict shall facilitate in every possible way the reunion of families dispersed as a result of armed

conflicts and shall encourage in particular the work of the humanitarian organizations engaged in this task in accordance with the provisions of the Conventions and of this Protocol and in conformity with their respective security regulations.

*Article 75 – Fundamental guarantees*

1. In so far as they are affected by a situation referred to in Article 1 of this Protocol, persons who are in the power of a Party to the conflict and who do not benefit from more favourable treatment under the Conventions or under this Protocol shall be treated humanely in all circumstances and shall enjoy, as a minimum, the protection provided by this Article without any adverse distinction based upon race, colour, sex, language, religion or belief, political or other opinion, national or social origin, wealth, birth or other status, or on any other similar criteria. Each Party shall respect the person, honour, convictions and religious practices of all such persons.

2. The following acts are and shall remain prohibited at any time and in any place whatsoever, whether committed by civilian or by military agents:

(a) violence to the life, health, or physical or mental well-being of persons, in particular:

- (i) murder;
- (ii) torture of all kinds, whether physical or mental;
- (iii) corporal punishment; and
- (iv) mutilation;

(b) outrages upon personal dignity, in particular humiliating and degrading treatment, enforced prostitution and any form of indecent assault;

(c) the taking of hostages;

(d) collective punishments; and

(e) threats to commit any of the foregoing acts.

3. Any person arrested, detained or interned for actions related to the armed conflict shall be informed promptly, in a language he understands, of the reasons why these measures have been taken. Except in cases of arrest or detention for penal offences, such persons shall be released with the minimum delay possible and in any event as soon as the circumstances justifying the arrest, detention or internment have ceased to exist.

4. No sentence may be passed and no penalty may be executed on a person found guilty of a penal offence related to the armed conflict except pursuant to a conviction pronounced by an impartial and regularly constituted court respecting the generally recognized principles of regular judicial procedure, which include the following:

(a) the procedure shall provide for an accused to be informed without delay of the particulars of the offence alleged against him and shall afford the accused before and during his trial all necessary rights and means of defence;

(b) no one shall be convicted of an offence except on the basis of individual penal responsibility;

(c) no one shall be accused or convicted of a criminal offence on account of any act or omission which did not constitute a criminal offence under the national or international law to which he was subject at the time when it was committed; nor shall a heavier penalty be imposed than that which was applicable at the time when the criminal offence was committed; if, after the commission of the offence, provision is made by law for the imposition of a lighter penalty, the offender shall benefit thereby;

(d) anyone charged with an offence is presumed innocent until proved guilty according to law;

(e) anyone charged with an offence shall have the right to be tried in his presence;

(f) no one shall be compelled to testify against himself or to confess guilt;

(g) anyone charged with an offence shall have the right to examine, or have examined, the witnesses against him and to obtain the attendance and examination of witnesses on his behalf under the same conditions as witnesses against him;

(h) no one shall be prosecuted or punished by the same Party for an offence in respect of which a final judgement acquitting or convicting that person has been previously pronounced under the same law and judicial procedure;

(i) anyone prosecuted for an offence shall have the right to have the judgement pronounced publicly; and

(j) a convicted person shall be advised on conviction of his judicial and other remedies and of the time-limits within which they may be exercised.

5. Women whose liberty has been restricted for reasons related to the armed conflict shall be held in quarters separated from men's quarters. They shall be under the immediate supervision of women. Nevertheless, in cases where families are detained or interned, they shall, whenever possible, be held in the same place and accommodated as family units.

6. Persons who are arrested, detained or interned for reasons related to the armed conflict shall enjoy the protection provided by this Article until their final release, repatriation or re-establishment, even after the end of the armed conflict.

7. In order to avoid any doubt concerning the prosecution and trial of persons accused of war crimes against humanity, the following principles shall apply;

(a) persons who are accused of such crimes should be submitted for the purpose of prosecution and trial in accordance with the applicable rules of international law; and

(b) any such persons who do not benefit from more favourable treatment under the Conventions or this Protocol shall be accorded the treatment provided by this Article, whether or not the crimes of which they are accused constitute grave breaches of the Conventions or of this Protocol.

8. No provision of this Article may be construed as limiting or infringing any other more favourable provision granting greater protection, under any applicable rules of international law, to persons covered by paragraph 1.

## Chapter II: Measures in Favour of Women and Children

*Article 76 – Protection of women*

1. Women shall be the object of special respect and shall be protected in particular against rape, forced prostitution and any other form of indecent assault.

2. Pregnant women and mothers having dependent infants who are arrested, detained or interned for reasons related to the armed conflict, shall have their cases considered with the utmost priority.

3. To the maximum extent feasible, the Parties to the conflict shall endeavour to avoid the pronouncement of the death penalty on pregnant women or mothers having dependent infants, for an offence related to the armed conflict. The death penalty for such offences shall not be executed on such women.

*Article 77 – Protection of children*

1. Children shall be the object of special respect and shall be protected against any form of indecent assault. The Parties to the conflict shall provide them with the care and aid they require, whether because of their age or for any other reason.

2. The Parties to the conflict shall take all feasible measures in order that children who have not attained the age of fifteen years do not take a direct part in hostilities and, in particular, they shall refrain from recruiting them into their armed forces. In recruiting among those persons who have attained the age of fifteen years but who have not attained the age of eighteen years, the Parties to the conflict shall endeavour to give priority to those who are oldest.

3. If, in exceptional cases, despite the provisions of paragraph 2, children who have not attained the age of fifteen years take a direct part in hostilities and fall into the power of an adverse Party, they shall continue to benefit from the special protection accorded by this Article, whether or not they are prisoners of war.

4. If arrested, detained or interned for reasons related to the armed conflict, children shall be held in quarters separate from the quarters of adults, except where families are accommodated as family units as provided in Article 75, paragraph 5.

5. The death penalty for an offence related to the armed conflict shall not be executed on persons who had not attained the age of eighteen years at the time the offence was committed.

*Article 78 – Evacuation of children*

1. No Party to the conflict shall arrange for the evacuation of children, other than its own nationals, to a foreign country except for a temporary evacuation where compelling reasons of the health or medical treatment of the

9 ZaöRV 38/1-2

children or, except in occupied territory, their safety, so require. Where the parents or legal guardians can be found, their written consent to such evacuation is required. If these persons cannot be found, the written consent to such evacuation of the persons who by law or custom are primarily responsible for the care of the children is required. Any such evacuation shall be supervised by the Protecting Power in agreement with the Parties concerned, namely, the Party arranging for the evacuation, the Party receiving the children and any Parties whose nationals are being evacuated. In each case, all Parties to the conflict shall take all feasible precautions to avoid endangering the evacuation.

2. Whenever an evacuation occurs pursuant to paragraph 1, each child's education, including his religious and moral education as his parents desire, shall be provided while he is away with the greatest possible continuity.

3. With a view to facilitating the return to their families and country of children evacuated pursuant to this Article, the authorities of the Party arranging for the evacuation and, as appropriate, the authorities of the receiving country shall establish for each child a card with photographs, which they shall send to the Central Tracing Agency of the International Committee of the Red Cross. Each card shall bear, whenever possible, and whenever it involves no risk of harm to the child, the following information:

- (a) surname(s) of the child;
- (b) the child's first name(s);
- (c) the child's sex;
- (d) the place and date of birth (or, if that date is not known, the approximate age);
- (e) the father's full name;
- (f) the mother's full name and her maiden name;
- (g) the child's next-of-kin;
- (h) the child's nationality;
- (i) the child's native language, and any other languages he speaks;
- (j) the address of the child's family;
- (k) any identification number for the child;
- (l) the child's state of health;
- (m) the child's blood group;
- (n) any distinguishing features;
- (o) the date on which and the place where the child was found;
- (p) the date on which and the place from which the child left the country;
- (q) the child's religion, if any;
- (r) the child's present address in the receiving country;
- (s) should the child die before his return, the date, place and circumstances of death and place of interment.

## Chapter III: Journalists

*Article 79 – Measures of protection for journalists*

1. Journalists engaged in dangerous professional missions in areas of armed conflict shall be considered as civilians within the meaning of Article 50, paragraph 1.

2. They shall be protected as such under the Conventions and this Protocol, provided that they take no action adversely affecting their status as civilians, and without prejudice to the right of war correspondents accredited to the armed forces to the status provided for in Article 4 A (4) of the Third Convention.

3. They may obtain an identity card similar to the model in Annex II of this Protocol. This card, which shall be issued by the government of the State of which the journalist is a national or in whose territory he resides or in which the news medium employing him is located, shall attest to his status as a journalist.

**Part V**

## Execution of the Conventions and of this Protocol

## Section I: General Provisions

*Article 80 – Measures for execution*

1. The High Contracting Parties and the Parties to the conflict shall without delay take all necessary measures for the execution of their obligations under the Conventions and this Protocol.

2. The High Contracting Parties and the Parties to the conflict shall give orders and instructions to ensure observance of the Conventions and this Protocol, and shall supervise their execution.

*Article 81 – Activities of the Red Cross and other humanitarian organizations*

1. The Parties to the conflict shall grant to the International Committee of the Red Cross all facilities within their power so as to enable it to carry out the humanitarian functions assigned to it by the Conventions and this Protocol in order to ensure protection and assistance to the victims of conflicts; the International Committee of the Red Cross may also carry out any other humanitarian activities in favour of these victims, subject to the consent of the Parties to the conflict concerned.

2. The Parties to the conflict shall grant to their respective Red Cross (Red Crescent, Red Lion and Sun) organizations the facilities necessary for carrying out their humanitarian activities in favour of the victims of the conflict,

in accordance with the provisions of the Conventions and this Protocol and the fundamental principles of the Red Cross as formulated by the International Conferences of the Red Cross.

3. The High Contracting Parties and the Parties to the conflict shall facilitate in every possible way the assistance which Red Cross (Red Crescent, Red Lion and Sun) organizations and the League of Red Cross Societies extend to the victims of conflicts in accordance with the provisions of the Conventions and this Protocol and with the fundamental principles of the Red Cross as formulated by the International Conferences of the Red Cross.

4. The High Contracting Parties and the Parties to the conflict shall, as far as possible, make facilities similar to those mentioned in paragraphs 2 and 3 available to the other humanitarian organizations referred to in the Conventions and this Protocol which are duly authorized by the respective Parties to the conflict and which perform their humanitarian activities in accordance with the provisions of the Conventions and this Protocol.

#### *Article 82 – Legal advisers in armed forces*

The High Contracting Parties at all times, and the Parties to the conflict in time of armed conflict, shall ensure that legal advisers are available, when necessary, to advise military commanders at the appropriate level on the application of the Conventions and this Protocol and on the appropriate instruction to be given to the armed forces on this subject.

#### *Article 83 – Dissemination*

1. The High Contracting Parties undertake, in time of peace as in time of armed conflict, to disseminate the Conventions and this Protocol as widely as possible in their respective countries and, in particular, to include the study thereof in their programmes of military instruction and to encourage the study thereof by the civilian population, so that those instruments may become known to the armed forces and to the civilian population.

2. Any military or civilian authorities who, in time of armed conflict, assume responsibilities in respect of the application of the Conventions and this Protocol shall be fully acquainted with the text thereof.

#### *Article 84 – Rules of application*

The High Contracting Parties shall communicate to one another, as soon as possible, through the depositary and, as appropriate, through the Protecting Powers, their official translations of this Protocol, as well as the laws and regulations which they may adopt to ensure its application.

## Section II: Repression of Breaches of the Conventions and of this Protocol

*Article 85 — Repression of breaches of this Protocol*

1. The provisions of the Conventions relating to the repression of breaches and grave breaches, supplemented by this Section, shall apply to the repression of breaches and grave breaches of this Protocol.

2. Acts described as grave breaches in the Conventions are grave breaches of this Protocol if committed against persons in the power of an adverse Party protected by Articles 44, 45 and 73 of this Protocol, or against the wounded, sick and shipwrecked of the adverse Party who are protected by this Protocol, or against those medical or religious personnel, medical units or medical transports which are under the control of the adverse Party and are protected by this Protocol.

3. In addition to the grave breaches defined in Article 11, the following acts shall be regarded as grave breaches of this Protocol, when committed wilfully, in violation of the relevant provisions of this Protocol, and causing death or serious injury to body or health:

- (a) making the civilian population or individual civilians the object of attack;
- (b) launching an indiscriminate attack affecting the civilian population or civilian objects in the knowledge that such attack will cause excessive loss of life, injury to civilians or damage to civilian objects, as defined in Article 57, paragraph 2 (a) (iii);
- (c) launching an attack against works or installations containing dangerous forces in the knowledge that such attack will cause excessive loss of life, injury to civilians or damage to civilian objects, as defined in Article 57, paragraph 2 (a) (iii);
- (d) making non-defended localities and demilitarized zones the object of attack;
- (e) making a person the object of attack in the knowledge that he is *hors de combat*;
- (f) the perfidious use, in violation of Article 37, of the distinctive emblem of the red cross, red crescent or red lion and sun or of other protective signs recognized by the Conventions or this Protocol.

4. In addition to the grave breaches defined in the preceding paragraphs and in the Conventions, the following shall be regarded as grave breaches of this Protocol, when committed wilfully and in violation of the Conventions or the Protocol:

- (a) the transfer by the Occupying Power of parts of its own civilian population into the territory it occupies, or the deportation or transfer of all or parts of the population of the occupied territory within or outside this territory, in violation of Article 49 of the Fourth Convention;
- (b) unjustifiable delay in the repatriation of prisoners of war or civilians;
- (c) practices of *apartheid* and other inhuman and degrading practices involving outrages upon personal dignity, based on racial discrimination;
- (d) making the clearly recognized historic monuments, works of art or places of worship which constitute the cultural or spiritual heritage of peoples and to

which special protection has been given by special arrangement, for example, within the framework of a competent international organization, the object of attack, causing as a result extensive destruction thereof, where there is no evidence of the violation by the adverse Party of Article 53, sub-paragraph (b), and when such historic monuments, works of art and places of worship are not located in the immediate proximity of military objectives;

(e) depriving a person protected by the Conventions or referred to in paragraph 2 of this Article of the rights of fair and regular trial.

5. Without prejudice to the application of the Conventions and of this Protocol, grave breaches of these instruments shall be regarded as war crimes.

#### *Article 86 — Failure to act*

1. The High Contracting Parties and the Parties to the conflict shall repress grave breaches, and take measures necessary to suppress all other breaches, of the Conventions or of this Protocol which result from a failure to act when under a duty to do so.

2. The fact that a breach of the Conventions or of this Protocol was committed by a subordinate does not absolve his superiors from penal or disciplinary responsibility, as the case may be, if they knew, or had information which should have enabled them to conclude in the circumstances at the time, that he was committing or was going to commit such a breach and if they did not take all feasible measures within their power to prevent or repress the breach.

#### *Article 87 — Duty of commanders*

1. The High Contracting Parties and the Parties to the conflict shall require military commanders, with respect to members of the armed forces under their command and other persons under their control, to prevent and, where necessary, to suppress and to report to competent authorities breaches of the Conventions and of this Protocol.

2. In order to prevent and suppress breaches, High Contracting Parties and Parties to the conflict shall require that, commensurate with their level of responsibility, commanders ensure that members of the armed forces under their command are aware of their obligations under the Conventions and this Protocol.

3. The High Contracting Parties and Parties to the conflict shall require any commander who is aware that subordinates or other persons under his control are going to commit or have committed a breach of the Conventions or of this Protocol, to initiate such steps as are necessary to prevent such violations of the Conventions or this Protocol, and, where appropriate, to initiate disciplinary or penal action against violators thereof.

*Article 88 – Mutual assistance in criminal matters*

1. The High Contracting Parties shall afford one another the greatest measure of assistance in connexion with criminal proceedings brought in respect of grave breaches of the Conventions or of this Protocol.

2. Subject to the rights and obligations established in the Conventions and in Article 85, paragraph 1, of this Protocol, and when circumstances permit, the High Contracting Parties shall co-operate in the matter of extradition. They shall give due consideration to the request of the State in whose territory the alleged offence has occurred.

3. The law of the High Contracting Party requested shall apply in all cases. The provisions of the preceding paragraphs shall not, however, affect the obligations arising from the provisions of any other treaty of a bilateral or multilateral nature which governs or will govern the whole or part of the subject of mutual assistance in criminal matters.

*Article 89 – Co-operation*

In situations of serious violations of the Conventions or of this Protocol, the High Contracting Parties undertake to act, jointly or individually, in co-operation with the United Nations and in conformity with the United Nations Charter.

*Article 90 – International Fact-Finding Commission*

1. (a) An International Fact-Finding Commission (hereinafter referred to as “the Commission”) consisting of fifteen members of high moral standing and acknowledged impartiality shall be established.

(b) When not less than twenty High Contracting Parties have agreed to accept the competence of the Commission pursuant to paragraph 2, the depositary shall then, and at intervals of five years thereafter, convene a meeting of representatives of those High Contracting Parties for the purpose of electing the members of the Commission. At the meeting, the representatives shall elect the members of the Commission by secret ballot from a list of persons to which each of those High Contracting Parties may nominate one person.

(c) The members of the Commission shall serve in their personal capacity and shall hold office until the election of new members at the ensuing meeting.

(d) At the election, the High Contracting Parties shall ensure that the persons to be elected to the Commission individually possess the qualifications required and that, in the Commission as a whole, equitable geographical representation is assured.

(e) In the case of a casual vacancy, the Commission itself shall fill the vacancy, having due regard to the provisions of the preceding sub-paragraphs.

(f) The depositary shall make available to the Commission the necessary administrative facilities for the performance of its functions.

2. (a) The High Contracting Parties may at the time of signing, ratifying or acceding to the Protocol, or at any other subsequent time, declare that they recognize *ipso facto* and without special agreement, in relation to any other High Contracting Party accepting the same obligation, the competence of the Commission to enquire into allegations by such other Party, as authorized by this Article.

(b) The declarations referred to above shall be deposited with the depositary, which shall transmit copies thereof to the High Contracting Parties.

(c) The Commission shall be competent to:

- (i) enquire into any facts alleged to be a grave breach as defined in the Conventions and this Protocol or other serious violation of the Conventions or of this Protocol;
- (ii) facilitate, through its good offices, the restoration of an attitude of respect for the Conventions and this Protocol.

(d) In other situations, the Commission shall institute an enquiry at the request of a Party, to the conflict only with the consent of the other Party or Parties concerned.

(e) Subject to the foregoing provisions of this paragraph, the provisions of Article 52 of the First Convention, Article 53 of the Second Convention, Article 132 of the Third Convention and Article 149 of the Fourth Convention shall continue to apply to any alleged violation of the Conventions and shall extend to any alleged violation of this Protocol.

3. (a) Unless otherwise agreed by the Parties concerned, all enquiries shall be undertaken by a Chamber consisting of seven members appointed as follows:

- (i) five members of the Commission, not nationals of any Party to the conflict, appointed by the President of the Commission on the basis of equitable representation of the geographical areas, after consultation with the Parties to the conflict;
- (ii) two *ad hoc* members, not nationals of any Party to the conflict, one to be appointed by each side.

(b) Upon receipt of the request for an enquiry, the President of the Commission shall specify an appropriate time-limit for setting up a Chamber. If any *ad hoc* member has not been appointed within the time-limit, the President shall immediately appoint such additional member or members of the Commission as may be necessary to complete the membership of the Chamber.

4. (a) The Chamber set up under paragraph 3 to undertake an enquiry shall invite the Parties to the conflict to assist it and to present evidence. The Chamber may also seek such other evidence as it deems appropriate and may carry out in an investigation of the situation *in loco*.

(b) All evidence shall be fully disclosed to the Parties, which shall have the right to comment on it to the Commission.

(c) Each Party shall have the right to challenge such evidence.

5. (a) The Commission shall submit to the Parties a report on the findings of fact of the Chamber, with such recommendations as it may deem appropriate.

(b) If the Chamber is unable to secure sufficient evidence for factual and impartial findings, the Commission shall state the reasons for that inability.

(c) The Commission shall not report its findings publicly, unless all the Parties to the conflict have requested the Commission to do so.

6. The Commission shall establish its own rules, including rules for the presidency of the Commission and the presidency of the Chamber. Those rules shall ensure that the functions of the President of the Commission are exercised at all times and that, in the case of an enquiry, they are exercised by a person who is not a national of a Party to the conflict.

4. The administrative expenses of the Commission shall be met by contributions from the High Contracting Parties which made declarations under paragraph 2, and by voluntary contributions. The Party or Parties to the conflict requesting an enquiry shall advance the necessary funds for expenses incurred by a Chamber and shall be reimbursed by the Party or Parties against which the allegations are made to the extent of fifty per cent of the costs of the Chamber. Where there are counterallegations before the Chamber each side shall advance fifty per cent of the necessary funds.

#### *Article 91 – Responsibility*

A Party to the conflict which violates the provisions of the Conventions or of this Protocol shall, if the case demands, be liable to pay compensation. It shall be responsible for all acts committed by persons forming part of its armed forces.

### **Part VI** **Final Provisions**

#### *Article 92 – Signature*

This Protocol shall be open for signature by the Parties to the Conventions six months after the signing of the Final Act and will remain open for a period of twelve months.

#### *Article 93 – Ratification*

This Protocol shall be ratified as soon as possible. The instruments of ratification shall be deposited with the Swiss Federal Council, depositary of the Conventions.

#### *Article 94 – Accession*

This Protocol shall be open for accession by any Party to the Conventions which has not signed it. The instruments of accession shall be deposited with the depositary.

*Article 95 – Entry into force*

1. This Protocol shall enter into force six months after two instruments of ratification or accession have been deposited.

2. For each Party to the Conventions thereafter ratifying or acceding to this Protocol, it shall enter into force six months after the deposit by such Party of its instrument of ratification or accession.

*Article 96 – Treaty relations upon entry into force of this Protocol*

1. When the Parties to the Conventions are also Parties to this Protocol, the Conventions shall apply as supplemented by this Protocol.

2. When one of the Parties to the conflict is not bound by this Protocol, the Parties to the Protocol shall remain bound by it in their mutual relations. They shall furthermore be bound by this Protocol in relation to each of the Parties which are not bound by it, if the latter accepts and applies the provisions thereof.

3. The authority representing a people engaged against a High Contracting Party in an armed conflict of the type referred to in Article 1, paragraph 4, may undertake to apply the Conventions and this Protocol in relation to that conflict by means of a unilateral declaration addressed to the depositary. Such declaration shall, upon its receipt by the depositary, have in relation to that conflict the following effects:

(a) the Conventions and this Protocol are brought into force for the said authority as a Party to the conflict with immediate effect;

(b) the said authority assumes the same rights and obligations as those which have been assumed by a High Contracting Party to the Conventions and this Protocol; and

(c) the Conventions and this Protocol are equally binding upon all Parties to the conflict.

*Article 97 – Amendment*

1. Any High Contracting Party may propose amendments to this Protocol. The text of any proposed amendment shall be communicated to the depositary, which shall decide, after consultation with all the High Contracting Parties and the International Committee of the Red Cross, whether a conference should be convened to consider the proposed amendment.

2. The depositary shall invite to that conference all the High Contracting Parties as well as the Parties to the Conventions, whether or not they are signatories of this Protocol.

*Article 98 – Revision of Annex I*

1. Not later than four years after the entry into force of this Protocol and thereafter at intervals of not less than four years, the International Committee

of the Red Cross shall consult the High Contracting Parties concerning Annex I to this Protocol and, if it considers it necessary, may propose a meeting of technical experts to review Annex I and to propose such amendments to it as may appear to be desirable. Unless, within six months of the communication of a proposal for such a meeting to the High Contracting Parties, one third of them object, the International Committee of the Red Cross shall convene the meeting, inviting also observers of appropriate international organizations. Such a meeting shall also be convened by the International Committee of the Red Cross at any time at the request of one third of the High Contracting Parties.

2. The depositary shall convene a conference of the High Contracting Parties and the Parties to the Conventions to consider amendments proposed by the meeting of technical experts if, after that meeting, the International Committee of the Red Cross or one third of the High Contracting Parties so request.

3. Amendments to Annex I may be adopted at such a conference by a two-thirds majority of the High Contracting Parties present and voting.

4. The depositary shall communicate any amendment so adopted to the High Contracting Parties and to the Parties to the Conventions. The amendment shall be considered to have been accepted at the end of a period of one year after it has been so communicated, unless within that period a declaration of non-acceptance of the amendment has been communicated to the depositary by not less than one third of the High Contracting Parties.

5. An amendment considered to have been accepted in accordance with paragraph 4 shall enter into force three months after its acceptance for all High Contracting Parties other than those which have made a declaration of non-acceptance in accordance with that paragraph. Any Party making such a declaration may at any time withdraw it and the amendment shall then enter into force for that Party three months thereafter.

6. The depositary shall notify the High Contracting Parties and the Parties to the Conventions of the entry into force of any amendment, of the Parties bound thereby, of the date of its entry into force in relation to each Party, of declarations of non-acceptance made in accordance with paragraph 4, and of withdrawals of such declarations.

#### *Article 99 – Denunciation*

1. In case a High Contracting Party should denounce this Protocol, the denunciation shall only take effect one year after receipt of the instrument of denunciation. If, however, on the expiry of that year the denouncing Party is engaged in one of the situations referred to in Article 1, the denunciation shall not take effect before the end of the armed conflict or occupation and not, in any case, before operations connected with the final release, repatriation or re-establishment of the persons protected by the Conventions or this Protocol have been terminated.

2. The denunciation shall be notified in writing to the depositary, which shall transmit it to all the High Contracting Parties.

3. The denunciation shall have effect only in respect of the denouncing Party.

4. Any denunciation under paragraph 1 shall not affect the obligations already incurred, by reason of the armed conflict, under this Protocol by such denouncing Party in respect of any act committed before this denunciation becomes effective.

#### *Article 100 – Notifications*

The depositary shall inform the High Contracting Parties as well as the Parties to the Conventions, whether or not they are signatories of this Protocol, of:

(a) signatures affixed to this Protocol and the deposit of instruments of ratification and accession under Articles 93 and 94;

(b) the date of entry into force of this Protocol under Article 95;

(c) communications and declarations received under Articles 84, 90 and 97;

(d) declarations received under Article 96, paragraph 3, which shall be communicated by the quickest methods; and

(e) denunciations under Article 99.

#### *Article 101 – Registration*

1. After its entry into force, this Protocol shall be transmitted by the depositary to the Secretariat of the United Nations for registration and publication, in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

2. The depositary shall also inform the Secretariat of the United Nations of all ratifications, accessions and denunciations received by it with respect to this Protocol.

#### *Article 102 – Authentic texts*

The original of this Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the depositary, which shall transmit certified true copies thereof to all the Parties to the Conventions.

### **Annex I**

#### **Regulations Concerning Identification**

##### **Chapter I: Identity Cards**

#### *Article 1 – Identity card for permanent civilian medical and religious personnel*

1. The identity card for permanent civilian medical and religious personnel referred to in Article 18, paragraph 3, of the Protocol should:

(a) bear the distinctive emblem and be of such size that it can be carried in the pocket;

(b) be as durable as practicable;

(c) be worded in the national or official language (and may in addition be worded in other languages);

(d) mention the name, the date of birth (or, if that date is not available, the age at the time of issue) and the identity number, if any, of the holder;

(e) state in what capacity the holder is entitled to the protection of the Conventions and of the Protocol;

(f) bear the photograph of the holder as well as his signature or his thumbprint, or both;

(g) bear the stamp and signature of the competent authority;

(h) state the date of issue and date of expiry of the card.

2. The identity card shall be uniform throughout the territory of each High Contracting Party and, as far as possible, of the same type for all Parties to the conflict. The Parties to the conflict may be guided by the single-language model shown in Figure 1<sup>3)</sup>. At the outbreak of hostilities, they shall transmit to each other a specimen of the model they are using, if such model differs from that shown in Figure 1. The identity card shall be made out, if possible, in duplicate, one copy being kept by the issuing authority, which should maintain control of the cards which it has issued.

3. In no circumstances may permanent civilian medical and religious personnel be deprived of their identity cards. In the event of the loss of a card, they shall be entitled to obtain a duplicate copy.

#### *Article 2 — Identity card for temporary civilian medical and religious personnel*

1. The identity card for temporary civilian medical and religious personnel should, whenever possible, be similar to that provided for in Article 1 of these Regulations. The Parties to the conflict may be guided by the model shown in Figure 1<sup>3)</sup>.

2. When circumstances preclude the provision to temporary civilian medical and religious personnel of identity cards similar to those described in Article 1 of these Regulations, the said personnel may be provided with a certificate signed by the competent authority certifying that the person to whom it is issued is assigned to duty as temporary personnel and stating, if possible, the duration of such assignment and his right to wear the distinctive emblem. The certificate should mention the holder's name and date of birth (or if that date is not available, his age at the time when the certificate was issued), his function and identity number, if any. It shall bear his signature or his thumbprint, or both.

---

<sup>3)</sup> Vom Abdruck wurde abgesehen.

## Chapter II: The Distinctive Emblem

*Article 3 – Shape and nature*

1. The distinctive emblem (red on a white ground) shall be as large as appropriate under the circumstances. For the shapes of the cross, the crescent or the lion and sun, the High Contracting Parties may be guided by the models shown in Figure 2<sup>3)</sup>.

2. At night or when visibility is reduced, the distinctive emblem may be lighted or illuminated; it may also be made of materials rendering it recognizable by technical means of detection.

*Article 4 – Use*

1. The distinctive emblem shall, whenever possible, be displayed on a flat surface or on flags visible from as many directions and from as far away as possible.

2. Subject to the instructions of the competent authority, medical and religious personnel carrying out their duties in the battle area shall, as far as possible, wear headgear and clothing bearing the distinctive emblem.

## Chapter III: Distinctive Signals

*Article 5 – Optional Use*

1. Subject to the provisions of Article 6 of these Regulations, the signals specified in this Chapter for exclusive use by medical units and transports shall not be used for any other purpose. The use of all signals referred to in this Chapter is optional.

2. Temporary medical aircraft which cannot, either for lack of time or because of their characteristics, be marked with the distinctive emblem, may use the distinctive signals authorized in this Chapter. The best method of effective identification and recognition of medical aircraft is, however, the use of a visual signal, either the distinctive emblem or the light signal specified in Article 6, or both, supplemented by the other signals referred to in Articles 7 and 8 of these Regulations.

*Article 6 – Light signal*

1. The light signal, consisting of a flashing blue light, is established for the use of medical aircraft to signal their identity. No other aircraft shall use

---

<sup>3)</sup> Vom Abdruck wurde abgesehen.

this signal. The recommended blue colour is obtained by using, as trichromatic co-ordinates:

green boundary  $y = 0.065 + 0.805x$

white boundary  $y = 0.400 - x$

purple boundary  $x = 0.133 + 0.600y$

The recommended flashing rate of the blue light is between sixty and one hundred flashes per minute.

2. Medical aircraft should be equipped with such lights as may be necessary to make the light signal visible in as many directions as possible.

3. In the absence of a special agreement between the Parties to the conflict reserving the use of flashing blue lights for the identification of medical vehicles and ships and craft, the use of such signals for other vehicles or ships is not prohibited.

#### *Article 7 – Radio signal*

1. The radio signal shall consist of a radiotelephonic or radiotelegraphic message preceded by a distinctive priority signal to be designated and approved by a World Administrative Radio Conference of the International Telecommunication Union. It shall be transmitted three times before the call sign of the medical transport involved. This message shall be transmitted in English at appropriate intervals on a frequency or frequencies specified pursuant to paragraph 3. The use of the priority signal shall be restricted exclusively to medical units and transports.

2. The radio message preceded by the distinctive priority signal mentioned in paragraph 1 shall convey the following data:

(a) call sign of the medical transport;

(b) position of the medical transport;

(c) number and type of medical transports;

(d) intended route;

(e) estimated time *en route* and of departure and arrival, as appropriate;

(f) any other information such as flight altitude, radio frequencies guarded, languages and secondary surveillance radar modes and codes.

3. In order to facilitate the communications referred to in paragraphs 1 and 2, as well as the communications referred to in Articles 22, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 30 and 31 of the Protocol, the High Contracting Parties, the Parties to a conflict, or one of the Parties to a conflict, acting in agreement or alone, may designate, in accordance with the Table of Frequency Allocations in the Radio Regulations annexed to the International Telecommunication Convention, and publish selected national frequencies to be used by them for such communications. These frequencies shall be notified to the International Telecommunication Union in accordance with procedures to be approved by a World Administrative Radio Conference.

*Article 8 – Electronic identification*

1. The Secondary Surveillance Radar (SSR) system, as specified in Annex 10 to the Chicago Convention on International Civil Aviation of 7 December 1944, as amended from time to time, may be used to identify and to follow the course of medical aircraft. The SSR mode and code to be reserved for the exclusive use of medical aircraft shall be established by the High Contracting Parties, the Parties to a conflict, or one of the Parties to a conflict, acting in agreement or alone, in accordance with procedures to be recommended by the International Civil Aviation Organization.

2. Parties to a conflict may, by special agreement between them, establish for their use a similar electronic system for the identification of medical vehicles, and medical ships and craft.

## Chapter IV: Communications

*Article 9 – Radiocommunications*

The priority signal provided for in Article 7 of these Regulations may precede appropriate radiocommunications by medical units and transports in the application of the procedures carried out under Articles 22, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 30 and 31 of the Protocol.

*Article 10 – Use of international codes*

Medical units and transports may also use the codes and signals laid down by the International Telecommunication Union, the International Civil Aviation Organization and the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization. These codes and signals shall be used in accordance with the standards, practices and procedures established by these Organizations.

*Article 11 – Other means of communication*

When two-way radiocommunication is not possible, the signals provided for in the International Code of Signals adopted by the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization or in the appropriate Annex to the Chicago Convention on International Civil Aviation of 7 December 1944, as amended from time to time, may be used.

*Article 12 – Flight plans*

The agreements and notifications relating to flight plans provided for in Article 29 of the Protocol shall as far as possible be formulated in accordance with procedures laid down by the International Civil Aviation Organization.

*Article 13 – Signals and procedures for the interception of medical aircraft*

If an intercepting aircraft is used to verify the identity of a medical aircraft in flight or to require it to land in accordance with Articles 30 and 31 of the Protocol, the standard visual and radio interception procedures prescribed by Annex 2 to the Chicago Convention on International Civil Aviation of 7 December 1944, as amended from time to time, should be used by the intercepting and the medical aircraft.

## Chapter V: Civil Defence

*Article 14 – Identity card*

1. The identity card of the civil defence personnel provided for in Article 66, paragraph 3, of the Protocol is governed by the relevant provisions of Article 1 of these Regulations.

2. The identity card for civil defence personnel may follow the model shown in Figure 3<sup>3)</sup>.

3. If civil defence personnel are permitted to carry light individual weapons, an entry to that effect should be made on the card mentioned.

*Article 15 – International distinctive sign*

1. The international distinctive sign of civil defence provided for in Article 66, paragraph 4, of the Protocol is an equilateral blue triangle on an orange ground. A model is shown in Figure 4<sup>3)</sup>:

2. It is recommended that:

(a) if the blue triangle is on a flag or armlet or tabard, the ground to the triangle be the orange flag, armlet or tabard;

(b) one of the angles of the triangle be pointed vertically upwards;

(c) no angle of the triangle touch the edge of the orange ground.

3. The international distinctive sign shall be as large as appropriate under the circumstances. The distinctive sign shall, whenever possible, be displayed on flat surfaces or on flags visible from as many directions and from as far away as possible. Subject to the instructions of the competent authority, civil defence personnel shall, as far as possible, wear headgear and clothing bearing the international distinctive sign. At night or when visibility is reduced, the sign may be lighted or illuminated; it may also be made of materials rendering it recognizable by technical means of detection.

---

<sup>3)</sup> Vom Abdruck wurde abgesehen.

## Chapter VI: Works and Installations Containing Dangerous Forces

*Article 16 – International special sign*

1. The international special sign for works and installations containing dangerous forces, as provided for in Article 56, paragraph 7, of the Protocol, shall be a group of three bright orange circles of equal size, placed on the same axis, the distance between each circle being one radius, in accordance with Figure 5<sup>3)</sup> illustrated below.

2. The sign shall be as large as appropriate under the circumstances. When displayed over an extended surface it may be repeated as often as appropriate under the circumstances. It shall, whenever possible, be displayed on flat surfaces or on flags so as to be visible from as many directions and from as far away as possible.

3. On a flag, the distance between the outer limits of the sign and the adjacent sides of the flag shall be one radius of a circle. The flag shall be rectangular and shall have a white ground.

4. At night or when visibility is reduced, the sign may be lighted or illuminated. It may also be made of materials rendering it recognizable by technical means of detection.

**Annex II**Identity Card for Journalists on Dangerous Professional Missions<sup>3)</sup>

**Protocol Additional to the Geneva Conventions  
of 12 August 1949, and Relating to the Protection of Victims  
of Non-International Armed Conflicts (Protocol II)<sup>4)</sup>**

## Contents

Preamble

## Part I

## Scope of this Protocol

Article 1 – Material field of application

Article 2 – Personal field of application

Article 3 – Non-intervention

<sup>3)</sup> Vom Abdruck wurde abgesehen.

<sup>4)</sup> Nach der vom Eidgenössischen Politischen Departement am 26. 9. 1977 be-  
gläubigten und veröffentlichten Fassung.

Part II  
Humane Treatment

- Article 4 – Fundamental guarantees
- Article 5 – Persons whose liberty has been restricted
- Article 6 – Penal prosecutions

Part III  
Wounded, Sick and Shipwrecked

- Article 7 – Protection and care
- Article 8 – Search
- Article 9 – Protection of medical and religious personnel
- Article 10 – General protection of medical duties
- Article 11 – Protection of medical units and transports
- Article 12 – The distinctive emblem

Part IV  
Civilian Population

- Article 13 – Protection of the civilian population
- Article 14 – Protection of objects indispensable to the survival of the civilian population
- Article 15 – Protection of works and installations containing dangerous forces
- Article 16 – Protection of cultural objects and of places of worship
- Article 17 – Prohibition of forced movement of civilians
- Article 18 – Relief societies and relief actions

Part V  
Final Provisions

- Article 19 – Dissemination
- Article 20 – Signature
- Article 21 – Ratification
- Article 22 – Accession
- Article 23 – Entry into force
- Article 24 – Amendment
- Article 25 – Denunciation
- Article 26 – Notifications
- Article 27 – Registration
- Article 28 – Authentic texts

**Preamble**

*The High Contracting Parties,*  
*Recalling* that the humanitarian principles enshrined in Article 3 common to the Geneva Conventions of 12 August 1949, constitute the foundation of respect for

the human person in cases of armed conflict not of an international character,  
*Recalling* furthermore that international instruments relating to human rights offer a basic protection to the human person,

*Emphasizing* the need to ensure a better protection for the victims of those armed conflicts,

*Recalling* that, in cases not covered by the law in force, the human person remains under the protection of the principles of humanity and the dictates of the public conscience,

*Have agreed* on the following:

## Part I

### Scope of this Protocol

#### *Article 1 – Material field of application*

1. This Protocol, which develops and supplements Article 3 common to the Geneva Conventions of 12 August 1949 without modifying its existing conditions of application, shall apply to all armed conflicts which are not covered by Article 1 of the Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts (Protocol I) and which take place in the territory of a High Contracting Party between its armed forces and dissident armed forces or other organized armed groups which, under responsible command, exercise such control over a part of its territory as to enable them to carry out sustained and concerted military operations and to implement this Protocol.

2. This Protocol shall not apply to situations of internal disturbances and tensions, such as riots, isolated and sporadic acts of violence and other acts of a similar nature, as not being armed conflicts.

#### *Article 2 – Personal field of application*

1. This Protocol shall be applied without any adverse distinction founded on race, colour, sex, language, religion or belief, political or other opinion, national or social origin, wealth, birth or other status, or on any other similar criteria (hereinafter referred to as "adverse distinction") to all persons affected by an armed conflict as defined in Article 1.

2. At the end of the armed conflict, all the persons who have been deprived of their liberty or whose liberty has been restricted for reasons related to such conflict, as well as those deprived of their liberty or whose liberty is restricted after the conflict for the same reasons, shall enjoy the protection of Article 5 and 6 until the end of such deprivation or restriction of liberty.

*Article 3 – Non-intervention*

1. Nothing in this Protocol shall be invoked for the purpose of affecting the sovereignty of a State or the responsibility of the government, by all legitimate means, to maintain or re-establish law and order in the State or to defend the national unity and territorial integrity of the State.

2. Nothing in this Protocol shall be invoked as a justification for intervening, directly or indirectly, for any reason whatever, in the armed conflict or in the internal or external affairs of the High Contracting Party in the territory of which that conflict occurs.

**Part II**  
**Humane Treatment**

*Article 4 – Fundamental guarantees*

1. All persons who do not take a direct part or who have ceased to take part in hostilities, whether or not their liberty has been restricted, are entitled to respect for their person, honour and convictions and religious practices. They shall in all circumstances be treated humanely, without any adverse distinction. It is prohibited to order that there shall be no survivors.

2. Without prejudice to the generality of the foregoing, the following acts against the persons referred to in paragraph 1 are and shall remain prohibited at any time and in any place whatsoever:

(a) violence to the life, health and physical or mental well-being of persons, in particular murder as well as cruel treatment such as torture, mutilation or any form of corporal punishment;

(b) collective punishments;

(c) taking of hostages;

(d) acts of terrorism;

(e) outrages upon personal dignity, in particular humiliating and degrading treatment, rape, enforced prostitution and any form of indecent assault;

(f) slavery and the slave trade in all their forms;

(g) pillage;

(h) threats to commit any of the foregoing acts.

3. Children shall be provided with the care and aid they require, and in particular:

(a) they shall receive an education, including religious and moral education, in keeping with the wishes of their parents or, in the absence of parents, of those responsible for their care;

(b) all appropriate steps shall be taken to facilitate the reunion of families temporarily separated;

(c) children who have not attained the age of fifteen years shall neither be recruited in the armed forces or groups nor allowed to take part in hostilities;

(d) the special protection provided by this Article to children who have not attained the age of fifteen years shall remain applicable to them if they take a direct part in hostilities despite the provisions of sub-paragraph (c) and are captured;

(e) measures shall be taken, if necessary, and whenever possible with the consent of their parents or persons who by law or custom are primarily responsible for their care, to remove children temporarily from the area in which hostilities are taking place to a safer area within the country and ensure that they are accompanied by persons responsible for their safety and well-being.

*Article 5 — Persons whose liberty has been restricted*

1. In addition to the provisions of Article 4, the following provisions shall be respected as a minimum with regard to persons deprived of their liberty for reasons related to the armed conflict, whether they are interned or detained:

(a) the wounded and the sick shall be treated in accordance with Article 7;

(b) the persons referred to in this paragraph shall, to the same extent as the local civilian population, be provided with food and drinking water and be afforded safeguards as regards health and hygiene and protection against the rigours of the climate and the dangers of the armed conflict;

(c) they shall be allowed to receive individual or collective relief;

(d) they shall be allowed to practise their religion and, if requested and appropriate, to receive spiritual assistance from persons, such as chaplains, performing religious functions;

(e) they shall, if made to work, have the benefit of working conditions and safeguards similar to those enjoyed by the local civilian population.

2. Those who are responsible for the internment or detention of the persons referred to in paragraph 1 shall also, within the limits of their capabilities, respect the following provisions relating to such persons:

(a) except when men and women of a family are accommodated together, women shall be held in quarters separated from those of men and shall be under the immediate supervision of women;

(b) they shall be allowed to send and receive letters and cards, the number of which may be limited by competent authority if it deems necessary;

(c) places of internment and detention shall not be located close to the combat zone. The persons referred to in paragraph 1 shall be evacuated when the places where they are interned or detained become particularly exposed to danger arising out of the armed conflict, if their evacuation can be carried out under adequate conditions of safety;

(d) they shall have the benefit of medical examinations;

(e) their physical or mental health and integrity shall not be endangered by any unjustified act or omission. Accordingly, it is prohibited to subject the persons described in this Article to any medical procedure which is not indicated by the state of health of the person concerned, and which is not consistent

with the generally accepted medical standards applied to free persons under similar medical circumstances.

3. Persons who are not covered by paragraph 1 but whose liberty has been restricted in any way whatsoever for reasons related to the armed conflict shall be treated humanely in accordance with Article 4 and with paragraphs 1 (a), (c) and (d), and 2 (b) of this Article.

4. If it is decided to release persons deprived of their liberty, necessary measures to ensure their safety shall be taken by those so deciding.

#### *Article 6 – Penal prosecutions*

1. This Article applies to the prosecution and punishment of criminal offences related to the armed conflict.

2. No sentence shall be passed and no penalty shall be executed on a person found guilty of an offence except pursuant to a conviction pronounced by a court offering the essential guarantees of independence and impartiality. In particular:

(a) the procedure shall provide for an accused to be informed without delay of the particulars of the offence alleged against him and shall afford the accused before and during his trial all necessary rights and means of defence;

(b) no one shall be convicted of an offence except on the basis of individual penal responsibility;

(c) no one shall be held guilty of any criminal offence on account of any act or omission which did not constitute a criminal offence, under the law, at the time when it was committed; nor shall a heavier penalty be imposed than that which was applicable at the time when the criminal offence was committed; if, after the commission of the offence, provision is made by law for the imposition of a lighter penalty, the offender shall benefit thereby;

(d) anyone charged with an offence is presumed innocent until proved guilty according to law;

(e) anyone charged with an offence shall have the right to be tried in his presence;

(f) no one shall be compelled to testify against himself or to confess guilt.

3. A convicted person shall be advised on conviction of his judicial and other remedies and of the time-limits within which they may be exercised.

4. The death penalty shall not be pronounced on persons who were under the age of eighteen years at the time of the offence and shall not be carried out on pregnant women or mothers of young children.

5. At the end of hostilities, the authorities in power shall endeavour to grant the broadest possible amnesty to persons who have participated in the armed conflict, or those deprived of their liberty for reasons related to the armed conflict, whether they are interned or detained.

**Part III**  
**Wounded, Sick and Shipwrecked**

*Article 7 – Protection and care*

1. All the wounded, sick and shipwrecked, whether or not they have taken part in the armed conflict, shall be respected and protected.

2. In all circumstances they shall be treated humanely and shall receive, to the fullest extent practicable and with the least possible delay, the medical care and attention required by their condition. There shall be no distinction among them founded on any grounds other than medical ones.

*Article 8 – Search*

Whenever circumstances permit, and particularly after an engagement, all possible measures shall be taken, without delay, to search for and collect the wounded, sick and shipwrecked, to protect them against pillage and ill-treatment, to ensure their adequate care, and to search for the dead, prevent their being despoiled, and decently dispose of them.

*Article 9 – Protection of medical and religious personnel*

1. Medical and religious personnel shall be respected and protected and shall be granted all available help for the performance of their duties. They shall not be compelled to carry out tasks which are not compatible with their humanitarian mission.

2. In the performance of their duties medical personnel may not be required to give priority to any person except on medical grounds.

*Article 10 – General protection of medical duties*

1. Under no circumstances shall any person be punished for having carried out medical activities compatible with medical ethics, regardless of the person benefiting therefrom.

2. Persons engaged in medical activities shall neither be compelled to perform acts or to carry out work contrary to, nor be compelled to refrain from acts required by, the rules of medical ethics or other rules designed for the benefit of the wounded and sick, or this Protocol.

3. The professional obligations of persons engaged in medical activities regarding information which they may acquire concerning the wounded and sick under their care shall, subject to national law, be respected.

4. Subject to national law, no person engaged in medical activities may be penalized in any way for refusing or failing to give information concerning the wounded and sick who are, or who have been, under his care.

*Article 11 — Protection of medical units and transports*

1. Medical units and transports shall be respected and protected at all times and shall not be the object of attack.

2. The protection to which medical units and transports are entitled shall not cease unless they are used to commit hostile acts, outside their humanitarian function. Protection may, however, cease only after a warning has been given setting, whenever appropriate, a reasonable time-limit, and after such warning has remained unheeded.

*Article 12 — The distinctive emblem*

Under the direction of the competent authority concerned, the distinctive emblem of the red cross, red crescent or red lion and sun on a white ground shall be displayed by medical and religious personnel and medical units, and on medical transports. It shall be respected in all circumstances. It shall not be used improperly.

#### **Part IV** Civilian Population

*Article 13 — Protection of the civilian population*

1. The civilian population and individual civilians shall enjoy general protection against the dangers arising from military operations. To give effect to this protection, the following rules shall be observed in all circumstances.

2. The civilian population as such, as well as individual civilians, shall not be the object of attack. Acts or threats of violence the primary purpose of which is to spread terror among the civilian population are prohibited.

3. Civilians shall enjoy the protection afforded by this Part, unless and for such time as they take a direct part in hostilities.

*Article 14 — Protection of objects indispensable to the survival of the civilian population*

Starvation of civilians as a method of combat is prohibited. It is therefore prohibited to attack, destroy, remove or render useless, for that purpose, objects indispensable to the survival of the civilian population, such as foodstuffs, agricultural areas for the production of foodstuffs, crops, livestock, drinking water installations and supplies and irrigation works.

*Article 15 — Protection of works and installations containing dangerous forces*

Works or installations containing dangerous forces, namely dams, dykes and nuclear electrical generating stations, shall not be made the object of attack, even where these objects are military objectives, if such attack may cause

the release of dangerous forces and consequent severe losses among the civilian population.

*Article 16 – Protection of cultural objects and of places of worship*

Without prejudice to the provisions of the Hague Convention for the Protection of Cultural Property in the Event of Armed Conflict of 14 May 1954, it is prohibited to commit any acts of hostility directed against historic monuments, works of art or places of worship which constitute the cultural or spiritual heritage of peoples, and to use them in support of the military effort.

*Article 17 – Prohibition of forced movement of civilians*

1. The displacement of the civilian population shall not be ordered for reasons related to the conflict unless the security of the civilians involved or imperative military reasons so demand. Should such displacements have to be carried out, all possible measures shall be taken in order that the civilian population may be received under satisfactory conditions of shelter, hygiene, health, safety and nutrition.

2. Civilians shall not be compelled to leave their own territory for reasons connected with the conflict.

*Article 18 – Relief societies and relief actions*

1. Relief societies located in the territory of the High Contracting Party, such as Red Cross (Red Crescent, Red Lion and Sun) organizations, may offer their services for the performance of their traditional functions in relation to the victims of the armed conflict. The civilian population may, even on its own initiative, offer to collect and care for the wounded, sick and shipwrecked.

2. If the civilian population is suffering undue hardship owing to a lack of the supplies essential for its survival, such as foodstuffs and medical supplies, relief actions for the civilian population which are of an exclusively humanitarian and impartial nature and which are conducted without any adverse distinction shall be undertaken subject to the consent of the High Contracting Party concerned.

**Part V**  
Final Provisions

*Article 19 – Dissemination*

This Protocol shall be disseminated as widely as possible.

*Article 20 – Signature*

This Protocol shall be open for signature by the Parties to the Conventions six months after the signing of the Final Act and will remain open for a period of twelve months.

*Article 21 – Ratification*

This Protocol shall be ratified as soon as possible. The instruments of ratification shall be deposited with the Swiss Federal Council, depositary of the Conventions.

*Article 22 – Accession*

This Protocol shall be open for accession by any Party to the Conventions which has not signed it. The instruments of accession shall be deposited with the depositary.

*Article 23 – Entry into force*

1. This Protocol shall enter into force six months after two instruments of ratification or accession have been deposited.
2. For each Party to the Conventions thereafter ratifying or acceding to this Protocol, it shall enter into force six months after the deposit by such Party of its instrument of ratification or accession.

*Article 24 – Amendment*

1. Any High Contracting Party may propose amendments to this Protocol. The text of any proposed amendment shall be communicated to the depositary which shall decide, after consultation with all the High Contracting Parties and the International Committee of the Red Cross, whether a conference should be convened to consider the proposed amendment.
2. The depositary shall invite to that conference all the High Contracting Parties as well as the Parties to the Conventions, whether or not they are signatories of this Protocol.

*Article 25 – Denunciation*

1. In case a High Contracting Party should denounce this Protocol, the denunciation shall only take effect six months after receipt of the instrument of denunciation. If, however, on the expiry of six months, the denouncing Party is engaged in the situation referred to in Article 1, the denunciation shall not take effect before the end of the armed conflict. Persons who have been deprived of liberty, or whose liberty has been restricted, for reasons related

to the conflict shall nevertheless continue to benefit from the provisions of this Protocol until their final release.

2. The denunciation shall be notified in writing to the depositary, which shall transmit it to all the High Contracting Parties.

#### *Article 26 – Notifications*

The depositary shall inform the High Contracting Parties as well as the Parties to the Conventions, whether or not they are signatories of this Protocol, of:

- (a) signatures affixed to this Protocol and the deposit of instruments of ratification and accession under Articles 21 and 22;
- (b) the date of entry into force of this Protocol under Article 23; and
- (c) communications and declarations received under Article 24.

#### *Article 27 – Registration*

1. After its entry into force, this Protocol shall be transmitted by the depositary to the Secretariat of the United Nations for registration and publication, in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

2. The depositary shall also inform the Secretariat of the United Nations of all ratifications and accessions received by it with respect to this Protocol.

#### *Article 28 – Authentic texts*

The original of this Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic shall be deposited with the depositary, which shall transmit certified true copies thereof to all the Parties to the Conventions.

### **Bei Unterzeichnung der Protokolle abgegebene Erklärung**

#### *Bundesrepublik Deutschland*

La République Fédérale d'Allemagne appose sa signature au bas des Protocoles, convaincue de remplir par là un noble but humanitaire que, de tout temps, elle s'est particulièrement sentie tenue de respecter. Eu égard à la façon parfois peu claire dont est rédigé le texte du Protocole additionnel I, il est toutefois nécessaire d'examiner soigneusement si et dans quelle mesure ce Protocole limite la faculté de légitime défense, individuelle ou collective, visée à l'Article 51 de la Charte des Nations Unies. Le Gouvernement Fédéral doit donc se réserver de faire des déclarations supplémentaires, lors d'une ratification ultérieure, pour préciser et mettre en évidence les engagements de droit international de la République Fédérale d'Allemagne.

*Italien*

Le Plénipotentiaire d'Italie, en signant les Protocoles avec réserve de ratification, déclare que, en raison des différentes interprétations auxquelles se prêtent certaines formulations des textes, l'Italie se prévaut, au moment du dépôt des instruments de ratification, de la faculté prévue à l'article 19 de la Convention de Vienne sur le droit des traités du 23 mai 1969 sur la base des principes généraux du droit international.

*Kanada*

Certaines dispositions (du Protocole I) sont rédigées de telle sorte qu'elles donnent lieu à des interprétations différentes, ou même contradictoires. Mon Gouvernement ne souhaite pas en ce moment soulever ces problèmes, mais il se réserve le droit de le faire avant la ratification du Protocole.

*Portugal*

Le Gouvernement Portugais renvoie au moment de la ratification respective la formulation des réserves éventuellement jugées adéquates.

*Schweiz*

Ad article 57 Protocole I. Les dispositions du chiffre 2 de cet article ne créent des obligations que pour les commandants dès le niveau du bataillon ou du groupe et aux échelons plus élevés.

Ad article 58 Protocole I. Considérant que cet article contient l'expression «dans toute la mesure de ce qui est pratiquement possible», les alinéas a) et b) seront appliqués sous réserve des exigences de la défense du territoire national.

*Vereinigte Staaten von Amerika*

The Embassy of the United States of America presents its compliments to the Federal Political Department and has the honor to inform it that the two protocols to the Geneva Conventions of August 12, 1949 relating to the protection of victims of armed conflicts will be signed today on behalf of the United States. This signature is subject to the following understandings:

*A) Protocol I*

1. It is the understanding of the United States of America that the rules established by this protocol were not intended to have any effect on and do not regulate or prohibit the use of nuclear weapons.

2. It is the understanding of the United States of America that the phrase "military deployment preceding the launching of an attack" in Article 44, Paragraph 3, means any movement towards a place from which an attack is to be launched.

## B) Protocol II

It is the understanding of the United States of America that the terms used in Part III of this protocol which are the same as the terms defined in Article 8 of Protocol I shall so far as relevant be construed in the same sense as those definitions.

The Embassy has the honor to request that you circulate the text of this note to the states party to the Geneva Convention.

The Embassy of the United States of America avails itself of this opportunity to renew to the Federal Political Department the assurances of its highest consideration.

*Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nord-Irland*

1. On signing the Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts (Protocol I), the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland declare that they have signed on the basis of the following understandings:

- (a) in relation to Article 1, that the term "armed conflict" of itself and in its context implies a certain level of intensity of military operations which must be present before the Conventions or the Protocol are to apply to any given situation, and that this level of intensity cannot be less than that required for the application of Protocol II, by virtue of Article 1 of that Protocol, to internal conflicts;
- (b) in relation to Articles 41, 57 and 58, that the word "feasible" means that which is practicable or practically possible, taking into account all circumstances at the time including those relevant to the success of military operations;
- (c) in relation to Article 44, that the situation described in the second sentence of paragraph 3 of the Article can exist only in occupied territory or in armed conflicts covered by paragraph 4 of Article 1, and that the Government of the United Kingdom will interpret the word "deployment" in paragraph 3(b) of the Article as meaning "any movement towards a place from which an attack is to be launched";
- (d) in relation to Articles 51 to 58 inclusive, that military commanders and others responsible for planning, deciding upon or executing attacks necessarily have to reach decisions on the basis of their assessment of the information from all sources which is available to them at the relevant time;
- (e) in relation to paragraph 5(b) of Article 51 and paragraph (2) (a) (iii) of Article 57, that the military advantage anticipated from an attack is intended to refer to the advantage anticipated from the attack considered as a whole and not only from isolated or particular parts of the attack;
- (f) in relation to Article 52, that a specific area of land may be a military objective if, because of its location or other reasons specified in the Article, its total or partial destruction, capture or neutralisation in the circumstances ruling at the time offers definite military advantage;

- (g) in relation to Article 53, that if the objects protected by the Article are unlawfully used for military purposes they will thereby lose protection from attacks directed against such unlawful military uses;
- (h) in relation to paragraph 3 of Article 96, that only a declaration made by an authority which genuinely fulfils the criteria of paragraph 4 of Article 1 can have the effects stated in paragraph 3 of Article 96, and that, in the light of the negotiating history, it is to be regarded as necessary also that the authority concerned be recognised as such by the appropriate regional intergovernmental organisation;
- (i) that the new rules introduced by the Protocol are not intended to have any effect on and do not regulate or prohibit the use of nuclear weapons; and
- (j) that the provisions of the Protocol shall not apply to Southern Rhodesia unless and until the Government of the United Kingdom inform the depositary that they are in a position to ensure that the obligations imposed by the Protocol in respect of that territory can be fully implemented.

2. On signing the Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and relating to the Protection of Victims of Non-international Armed Conflicts (Protocol II), the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland declare that they have signed on the understanding that the provisions of the Protocol shall not apply to Southern Rhodesia unless and until the Government of the United Kingdom inform the depositary that they are in a position to ensure that the obligations imposed by the Protocol in respect of that territory can be fully implemented.